Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 188. Mittwoch, den 15. August 1906. 17. Jahrgang.

Die Allmacht des Staates.

Wenn jemand im tiefen Tale steht, vor sich einen hohen Berg, den er nicht übersehen kann, so ist er nicht imstande, sich von der Gestalt des Berges eine zutreffende Vorstellung zu machen. Auch dann nicht, wenn ihm der Berg mit noch so beredten Worten geschildert wird. Er wird sich dann wohl irgend eine Vorstellung von dem Gehörten machen, aber die richtige wird es nicht sein.

Wie dem Talbewohner mit dem Berge, den er nie selbst gesehen, so geht es den in bürgerlichem Denken befangenen Verteidigern der kapitalistischen Welt mit den Lehren des Sozialismus. Sie sind in so viel Büchern und Schriften niedergelegt, man hat sich so viel Mühe gegeben, sie auf das Ausführlichste zu schildern, daß man meinen sollte, ..dem sei die Möglichkeit gegeben, sie in ihrer richtigen Gestalt kennen zu lernen. Und dennoch, sobald unsere Gegner sich darüber auslassen, zeigt sich, daß sie zwar eine Vorstellung davon haben, aber eine ganz falsche. Es muß wohl so sein, daß mit dem Verstande allein der Sozialismus nicht erfaßt werden kann; proletarisches Empfinden gehört mit dazu. „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen.“

Vor kurzem veröffentlichte das „Berl. Tageblatt“ einen Artikel, den die anheimelnde Ueberschrift zierte: „Clavis sozialistica“ zu deutsch: „Der sozialistische Nagel“. Er lief darauf hinaus, daß der ganze Sozialismus eigentlich bloß in einer fixen Idee, in einem „Nagel“ bestände, den jeder Sozialist im Kopfe trage. Beiläufig stöhnt der Artikel unaufhörlich über die „Roheit und Schimpfferei“ der Sozialdemokraten, welche „jede objektive Auseinandersetzung“ mit ihnen ausschließe. Von der niedlichen Beschimpfung, die schon in dieser Ueberschrift liegt, hat der Verfasser offenbar nichts gemerkt. Doch das nur nebenbei! Wir gestatten es jedem, seine Gedanken in genau der Form auszudrücken, die ihm geläufig ist, und fühlen uns durch Schimpfereien nicht im mindesten beschwert. Nur erlauben wir uns hin und wieder, die Heuchelei anzunageln, die in dem Wehklagen unserer Gegner über sozialdemokratisches Schimpfen liegt, indes sie selbst mit Schimpfereien wahrlich nicht kargen.

Was ist das nun aber für ein Nagel, der nach Ansicht des „B. T.“ den ganzen Sozialismus ausmacht? Es beliebt ihm, den Sozialismus in zwei Teile zu zerlegen, einen „wirtschaftspolitischen“ und einen „menschheitbefreienden“, und es meint dazu:

„Der Sozialismus verdankt seine Werbekraft nicht seinen wirtschaftspolitischen Utopien, sondern den großen menschheitbefreienden Ideen, die er vom Liberalismus geborgt — ja man kann sagen: gestohlen hat.“

Welche „menschenbefreiende Ideen“ das sind, wird nicht gesagt. Im Zusammenhang des Artikels wird nur Forderungen zum Schutz der Arbeiter vor, welche angeblich von den Liberalen ebenso energisch erhoben werden wie von den Sozialdemokraten:

„Die Sozialdemokratie steht nicht allein, wenn sie einen besseren Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter fordert, wenn sie auf die Inhumanität hinweist, die darin liegt, daß man verfolgten russischen Juden gegenüber die fremden- und seuchenpolizeiliche Gesetzgebung in verfassungs- und völkerrechtswidriger Weise anwendet, während man von lohndrückenden galizischen und rumänischen Arbeitern die Wurmkrankheit einschleppen läßt“,

usw. usw. Hier kann also der „Nagel“ nicht liegen, denn das „B. T.“ wird doch nicht sich selbst als vernagelt bezeichnen wollen. Wir müssen ihn wohl in den „wirtschaftspolitischen Utopien“ suchen. Was nun diese anbetrifft, so wollen wir es kurz machen: das „B. T.“ hat aus der ganzen sozialdemokratischen Lehre nichts weiter herauszulesen vermocht als eine Forderung nach Verstaatlichung der Produktion. Es schreibt:

„Für den Jesuiten ist das Grunddogma der Glaube, daß die Machtstellung der römischen Kirche Selbstzweck sei. Für den Sozialisten ist es die beweislose Hypothese (Voraussetzung) von der Allmacht des Staates.“

Ist das nicht zum Verzweifeln? Nach 40jährigem Bestehen der deutschen Sozialdemokratie, die ihre Ideen in einem doch wahrlich nicht kleinen Schatz von Schriften aller Art niedergelegt hat, ist der einzige Nutzen, den die Gelehrten des „B. T.“ — und sie sind darin ein getreues Abbild der bürgerlichen Welt überhaupt — daraus gezogen haben, der, daß sie von einem Glauben der Sozialdemokratie an die Allmacht des Staates faseln! Möchte man nicht wirklich annehmen, diese Leute seien einfach vernagelt gegen jede bessere Einsicht, sobald von der Sozialdemokratie die Rede ist? — Das „B. T.“ illustriert seine fixe Idee wie folgt:

„So wird man beispielsweise anläßlich jeder Grubenkatastrophe in der sozialdemokratischen Presse lesen können, daß das einzige Heil in der Verstaatlichung des gesamten Bergbaues liege. Dieselbe Schlußfolgerung wurde auch kürzlich an das Urteil im Borussia-Prozeß geknüpft. Andererseits aber hat gerade dieser Prozeß grelle Schlaglichter auf die Unzulänglichkeit der Staatsaufsicht geworfen. . . . .

. . . Dieselben Sozialdemokraten, die das gegenwärtige reaktionäre Regime der schlimmsten Arbeiterfeindlichkeit zeihen, behaupten, daß alle sozialen Gebresten geheilt werden würden, wenn dieses selbe vielgeschmähte Regime an Stelle des Privat-Unternehmertums den ganzen Bergbau in die Hand nähme. . .

. . . „Wissenschaftlich“ vom Standpunkt der „materialistischen Geschichtsauffassung“ ist nur der Sozialdemokrat, der aus den Uebergriffen, die der Staat als Unternehmer begeht, die Konsequenz zieht, daß die persönliche Freiheit erst dann geborgen sein werde, wenn nicht nur einzelne Zweige des Wirtschaftslebens, sondern alle verstaatlicht sein würden.“

Und den Einwand, daß es sich doch nicht um den königlich preußischen, sondern um den sozialistischen Staat handle, glaubt das Blatt durch die Worte entkräften zu können:

„. . . jedoch bieten die moralisch anstößigen Seiten der Sozialdemokratie keine Gewähr dafür, daß in einem sozialdemokratischen Staat die persönliche Freiheit besser geschützt sein wird, als in einem preußisch-bureaukratischen.“

Woraus hervorgeht, daß das „B. T.“ sich unter einem „sozialdemokratischen Staat“ nichts anderes vorstellt, als etwa das Deutsche Reich als Republik mit Bebel als Präsidenten und Singer als Reichskanzler.

Unsere Leser werden es verstehen, daß wir nach diesen Proben die Hoffnung aufgeben, dem „B. T.“ noch einiges Verständnis für die Lehren des Sozialismus beibringen zu können. Die Sache aber ist wert, ihr einige Worte zu widmen, schon damit die Genossen auf ähnliche albernen Einwürfe stets die richtige Antwort bei der Hand haben.

Wir wollen einmal zugeben, daß nicht nur die liberalen, sondern alle bürgerlichen Parteien Forderungen zu Gunsten der Arbeiter erheben. Mit Worten tun sie es zweifellos, und ob sie es ernst meinen, wollen wir für heute einmal nicht untersuchen. Das wäre denn also die „menschheitbefreienden Ideen“, die wir übrigens deshalb immer noch nicht den bürgerlichen Parteien „gestohlen“ hätten, sintemal und alldieweil jene sie erst nach uns annahmen, nämlich als sie sahen, daß das Proletariat eine politische Macht wurde, die einzufangen sich lohne. Doch immerhin, wenn z. B. ein großes Unglück geschehen ist, wie in Bergwerken so oft, dann kann man von allen Seiten hören, es müsse etwas geschehen, damit so etwas nicht wieder vorkomme. Was aber schlagen sie dann vor? Im günstigsten Falle ein Gesetz, welches das Unglück verbietet! So lächerlich das klingt, es ist so. Zum Teil behaupten sie einfach, die gesetzlichen Bestimmungen reichten aus, sie wären nur nicht befolgt worden; zum anderen Teil verlangen sie neue, weitergehende gesetzliche Vorschriften. Alle aber sind sie sich darüber einig, daß durch entsprechende Gesetze alles geschieht, was in Menschenkräften steht. Und wie mit den Unglücksfällen, so mit allen anderen Beschwerden der Arbeiter. Sie alle sind der grundsätzlichen Meinung, daß der Staat durch Gesetzmacherei das zu Gunsten der Arbeiter schaffen kann, was überhaupt erreichbar und wünschenswert ist. Mit Gesetzen gedenken sie die soziale Frage zu lösen.

Wer ist es demnach in Wahrheit, der an die Allmacht des Staates glaubt?

Wir Sozialdemokraten denken anders darüber. Wir haben an so vielen Beispielen gesehen, daß selbst wohlgemeinte Gesetze wenig oder nichts helfen. Wir haben deshalb nach den Ursachen der Leiden der Arbeiter geforscht und diese in der Profitmacherei entdeckt. Deshalb sind wir der Ueberzeugung, daß der Staat die elende Lage der Arbeiter selbst dann nicht beseitigen könnte, wenn er es ehrlich wollte. Wir haben also außerordentlich wenig Vertrauen zum Staat und streben vielmehr eine völlige Umformung der Gesellschaft an. Es ist durchaus nicht „Verstaatlichung“, was wir wollen. Denn „Verstaatlichung“ ist noch lange keine „Vergesellschaftung“. Es ist noch lange nicht dasselbe, ob der jetzt bestehende kapitalistische Staat die Produktion in die Hand nimmt, die er ebenfalls zum Zwecke der Profiterzeugung betreibt, oder ob die Produktion dem Zweck der Profiterzeugung entrissen und lediglich der Herstellung nützlicher Güter gewidmet wird. Die Produktion ist nur deshalb heute Privatsache, weil sie

Madame Therese.

Von Erckmann-Chatrian.
Deutsch von Friedrich Fr. Rückert.

44]

Der Mauser kam jeden Abend auf Besuch und sagte:

„Bah, das hat nichts zu bedeuten, der Doktor hat Madame Therese empfehlen wollen; er konnte sie doch nicht mit den anderen Gefangenen zusammen abmarschieren lassen, das hätte sich doch nicht geschickt; er wird um eine Audienz bei dem Feldmarschall, dem Braunschweiger, nachgesucht und sich bemüht haben, sie ins Lazarett in Kaiserslautern unterzubringen. Dies alles zu besorgen, erfordert Zeit ... Seid nur ganz ruhig, er wird schon zurückkommen.“

Diese Worte verscheuchten unsere trüben Gedanken einigermaßen, denn der Mauser erschien sehr ruhig; er rauchte in der Ofenecke, die Beine lang ausgestreckt und anscheinend träumend, gemächlich seine Pfeife.

Unglücklicherweise kam aber der Wildhüter Rödig, der im Walde an der Straße nach Pirmasens wohnte, wo sich damals gerade die Franzosen aufhielten, mit einem Rapport an das Gemeindeamt zu Anstatt und hielt sich bei dieser Gelegenheit einige Augenblicke in der Herberge Spicks auf. Hier erzählte er, daß Onkel Jakob vor drei Tagen gegen acht Uhr Morgens am Forsthause vorübergefahren sei und mit Madame Therese sogar eine kurze Zeit verweilt habe, um sich zu erwärmen und ein Glas Wein zu trinken. Er sagte auch, daß der Onkel sehr heiter gewesen und zwei „Kugelreiter“ in den Taschen seines Mantels gehabt habe.

Nun verbreitete sich das Gerücht, der Doktor Jakob habe, anstatt sich nach Kaiserslautern zu begeben, die Gefangene zu den Republikanern gebracht, und dies gab einen großen Skandal. Richter und Spick schrien überall, er verdiene füsiliert zu werden, das sei eine Schändlichkeit, und man müsse seine Güter konfiszieren.

Der Mauser und Koffel brachten dagegen vor, daß der Doktor sich ohne Zweifel bei dem hohen Schnee verirrt hätte und im Gebirge anstatt rechts links gefahren sei; aber sie wußten beide sehr gut, daß Onkel Jakob gleich einem Schmuggler jeden Steg und jeden Weg im Lande kenne, und der Unwille wuchs von Tage zu Tage.

Ich konnte nicht mehr ausgehen, ohne daß meine Kameraden mir zuriefen, Onkel Jakob sei ein Jakobiner geworden; ich geriet sogar, wenn ich ihn verteidigen wollte, oft in Schlägerei und kam trotz des Beistandes Scipios mehr als einmal mit blutiger Nase nach Hause.

Lisbeth war besonders über die Geschichte und das Geschrei der Konfiskation trostlos.

„Welch' ein entsetzliches Unglück“, rief sie händeringend, „welch' ein Unglück in meinem Alter, sein Bündel schnüren zu müssen und ein Haus zu verlassen, in dem man die Hälfte des Lebens zugebracht.“

Das war sehr traurig. Der Mauser allein bewahrte seine Ruhe.

„Ihr seid Narren, Euch mit Grillen zu plagen“, sagte er; „ich wiederhole Euch nochmals, der Doktor Jakob ist gesund und munter, und man wird nichts konfiszieren. Seid nur ganz ruhig, eßt gut, schlaft gut, und für das übrige stehe ich ein.“

Er blinzelte schalkhaft mit den Augen und schloß gewöhnlich mit den Worten: „Mein Buch erzählt die Sachen ..... Jetzt gehen sie in Erfüllung und alles geht sehr gut!“

Aber trotz dieser Versicherungen gings von Tag zu Tag schlimmer und das von dem Schurken Richter aufgestachelte Lumpenvolk des Dorfes begann unter unseren Fenstern zu toben und zu schreien. — Da plötzlich trat eines Morgens wieder die schönste Ordnung ein. Gegen Abend kam der Mauser mit heiterer Miene, nahm seinen Lieblingsplatz ein und sagte zu Lisbeth, welche spann:

„Nun, seht Ihr, jetzt ist's mit dem Geschrei vorbei! Man will uns nicht mehr konfiszieren, man verhält sich ganz ruhig, ganz kuschee, he, he, he!“

Mehr sagte er nicht; aber in der Nacht hörten wir eine Menge Wagen vorüberfahren und eine große Schar Leute die Hauptstraße längs marschieren; es war noch viel schlimmer als bei der Ankunft der Republikaner, denn niemand hielt sich auf ... das war ein Vorbeimarschieren ohn' Ende!

Ich vermochte keine Minute zu schlafen, Scipio knurrte jeden Augenblick. Als ich bei Tagesanbruch durch unsere Fensterscheiben sah, bemerkte ich noch etwa zehn große Wagen voll Verwundeter, die sich rumpelnd und rasselnd entfernten. Es waren Preußen. Dann kamen zwei oder drei Kanonen, dann etwa hundert Husaren, Kürassiere, Dragoner in wirrem Durcheinander, dann unberittene Reiter, den Mantelsack über der Schulter, und über und über mit Kot bedeckt. Alle diese Menschen schienen erschöpft zu sein, aber sie gönnten sich keine Ruhe, gingen nicht in die Häuser, sondern marschierten, als ob ihnen der Teufel auf den Fersen wäre.

Die Leute sahen von der Schwelle ihrer Häuser aus diesem Treiben mit finstern Blicken zu.

Als ich nach dem Abhang von Birkenwald blickte, sah ich eine lange Reihe von Fuhrwerken; Munitionswagen, Kavallerie und Infanterie, die sich bis in den Wald hinein erstreckte.

Es war dies, wie wir später erfuhren, die Armee des Feldmarschalls, Herzogs von Braunschweig, auf dem Rückzug nach der Schlacht bei Fröschweiler; sie hatte das Dorf in einer Nacht passiert. Es war vom 28. auf den 29. Dezember, und wenn ich mich dieses Datums so genau erinnere, so liegt dies hauptsächlich darin begründet, daß am anderen Morgen sehr früh der Mauser und Koffel in heiterster Stimmung mit einem Brief vom Onkel zu uns kamen. Der Mauser zeigte ihn uns und sagte:

„Ha he, he! ... es geht gut ... sehr gut! Die Herrschaft der Gerechtigkeit und Gleichheit beginnt! ... Hört zu!“

Er setzte sich mit untergestemmten Ellenbogen an den Tisch. Ich stand neben ihm und las über seine Schultern weg mit. Lisbeth, ganz bleich, hörte hinten zu und Koffel lehnte sich, lächelnd das Kinn streichend, an den alten Schrank. Sie hatten den Brief schon zwei- oder dreimal gelesen; der Mauser wußte ihn fast auswendig.

Dann las er, indem er zuweilen eine kleine Pause machte, um uns einen Blick der Begeisterung zuzuwerfen, wie folgt:

„Weißenburg, den 8. Nivose;
Jahr 2 der französischen Republik.“

Den Bürgern Mauser und Koffel, der Bürgerin Lisbeth und dem kleinen Bürger Fritzel Gruß und Brüderlichkeit!

Die Bürgerin Therese und ich wünschen Euch vor allen Dingen Freude, Eintracht und Wohlergehen.

Wie Ihr seht, schreiben wir Euch diese Zeilen von Weißenburg, mitten im Kriegstriumphe; wir haben die Preußen von Fröschweiler verjagt und sind am Gaisberg über die Oesterreicher wie ein Donnerwetter hergefahren.

So empfangen Stolz und Eigendünkel ihren Lohn; wenn die Leute nicht auf gute Gründe hören wollen, so muß man ihnen bessere geben, aber es ist schrecklich, so bis zum äußersten getrieben zu werden, ja, schrecklich! — Meine lieben Freunde, schon lange habe ich im Stillen über die Verblendung derer geseufzt, welche das Geschick des alten Deutschlands lenken und leiten; ich bejammerte ihren Geist der Ungerechtigkeit, ihren Egoismus; ich ging mit mir zu Rate, ob es nicht für mich als ehrlichen Mann geboten wäre, mit allen diesen aufgeblasenen Menschen zu brechen und die Prinzipien der Gerechtigkeit, Gleichheit und der Brüderlichkeit, wie sie von der französischen Revolution proklamiert werden, anzunehmen. Dies versetzte mich in die größte Unruhe; denn der Mensch hält an den von seinen Vorfahren ererbten Ideen fest, und solche innere Umwälzungen kommen nicht ohne einen großen Riß durchs Herz. Dessenungeachtet schwankte ich noch immer, aber als die Preußen, allem Völkerrecht zum Hohn, die unglückliche Gefangene reklamierten, die ich vom Boden aufgenommen hatte, war's mit meiner Unentschlossenheit vorbei. Anstatt Madame Therese nach Kaiserslautern zu bringen, beschloß ich, sie nach Pirmasens zu geleiten, was mir mit Gottes Hilfe gelungen ist. (Forts. folgt.)

ganz und gar auf Erzeugung von Profit, das heißt auf Privatinteressen gerichtet ist. Dagegen liegt die Versorgung aller Menschen mit nützlichen Gütern im allgemeinen, öffentlichen Interesse. Deshalb muß sie von der Gesamtheit übernommen werden. Damit bekommt aber die Gesamtheit, die Gesellschaft, eine ganz neue Aufgabe zugewiesen, und dieser neuen Aufgabe entsprechend muß sie auch eine neue Form annehmen, die heutige, die Staatsform, ist ganz anderen Zwecken angepaßt und muß folglich von der Gesellschaft abgelegt werden. Hätte das „B. T." auch nur eine schwache Ahnung von diesen wirklichen wirtschaftspolitischen Lehren des Sozialismus, so würde es wissen, daß es auf die „moralisch anstößigen Seiten" von Personen gar nicht ankommt, wenn erst einmal die Quelle des Arbeiterelendes, die auf Profit gerichtete Produktion, beseitigt ist. Von diesem Kern und Wesen des Sozialismus ist aber in dem ganzen Artikel gar keine Rede. Das macht: sein bürgerlicher „Nagel" hindert den Verfasser, sich von proletarischen Ideen eine richtige Vorstellung zu machen, und zwingt ihn, im Sozialismus weiter nichts als Verstaatlichung zu sehen.

△

Politische Uebersicht.

Ein Todesmarsch!

Aus Straßburg i. E. schreibt uns unser W.-Korrespondent: Eigentümliche Meldungen bringt die „Freie Presse", das hiesige sozialdemokratische Organ, über außerordentlich sensationelle Vorfälle, die sich bei Gebirgsübungen der 39. Division in der Nähe von Schlettstadt im Unterelsaß zugetragen haben sollen. Seltsam ist, daß alle bürgerlichen Blätter nichts zu melden haben, während in der Bevölkerung von Schlettstadt und der umliegenden Orte große Beunruhigung herrscht. Angesichts dieser Stimmung und in Anbetracht der Präzision in den Meldungen unseres hiesigen Parteiorgans, dürfte eine Aufklärung seitens der Militärbehörde wohl zu erwarten sein. Von verschiedenen Seiten wird nämlich das Folgende berichtet: Die am Eingang des Weilertales in den Vogesen gelegenen Ortschaften Kinzheim, Kastenholz und Orschweiler wurden vor einigen Tagen von einer Unmasse Militär plötzlich und unerwartet überschwemmt. Abends gegen 6 Uhr kamen die Mannschaften übermüdet an und bezogen in aller Eile Notquartiere. Zahlreiche Soldaten waren vor Hitze ohnmächtig geworden, so daß die Uebung abgebrochen werden mußte. Ein vom Hitzschlag getroffener Soldat mußte noch am gleichen Abend schwer erkrankt in das Lazarett nach Schlettstadt gebracht werden. Von anderer Seite wird über den Eilmarsch des Infanterie-Regiments Nr. 172 (Garnison Straßburg) in Schlettstadt selbst gemeldet, daß die Soldaten die Röcke vom Koppelschloß an aufwärts geöffnet hatten. Ferner sollen beim Infanterie-Regiment 169 drei Todesfälle, beim Infanterie-Regiment Nr. 171 und bei einem Jägerbataillon je ein Todesfall zu verzeichnen sein!

Es ist klar, daß die Militärbehörde der Oeffentlichkeit Aufklärung und Verfolgung aller Schuldigen zusichern und durchführen muß. Wir sind uns freilich bewußt, daß nicht der eine oder andere Befehlshaber eigentlich am schärfsten verurteilt werden sollte, sondern daß immer wieder in der mechanischen Disziplin, die einzelnen Vorgesetzten eine unbeschränkte Macht verleiht, der tiefste Grund für solche Vorkommnisse liegt, die man aber regelmäßig als „bedauerliche Einzelfälle" zu Ausnahmen stempeln will.

Pod, der Ehrliche.

Die Erklärung des Herrn von Podbielski, daß der Kaiser seine Beziehungen zu Tippelskirch von Anfang an gekannt und daran weiter nichts Schlimmes gefunden habe, hat den agrarischen Schutzengeln des unschuldig verfolgten Ehrenmannes frischen Mut eingeflößt. Die „Deutsche Tageszeitung" hätte noch vor vier Wochen von niedriger Verleumdung gesprochen, wäre über den preußischen Landwirtschaftsminister das behauptet worden, was jetzt alle Welt weiß: daß er nämlich als Mitglied der Regierung und Mitinhaber von Geschäften, die für die Regierung liefern, ein doppeltes Spiel gespielt, an unrechtmäßigen Vorteilen, die sich seine Kompagnons durch Bestechung verschafften, teilgenommen und an solchen Unredlichkeiten Riesensummen „verdient" hat. Jetzt, wo kein Leugnen mehr hilft, stellt sich das Podbielskiblatt hin und erklärt mit frecher Stirne, an dergleichen Geschäften nichts Arges zu finden. Es schreibt:

Herr von Podbielski hat es nicht nötig, sich zu decken. Sein Verhalten war durchaus korrekt... Herr von Podbielski hat vollkommen ehrlich, offen und korrekt gehandelt.

Die „Deutsche Tageszeitung" schwärmt, wie man täglich zwei Mal auf ihrem Kopf lesen kann: „Für deutsche Art! — Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!" Man weiß jetzt wenigstens ganz genau, was in den Augen der Agrarier „deutsche Art" und „deutsche — — Arbeit" ist. Sonst stellt sich die „Deutsche Tageszeitung" gerne als die Unschuld aus dem Dorfe hin und weiß beweglich darüber zu klagen, wie „Industrialismus" und „Mammonismus" das deutsche Gemüt unheilvoll beeinflußt hätten. Auch antisemitisch gibt sie sich gern, lästert über Ballmuts und den Tanz um das goldene Kalb. Jetzt aber tritt sie für einen rücksichtslosen Industrieherrn und Mammonsanbeter in die Schranken, der sieben Geldjuden zusammen an Findigkeit, Gerissenheit und Skrupellosigkeit übertrifft.

Heute tut auch die „Deutsche Tageszeitung" als gäbe es keine schlimmere Feindin der Korruptionsriecherei als sie: sie will nichts merken, selbst wenn es schon zum Himmel stinkt. Sie war nicht immer so: Zur Zeit des Zollkampfes beispielsweise war bei ihr ein Beamter des Auswärtigen Amtes in Verdacht gekommen, als ob er insgeheim gegen den Brotwucher tätig sei. Alsbald konnte man in der „Deutschen Tageszeitung" lesen, dieser Beamte besitze ausgedehnte Ländereien in Argentinien und sei Freihändler mit Rücksicht auf das eigene Geschäft. So empfindlich war die „Deutsche Tageszeitung" damals im Punkt Korruption. Heute findet sie es vollständig ehrlich, offen und korrekt gehandelt, wenn sich ein königlich preußischer Staatsminister aus Reichssteuergeldern bereichert.

* * *

Inzwischen wirft der stinkende Kolonialsumpf weitere Blasen. Dem Hofrat Tesch ist nachgewiesen worden, daß er zu Unrecht Zulagen von mehreren tausenden Mark an sich genommen hat und daß er das auf Grund falscher Quittungen getan hat! Ferner hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger in Düsseldorf in einer Zentrumsversammlung gesprochen, worin er u. a. folgendes ausführte: „Man sagt, ich hätte mein Material unrechtmäßig bekommen. Das ist total falsch. Mein Material ist teilweise niedergelegt in Akten und den großen Teil des Materials lieferten die Konkurrenten von Tippelskirch und die Konkurrenten von Wörmann in Hamburg. Dafür sorgen auch Missionare und Kaufleute, um eine Besserung herbeizuführen. Das schönste war: Als mir im Reichstage in allen wesentlichen Punkten die Richtigkeit meiner Kritik zugegeben worden war, erhielten die Räte der Kolonialabteilung noch Ordensauszeichnungen. Da habe ich mir gesagt: Dann muß ich meine Pfeile noch spitzer schneiden. Ueber die schwebenden Untersuchungen will ich nicht sprechen; ob etwas herauskommen wird, weiß ich nicht. Es wundert mich, daß man nur von Tippelskirch jetzt berichtet. Es sind auch noch andere Verträge da. So der Vertrag mit Wörmann. Ich kann hier nur sagen, daß es sich bei dem Fall Wörmann noch um ganz andere Summen handelt, als bei dem Fall Tippelskirch. Man kann uns keinen Vorwurf machen, wenn wir sofort eine Kündigung dieser Verträge verlangen und mit allen Mitteln im nächsten November im Reichstage fordern werden. Wenn der Reichstag im November wieder zusammentritt und neue Forderungen für Südwestafrika, vielleicht 100 Millionen, bewilligen sollte, darf man doch nicht glauben, daß er sie wieder für Tippelskirch und Wörmann bewilligt. Er wäre nicht wert, Vertreter des deutschen Volkes zu heißen."

Und so gehts weiter!

* * *

Das Fachblatt „Deutsche Schuh- und Lederwelt" macht folgende Angaben über den infamen Wucher bezügl. der Maklergewinne, die T. u. Cie. einheimsten: „Ein Magdeburger Schuhlieferant mußte an Tippelskirch u. Cie. Kavalleriestiefel franko Berlin pro Paar für 18 Mk. liefern. Tippelskirch ließ sich für das Paar, nachdem er sie mit einem Aufwand von höchstens 25 Pf. pro Paar hatte gelb lackieren lassen, 23,20 Mark bezahlen. Tippelskirch hat auf sein Ansuchen auch Zuschläge von 5 Proz. erhalten, was er mit „Unkosten aus beschleunigter Lieferung" motivierte. Der Maklergewinn der Firma Tippelskirch belief sich bei anderen Schuhen und Stiefeln auf 40, 50, ja selbst auf 80 bis 100 Prozent. Interessant ist es auch, daß die Firma Zehnspänner-Pferdegeschirre für etwa 900 Mark einkaufte und für mindestens 2000 Mark auf Reichsunkosten der Kolonialverwaltung zur Verfügung stellte."

In welcher Weise die unmäßig teuren Waren aus dem Händlergeschäft der Podbielski und Genossen in Afrika zuweilen — nicht verwendet wurden, darüber schreibt das zitierte Fachblatt:

„Weitere Kreise dürfte es interessieren, daß die Tippelskirchschen Geschirre, die einstmals vielleicht von Lohschen Fabrikwagen abgeladen worden waren, öfter, als es den unglückseligen deutschen Steuerzahlern lieb ist, eine völlig verfehlte Existenz fristen. Kommt da kürzlich der Abgeordnete Erzberger in den Laden des Sattlermeisters J. Schmidt in der Karlstraße. Da hängen nagelneue Geschirre, amtlich gestempelt, als für die Maschinengewehrabteilung unserer Südwestafrikaner bestimmt. „Für 85 Mk. verkaufe ich das Paar!" meinte Herr J. Schmidt. „Aber lieber Mann, Sie machen sich doch der Hehlerei verdächtig, wenn Sie derartige Waren feilbieten," sagte der Abgeordnete. „Aber ich bitte Sie, erwiderte der biedere Sattlermeister, „diese Geschirre, die von Afrika zurückkamen, weil sie dort keine Verwendung finden konnten, habe ich rechtmäßig auf einer hiesigen Auktion erstanden!"

Was mögen, so fragt die „Volksztg." mit Recht, die Podbielski und Genossen an diesen Geschirren verdient haben, die aus Afrika als unverwendbar zurückgekommen sind? Wieviel Geld hat der deutsche Steuerzahler, dem das Leben und das Steuerzahlen oft blutsauer gemacht wird, den Podbielski und Genossen mir nichts dir nichts in den Hals stopfen müssen!

Zu dem Vertreter dieses Fachblattes hat sich der Abg. Erzberger dahin geäußert: Die gegen den Major Fischer vorgenommene Untersuchung hat, wie ich erfahren habe, ergeben, daß Bestechungen vorgekommen sind. Die Lieferungsverträge mit der Firma Tippelskirch, die demnach gegen Treu und Glauben verstoßen, müssen, fallen. Ferner hat Erzberger in einer in Gelsenkirchen abgehaltenen Versammlung erklärt: Er wende sich jetzt gegen die Woermann-Linie. Erzberger fuhr dann wörtlich fort: Solange müssen wir die Taschen zuhalten, bis wir sehen wie eine kleine Gruppe von Interessenten oder ein Minister, der nicht in Gütergemeinschaft mit seiner Frau lebt, Vorteile von der Kolonialpolitik haben. Nunmehr werde ich gegen die Woermann-Linie vorgehen, gegen die die Firma Tippelskirch nichts bedeutet.

Das Ende der Sauwirtschaft ist mithin noch lange nicht abzusehen! Nette Aussichten für die Steuerzahler!

Die Reichstags-Ersatzwahl

im 10. sächsischen Reichstagswahlkreise (Döbeln) ist auf den 22. Oktober angesetzt. Es gibt also einen sehr lang andauernden Wahlkampf, was unseren Genossen nur recht sein kann. Um so schöner wird dann ihr Sieg über den Ordnungsklüngel werden, der bekanntlich den „berühmten" Hasse als Kandidaten des vereinigten Ordnungsbreies aufgestellt hat.

* * *

Es wird uns dazu noch geschrieben:

In Döbeln-Roßwein, dem durch den Tod unseres Genossen Grünberg erledigten sächsischen Reichstagswahlkreis, haben sich die „nationalen" Parteien bekanntlich nach langem Hin- und Herraten entschlossen, dem aus Leipzig-Stadt hinausgewählten alldeutschen Professor Hasse die Kandidatur zu übertragen. Es wird daher notwendig werden, sich in der Oeffentlichkeit wieder ein wenig mit der Person und den Werken dieses absonderlichen „liberalen" Politikers ein wenig zu beschäftigen. Es ist erst anderthalb Jahre her, daß Herr Hasse ein Buch über „Das deutsche Reich als Nationalstaat" veröffentlichte, in dem er dieses politische Glaubensbekenntnis ablegte:

Eine gewisse Geistesbildung verträgt sich eben nicht mit der ausschließlichen Beschäftigung mit einer geistestötenden, mechanischen, schweren und schmutzigen Arbeit. Man sucht so viel nach den Gründen der Landflucht. Der tiefste Grund derselben liegt in der strengen Durchführung der **allgemeinen Volksschulpflicht** und etwa gar in der allgemeinen Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschulen.

Wer soll also in Zukunft die **schweren und schmutzigen Arbeiten** verrichten, die die auf Arbeitsteilung beruhende Volkswirtschaft doch nun einmal braucht? Wir sind in Deutschland bisher gedankenlos an dieser Frage vorbeigegangen. Man muß sich endlich darüber klar werden, daß sie nur eine ganz bestimmte Anzahl von Möglichkeiten zur Lösung zuläßt.

Entweder wir halten einen bestimmten Teil unseres eigenen Volkes auf unserer niedrigsten Stufe der Arbeiterorganisation der Gesellschaft, dann aber auch der Kultur fest, und wir verzichten dann auf die Grausamkeit, diesen Teil des Volkes durch eine hohe Volksschulbildung mit den Ansprüchen auf eine höhere Lebenshaltung auszustatten. Die Art der Lösung in einem Staate, dessen Grenze gegen die Einwanderung abgeschlossen ist, wäre **die wünschenswerte vom Rassenstandpunkt aus betrachtet** . . .

Im Notfall, wenn die Züchtung des hirnlosen nationalen Arbeitsviehes „vom Rassenstandpunkt aus" nicht gelingt, will sich Herr Hasse mit Polen, Tschechen oder auch mit Schwarzen und Chinesen begnügen.

Ob die „gewisse Geistesbildung", die den Professor Hasse zu einem Verächter der „schmutzigen Arbeit" und Feind der allgemeinen Volksbildung macht, bei den „schmutzigen Arbeitern" von Döbeln-Roßwein auf starke Gegenliebe stoßen wird, darf mit aller Ruhe abgewartet werden. Es ist aber für die verzweifelte Ratlosigkeit der bürgerlichen Mischmaschpolitiker ungemein bezeichnend, daß sie keinen besseren Kandidaten finden konnten, als eben Herrn Hasse, der mit einem solchen Bekenntnis belastet, als Kandidat vor die „geehrten Herren Wähler" eines rein industriellen Kreises tritt.

Ein Leipziger Staatsanwalt.

In seinem Plädoyer im Prozeß gegen die „Leipziger Volksztg." hat der Oberstaatsanwalt Böhme u. a. gesagt: Seger müsse wissen, wie unzuverlässig Korrespondenzen seien. Solche Korrespondenzen paßten aber in die Tendenz der „Volkszeitung" und darum würden sie frischweg abgedruckt. Zu seinen Ungunsten spreche die ungemeine Leichtfertigkeit, mit der er zu Werke gegangen sei.

Genosse Seger hat diese staatsanwaltschaftliche Argumentation in der Verhandlung selbst bereits treffend zurückgewiesen. — Das ist derselbe Staatsanwalt, der bis zum heutigen Tage die am 12. Februar d. J. in der „Volksztg." von drei politischen Redakteuren gegen ihn erhobene Beschuldigung ruhig hat auf sich sitzen lassen, daß er „leichtfertige Verdächtigungen" aufstellt, zu denen ihm „sowohl jede formale Befugnis wie jeder tatsächliche Anhalt fehlt". Gerade Herr Böhme also hätte allen Anlaß, mit der Beschuldigung der „Leichtfertigkeit" etwas vorsichtiger umzugehen!

Wie gefragt werden muß.

Wilhelm II. führte als Grund für die Inferiotät der deutschen Journalisten an, daß diese nicht verpflichtet seien, ein Examen zu machen. Darin hat er, so sagt der Wochenplauderer des „Hamburger Echo", recht: Examen sollten sein, und gründlich sollte gefragt werden. Aber es kommt sehr darauf an, wie das Examen ist. Zum Beispiel:

„Was betrachten Sie als den hervorstechendsten Vorteil der staatsmännischen Erfahrung?"

„Die Ausbildung der Gütertrennungsmoral."

„Was verstehen Sie unter Staatskunst?"

„Die Beteiligung an Kolonialausrüstungsgeschäften, an Panzerplattensyndikaten, an Waffen- und Munitionstrusts und am Spiritusring."

„Was sind die Pflegestätten der Moral?"

„Die Kirchen."

„Welche Kirchen?"

„Mirbachkirchen und Tippelskirchen."

„Was muß ein Staatsminister unbedingt haben?"

„Eine Frau muß er haben, auf die er seinen Anteil an gegründeten Geschäften übertragen kann."

Wenn in dieser Weise examiniert würde, und wenn keiner als Redakteur zugelassen würde, der nicht befriedigende Antworten geben könnte, dann wären die Preßmenschen bald zu einer besseren Gesellschaftsklasse erzogen. . . .

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Unter dem Einfluß der Hundstagshitze schreibt in der „Deutschen Monatsschrift" General z. D. von Liebert, Flottenapostel und Reichsverbandesmann, in teutonischer Entrüstung über die Ablehnung der Bahn Kubub-Keetmannshoop:

„Es sollte sich doch in den Regierungskreisen eine Persönlichkeit finden, die in diesem Falle den Krieg als force majeure und den Bahnbau als unbedingt und sofort zu erledigen auf ihre Schultern nimmt. Es durfte der Reichstag entweder nicht verabschiedet werden, bevor die Bahn nicht bewilligt war, oder man baut die Bahn trotz alledem und erbittet nachher Indemnität. Das gegenwärtige bequeme laisser aller (Gehenlassen), das die verantwortlichen Organe so sehr lieben, kann als verhängnisvoller Vorgang später weiter wirken. Man gestatte das Beispiel: die deutschen Truppen stehen vor Paris, es bedarf des sofortigen Baues einer Umgehungsbahn mit voller Spurbreite, der vom Reichstag bewilligte Kredit ist aber abgelaufen. Sollen dann die Truppen vor dem Feinde darauf warten, bis der hohe Reichstag zusammentritt und in Kommmission und Plenum die erforderlichen Summen bewilligt?! Was sollen denn unsere braven Südwestafrikaner sagen, wenn sie sich so **schmachvoll vom Vaterland verlassen** sehen? Man sucht vergeblich in der Welt nach einem Lande, in dem außerhalb Deutschlands eine solche unbegreifliche Handlungsweise des Parlaments und ein solches Geschehenlassen denkbar wäre. Der 26. Mai 1906 ist dem 1. Juli 1890 in der deutschen Kolonialgeschichte würdig an die Seite zu setzen; es ist der schmerzlichste Rückfall in die Kinderkrankheiten, die wir glaubten überwunden zu haben. Der deutsche Reichstag und das deutsche Volk ringen um die Palme in politischer Unreife."

„Politisch reif" ist nur einer: Herr Liebert, Flottenapostel und Reichsverbandsmann. Reif für Abkühlungskuren. Daher mag es wohl auch kommen, daß man den Helden für sein Eintreten für den gewaltsamen Staatsstreich nicht wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten unter Anklage stellt.

Herzog Günther kann aufatmen! Die Beleidigungsklage der Kammerfrau Milewsky gegen den kaiserlichen Kammerherrn von Blumenthal wurde vom Schöffengericht Dresden wegen Nichterscheinens der Klägerin abgewiesen. Dem telegraphischen Ersuchen der Klägerin um Vertagung der Verhandlung wurde nicht stattgegeben. — Leider bleibt damit die rätselhafte Affäre der Verwandten der Kaiserin unaufgeklärt.

Der bayerische Staatsminister Frhr. von Riedel ist, wie uns aus München telegraphiert wird, in letzter Nacht im 76. Lebensjahre, nachdem er sich noch gestern in einer hiesigen Klinik einer Operation unterzogen hatte, gestorben.

Bankerott der Gewalt. Daß gegen die Optanten im nördlichen Schleswig eine mildere Tonart angeschlagen werden soll, wird jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt. Damit wird endlich zugegeben, daß auch in der Dänenpolitik die Gewalt sich als ohnmächtiges Mittel erwiesen. Wann endlich wird man einsehen, daß die Gewalt auch gegen die Sozialisten nichts ausrichtet?

Kleine politische Nachrichten.

Der antisemitische Abg.-Amtsrichter Lattmann ist zum Amtsgerichtsrat ernannt worden. Das bedeutet nur einen Titel, keine Beförderung. Der Herr muß sich also in seiner sozialistenfresserischen Tätigkeit noch mehr anstrengen. — Der Chef der Reichskanzlei, Geheimrat von Loebell, hat seinen Urlaub kürzlich unterbrochen. Die „Weser-Zeitung" vermutet wohl nicht mit Unrecht, daß Herr v. Loebell wegen der Kolonialaffäre zu Besprechungen nach Berlin ab-

zerreißt ist. — Der Druckfehlerteufel hat der antisemitenwütigen „Staatsbürger-Zeitung" einen famosen Streich gespielt. Das Blatt schreibt nämlich in edlem Zorn: Wenn der Kaiser mit dem Geldadel zusammen kommt, sind allemal die Blätter der Intimitäten voll. Wie Frau Krupp den neuen Bürgermeister von Essen aus dem Gebüsch herausrief, ihn dem Kaiser vorzustellen — was der Kaiser bei der Tafel über Volkslieder gesagt, alles steht mit modern journalistischer Fixigkeit in den Blättern. Kaut der Kaiser mit den historischen Familien zusammen, so wird nicht ausposaunt, wie er sich geräuspert hat. — Die Nachricht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", daß Frau Krupp den Oberbürgermeister bei dem Empfange am Bahnhof Hügel herangewinkt und dem Kaiser vorgestellt habe, soll angeblich nicht zutreffen. Offiziell wird sie aber noch nicht richtig gestellt. — Ueber Personalveränderungen in der Marine verlautet, daß Groß-Admiral von Koester Generalinspekteur der Marine bleibt, zum Chef der aktiven Schlachtflotte Prinz Heinrich und zum Chef der Ostseestation Admiral von Arnim ernannt worden sei. Admiral von Bendemann, der Chef der Nordseestation, tritt zurück und wird durch Vizeadmiral von Prittwitz und Gaffron ersetzt, an dessen Stelle Admiral Büchsel tritt.

Ausland.

Die Katastrophe des „Sirio", bei der bei hellem Tage und ruhiger See über 200 Menschen zu Grunde gegangen sind, wird ein lebhaftes Nachspiel in der italienischen Kammer haben, denn viele Interpellationen an die Regierung sind dieser Tage bei der Präsidentschaft der Kammer angelangt. Anfangs waren die italienischen Blätter wild auf die englischen Zeitungen, weil diese das italienische Schiffspersonal des „Sirio" der Feigheit und Unfähigkeit geziehen hatten. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Engländer die Wahrheit gesagt hatten. Dem „Corriere della Sera" wurde aus Kartagena von einem Geretteten telegraphiert, daß unmittelbar nach dem Zusammenstoß ein Offizier mit diesem Schiffspersonal davonschwimmt um die Passagiere das Schiff verließ. Der Kapitän hatte den Kopf verloren, es herrschte daher das größte Durcheinander. Zur Entschuldigung des Kapitäns wird angeführt, daß er über 70 (siebzig)! Jahre alt sei. Viele Zeitungen greifen darum zuerst die Gesellschaft an, die so alte Leute im Dienste duldet und sie nicht ehrenvoll pensioniert. Die sozialdemokratischen Interpellationen sind besonders gegen die Gesellschaft und deren unangebrachte Sparsucht gerichtet. Allerdings berühren sie auch den Umstand, daß fast das ganze Personal gerettet worden ist, während die Ertrunkenen meist Frauen und Kinder sind. Tief beschämt heben die Blätter hervor, wie über 300 Italiener unweit vom Vaterland auf fremden Boden geschleudert worden sind, und zwar ohne Geld und vielfach ohne Kleider, ohne daß sich die Regierung in der Heimat gerührt hätte. Die spanische Regierung hat, so betonen sie, weil die lokalen Fonds bald erschöpft waren, Staatsgelder zur Verfügung stellen müssen, aus Rom kam aber keine Anweisung. Was machte in diesen Tagen das Auswanderungs-Kommissariat in Rom? Einen traurigen Kontrast zu diesen Blätterstimmen bildet der Mailänder „Osservatore cattolico". Das klerikal-demokratische Blatt freut sich, daß die Zeit des unnützen Heroismus für immer vorbei sei und man nicht mehr das barbarische Ansinnen an einen Kapitän stellen könne, daß er mit seinem Schiffe untergehen müsse. . . . .

Die Ernte in Spanien übertrifft nach einer amtlichen Statistik des Landwirtschafts-Ministeriums selbst die optimistischsten Vermutungen. Das Mehr des Ertrages wird auf zirka 17 Millionen Tonnen Weizen, 10 Millionen Tonnen Gerste und 3 Millionen Tonnen Hafer geschätzt. Infolge dieses günstigen Ertrages wird Spanien in diesem Jahre nicht nur keinen Getreideimport bedürfen, sondern auch exportieren können. In Andalusien ist der Ernteertrag fünfmal größer als im Vorjahre.

Ein neues selbstgewähltes Oberhaupt. Zur kretischen Frage wird aus Athen gemeldet: Hier zirkuliert das Gerücht, daß die vier Schutzmächte Kretas sich auf Vorschlag Italiens entschlossen hätten, da der Rücktritt des Prinzen Georg unvermeidlich sei, den Kretensern die Wahl eines neuen Oberkommissars selbst zu überlassen.

Aus Rußland.

Reiche Pfaffen gegen arme Bauern.

Petersburg, 14. August. Die Schrecken der **Hungersnot** in dem Gouvernement Saratow sind **unbeschreiblich. Viele Bauern sterben Hungers.** Die große Zahl von Aufrufen an das öffentliche Mitleid bleiben ohne Erfolg. Die **Mönche** von Laura, eines in der Nähe gelegenen Klosters, haben sich mit Revolvern bewaffnet, um die **großen Reichtümer des Klosters verteidigen zu können.** — Das sieht den frommen Spitzbuben ähnlich!

Heroische Heldentaten der Frauen.

Kronstadt, 14. August. Die „Birsh. Wjed." meldet: Unter den Verhafteten befinden sich auch **weibliche Agitatoren**, darunter mehrere Kursistinnen. Vor den Oktoberunruhen in Kronstadt sind **viele von ihnen, um Propaganda zu machen, in verrufene Häuser eingetreten.** Sie haben sich der „Schande" in die Arme geworfen, **um erfolgreich unter den Untermilitärs agitieren zu können.**

Die Bauern rächen sich.

Petersburg, 14. August. Die Delegierten des Streikkomitees besuchen alle Fabriken und Betriebe des südlichen Rußlands, um den Streik zu organisieren. Der Streik selbst soll am 1. Oktober beginnen und alle Gewerbe, Industrie und Betriebe umfassen.

London, 14. August. Dem „Daily Chronicle" wird aus Petersburg telegraphiert, daß täglich aus dem ganzen Land Nachrichten über revolutionäre Unruhen einlaufen. Die Unruhen greifen besonders auf die Agrarbezirke über. Die Bauern stürmen die Besitzungen der Gutsbesitzer und brennen Häuser und Felder nieder.

Petersburg, 14. August. In Charbin herrscht vollständige Anarchie. Handel und Gewerbe sind unterbrochen. Mord und Totschlag sind an der Tagesordnung. Die Soldaten gehorchen nicht mehr den Befehlen der Offizieren, die aus Furcht vor der Mannschaft sich nicht mehr in die Kaserne wagen.

Hausknechte als Zensoren.

Man schreibt der „Russischen Korresp." aus Petersburg:

Bei seinem vor kurzem erfolgten Amtsantritt verkündete der jetzige Premierminister, daß er liberal regieren würde und daß von einer Reaktion gar keine Rede sein könne. Den ersten Beweis seines Liberalismus lieferte Stolypin, indem er alle ihm unliebsamen Zeitungen unterdrückte. Nicht nur alle sozialistischen Blätter, sondern auch die gemäßigt liberalen, wie die kadettische „Retsch", die „Raweństwo", die „Strana", die „Rascha Shisnj", die von den Professoren Kovalevski und Chodsky geleitet wurden, fielen als Opfer des neuen liberalen Kurses. Aber man ging noch weiter in der Knebelung des freien Wortes. Als krasses Beispiel für die jetzigen Verhältnisse kann folgendes Fall dienen, der von der bekannten Petersburger Zeitung „20. Weck" erzählt wird. In einer Druckerei auf der Gogolstraße erschienen vor wenigen Tagen der Hausverwalter mit einigen Hausknechten. Der Verwalter erklärte dem Druckereibesitzer, daß laut Anordnung des Pristaws der Oberhausknecht von nun ab täglich einige Mal die Druckerei durchsuchen und alles, was dort gedruckt werde, revidieren müsse. Er fügte noch hinzu, daß diese Anordnung „zirkulariſch" mitgeteilt werde und alle „verdächtigen" Druckereien betreffe. So mit wurde der Hausknecht zum Zensor erklärt, von dem das russische freie Wort abhängig ist.

Aus diesem Beispiel kann man sich leicht eine Vorstellung darüber machen, wie der Stolypin'sche Liberalismus in der Wirklichkeit aussieht. Dabei muß man noch bedenken, daß das alles nicht in der Provinz geschieht, wo die borniertesten lokalen Satrapen herrschen, sondern im Zentrum der Stolypin'schen Tätigkeit. Was unter dem neuen Kurs in der Provinz sich abspielt, kann man sich leicht ausmalen.

* * *

Neueste Telegramme.

Petersburg, 14. August. Die Matrosen der Schwarzmeer-Flotte haben an den Marineminister Birilow geschrieben und bitten, von einer Massenhinrichtung ihrer Kameraden in Kronstadt Abstand zu nehmen. Sollte diesem Ansuchen nicht stattgegeben werden, so drohen die Matrosen mit einer **allgemeinen Revolte.**

Petersburg, 14. August. Gegen sämtliche Unterzeichner des Wyborger Aufrufes ist trotz gegenteiliger Behauptung die Untersuchung auf Grund des Artikels 129 (Aufreizung gegen die Staatsgewalt) eingeleitet worden.

Das neue Wahlgesetz für September wurde gestern veröffentlicht. Die Provinzialbehörden erlassen die Anweisung, die ehemaligen Duma-Abgeordneten an weiteren Agitationen zu verhindern. Der in Finnland befindliche Arbeiterrat wurde verhaftet. — Die finnländische Regierung ließ den Gendarm, der den Duma-Abgeordneten Herzenstein ermordet hat, verhaften. Die russische Regierung wollte den Burschen laufen lassen!

Odessa, 14. August. Eine Schildwache des Seebataillons ist mit mehreren Gewehren flüchtig geworden.

Warschau, 14. August. Der Gehilfe des Depotchefs der Weichselbahn, Doroslezew, wurde erschossen. Der Täter entkam.

Riga, 14. August. Der baltische Hausverwalter Brischke wurde gestern auf offener Straße von zwei unbekannten Tätern erschossen. Ein ihm zu Hilfe eilender Schutzmann wurde gleichfalls getötet. Hierauf flüchteten die Attentäter in ein Haus, welches sofort militärisch umstellt wurde, doch gelang es bisher nicht, der Täter habhaft zu werden.

Köln, 14. August. Dem Petersburger Korrespondenten der „Köln. Ztg." nach führten die im Lager von Krasnoje Selo vor sich gehenden russischen Manöver beinahe zu einer furchtbaren Katastrophe, da bei vielen Truppenteilen unter die Platzpatronen eine große Anzahl scharfer Patronen gemengt waren. Den Zeitungen ist strengstes Stillschweigen auferlegt worden. Mehrere Zivilpersonen wurden verhaftet, die anscheinend das Militär zur Durchführung des teuflischen Planes gewonnen haben.

Lemberg, 14. August. Die hier weilenden russischen Flüchtlinge versichern, daß die umfassendsten Vorbereitungen zu einem **bewaffneten allgemeinen Ausstand** bereits getroffen seien. Der Ausstand werde ausbrechen, sobald die Ernte beendet sein wird. Fast sämtliche im Auslande weilende russische Revolutionäre seien nach Rußland zurückgekehrt, um sich in den unmittelbaren Dienst der revolutionären Bewegung zu stellen. Auch der Sitz des revolutionären Bundes sei von Genf etappenweise nach Rußland verlegt worden.

Aus Schlesien und Posen.

Zur Ermordung des Fußgendarms Rothe in Pschow

geht uns folgende Zuschrift zu: Am 9. August erschoß der jetzige Kurpfuscher, früherer Kaufmann und mehrfacher Hausbesitzer Chruszcz, den Fußgendarm Rothe aus Pschow und beging darauf Selbstmord. Der Anlaß zu dieser Tat ist in folgendem zu suchen:

Der Mörder und Selbstmörder Chruszcz erwarb, nachdem dieser Häuser und Geschäft durch Spekulation verloren hatte, von der polnischen Parzellierungsbank ein Grundstück, auf welchem er ein Wohngebäude errichten wollte. Als Pole wurde ihm dies jedoch laut des ungerechten Ansiedelungsgesetzes nicht gestattet. Gegen dieses Gesetz wollte Chruszcz ankämpfen und baute auf diesem Grundstück eine einfache Scheune; die er gemeinschaftlich mit einer Konkubine bewohnte. Gegen den Bau dieser Scheune hätte die Behörde nichts einwenden können, wenn Chruszcz in diese nicht einen Ofenherd hineingebaut hätte, welcher der Scheune das Gepräge eines Wohnhauses gab. Der ermordete Gendarm sollte durch einen Maurer die Abtragung des Ofens bewirken, wodurch der 80jährige Chruszcz zum Mörder und Selbstmörder wurde, wie in Nr. 185 der „Volkswacht" unter Rybnik angegeben. Chruszcz, ein streng katholischer Pole, ernährte sich durch Betreiben der Kurpfuscherei, durch welche er die hiesige Bevölkerung tüchtig ums Ohr zu barbieren verstand. Durch seine Anzeige wurden zwei seiner Söhne zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt, die diese noch abbüßen. Seine Ehefrau nebst Kindern lebt getrennt von diesem in Rybultau.

Das Deutschtum im Bettlergewande.

In Storchnest, einem Städtchen in der Provinz Posen, sollen in kurzer Zeit Stadtverordnetenwahlen stattfinden. Nun sind zu den Wahlen bekanntlich alle diejenigen nicht berechtigt, welche eine öffentliche Unterstützung erhalten. Da der dortige deutsche Arzt und der Apotheker je 600 Mark jährliche Unterstützung aus dem deutschen Ostmarkenfonds erhalten, legte einer der polnischen Stadtverordneten gegen die Wahlberechtigung obiger Herren Protest ein, ebenso gegen diejenige der dortigen Volksschullehrer da dieselben ebenfalls Zulagen erhalten.

Wahrhaftig das Polentum in den Ostmarken wird immer frecher. Jetzt verlangt man schon, daß die „Deutschen" den Gesetzen genügen sollen, wenn sie ein Recht haben wollen zu „herrschen". Und, es wäre doch so schön gewesen, wenn bei den Wahlen in dem polnischen Storchnest das Deutschtum gesiegt hätte. Vielleicht entschließt man sich jetzt zur Beseitigung der Geldsackprivilegien, wenigstens in den Ostmarken, damit das arme bedrängte und unterstützungsbedürftige deutsche „Proletariat" „gleichberechtigt" werde den polnischen Protzen.

Ohlau, 14. August. Eine öffentliche Volksversammlung findet Sonntag Nachmittags 3 Uhr in Baumgarten statt. Genosse Redakteur Albert-Breslau referiert über das Thema: Die Bedeutung der Politik für Arbeiter und Arbeiterfrauen. Es wird gebeten, für massenhaften Besuch, auch unter den Frauen, zu agitieren.

Altwasser, 13. August. Unsere Schwarzen versuchten am Sonntag einen groß angelegten Angriff gegen die Sozialdemokratie, der aber von dieser glänzend abgeschlagen wurde. Sie veranstalteten in Seiferts Hotel eine „Große Agitationsversammlung", in welcher Dr. Fleischer-Berlin und Sekretär Müller-Waldenburg als Referenten auftraten. Beide Redner bemühten sich, den sehr zahlreich erschienenen Zuhörern die Existenzberechtigung der katholischen Arbeitervereine und deren Vorzüge plausibel zu machen. Der demonstrative Beifall der im ganzen Saal verteilten „Katholischen" vermochte aber die ablehnende Haltung der Versammlung nicht zu verdecken. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft, indem sich eine größere Anzahl Genossen an ihr beteiligten, die ihren gegneriſchen Standpunkt unter dem stürmischen Beifall der Versammlung zur Geltung brachten. Besonders wirkungsvoll waren die Ausführungen der Genossen Philipp und Lüders, die den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis unserer schwarzen Arbeiterfreunde beleuchteten. Durch die zahlreichen Wortmeldungen unserer Parteigenossen sahen sich die „Katholischen" veranlaßt, einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen, der aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Die Diskussion nahm darauf ihren Fortgang und als schließlich Dr. Fleischer das Schlußwort erhielt, mußte er mit trübseliger Miene feststellen, daß „derartige" Versammlungen „zwecklos" seien. Wenn man das von einer „großen Agitationsversammlung" sagen muß, ist es für die Veranstalter derselben gewiß nicht schmeichelhaft. Sie mögen sich aber damit trösten, daß es überall so geht, wo sich die „Katholischen" mit ihren Illusionen an die Oeffentlichkeit wagen. Katholische Arbeitervereine sind eben Blümlein, die sich in dunkler Verborgenheit am schönsten entfalten.

Nieder-Salzbrunn, 14. August. Eine öffentliche Volks-Versammlung fand hier am Sonntag im „Gasthof zum Anker" statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Sachse referierte über die Frage: „Ist es dem Zentrum Ernst mit der Verbesserung der Arbeiterlage?" Redner wies an den Arbeiten des Reichstages in den letzten Jahren nach, daß die Zentrumspartei allen möglichen Interessen dient, nur nicht denen der Arbeiter. Die schwer auf der Arbeiterklasse lastenden Zölle und indirekten Steuern verdanken wir in der Hauptsache dem Zentrum, wie insbesondere auch alle Heer- und Marinelasten. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Gegner meldeten sich in der Diskussion nicht zum Wort, dagegen sprachen einige Genossen über den „Wert" der katholischen Fachabteilungen, die sich ja auch als „Organisationen" zur „Verbesserung der Arbeiterlage" hinstellen, um Dumme für die Unternehmer als Streikbrecher zu gewinnen. Der „Arbeiter"-Sekretär der Fachabteilungen, Müller-Waldenburg, ist aber unter den Arbeitern längst bekannt geworden als das, was er ist, nämlich ein „Windmüller".

Hirschberg, 13. August. „Deutscher Metallarbeiter-Verband oder Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein", mit diesem Thema befaßte sich eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung hierselbst. Angeregt durch dieses Thema fanden sich diesmal auch die hiesigen Hirsche aller Gattungen ein. Um besser gewappnet zu sein, hatte man sich den Geschäftsführer Mladek aus Breslau kommen lassen. Da die Hirsche die sichtliche Mehrheit in der Versammlung besaßen, stellten sie den Antrag auf Bureauwahl. Vom Versammlungsleiter wurde ihnen darauf erwidert, sie sollen sich doch an ihre eigene Nase fassen und erst einmal in ihren eigenen öffentlichen Versammlungen diese Taktik üben. Darauf erhob sich ein lautes Geblöke der Hirsche, das nicht eher nachließ, als bis ihr Ober-Hirsch sie zur Zucht und Ordnung ermahnt hatte. Alsdann konnte Kollege Philipp aus Breslau sein Referat beginnen. Mit nackten, unwegleugbaren Zahlen wies Redner nach, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband sich zu einer Kampforganisation gestaltet hat, die von keiner anderen Organisation übertroffen wird. Der Gewerkverein hingegen ist zu einem Unterstützungsverein herabgesunken. Trotz seiner riesigen Ausgabe für Agitation (70,000 Mk. pro Jahr) sei die Mitgliederzahl auf ein paar Tausend gewachsen und hat jetzt zirka 50,000 erreicht. Der Metallarbeiter-Verband, welcher über sechsmal so stark ist, gab nur 110,000 Mark für Agitation aus und stieg trotzdem in einem Jahr um rund 60,000 Mitglieder. Ein deutlicher Beweis, daß die Zukunft dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande gehört, die Gewerkvereine dagegen längst abgewirtschaftet haben. Lauter Beifall der Verbändler und Geblöke der Hirsche lohnte dem Referenten für seinen Vortrag. Man trat nun in die Diskussion ein und mit Rücksicht auf die Polizeistunde wurde vom Versammlungsleiter bekannt gegeben, daß nur eine Viertelstunde für jeden Redner als Redezeit festgesetzt sei, damit jeder in der Lage sei zum Worte zu kommen. Dagegen protestierten die Hirsche und verlangten für ihren Oberhirsch eine ebenso lange Redezeit wie der Genosse Philipp, nämlich 1¼ Stunde. Das heißt, sie wollten ihren Oberhirsch solange sprechen lassen, bis die Versammlung auf Grund der Polizeistunde geschlossen werden mußte. Schließlich fügten sie sich dem Versammlungsleiter und Mladek erhielt zuerst das Wort. Durch skrupellose Verdrehungen und Verleumdungen entstellte er die Vorgänge beim Formerstreik und der Aussperrung in Breslau. Zu dem eigentlichen Kern der Tagesordnung sprach er, wie es bei den Hirschen Brauch ist, wohlweislich nicht. Nachdem er bereits ½ Stunde gefaselt und sichtlich versucht hatte, die Diskussion in die Länge zu ziehen, wurde ihm das Wort entzogen mit dem Bemerken, daß auch noch andere Kollegen das Wort wünschten und sie sonst nicht dazu kämen. Unter lautem Geschrei seiner Getreuen bestand Mladek darauf, weiter zu sprechen. Da aber die Leitung darauf nicht eingehen konnte, erhob sich wiederum ein großes Gejohle, sodaß der Versammlungsleiter nunmehr gezwungen war, die Versammlung zu schließen. Der Trick der Gewerkvereinler, die Versammlung zu sprengen, war ihnen somit geglückt. Hoffentlich halten sie nun ihr Versprechen, und halten in der nächsten Woche eine öffentliche Metallarbeiterversammlung ab. Dann werden die Verbändler Gelegenheit nehmen, ihnen das zu sagen, was auszusprechen Herr Mladek diesmal verhindert hat.

—e. **Schweidnitz**, 13. August. Risiko der Arbeit. In den frühen Nachmittagsstunden des 11. August stürzte ein zum Betriebe der hiesigen Goedickeschen Ziegelei gehöriger, zirka 100.000 Ziegeln fassender Ziegelschuppen plötzlich zusammen. Drei Arbeiter wurden verschüttet. Mit vieler Mühe gelang es dem einen, sich aus den Trümmern herauszuarbeiten; dagegen konnten seine beiden Schicksalsgenossen nur durch Hilfe von außen aus ihrer mißlichen Lage befreit werden. Die Verletzungen der beiden waren derart, daß ihre Ueberführung ins Krankenhaus Bethanien angeordnet werden mußte.

Landeshut, 13. August. Aus der Textilbranche. Die Zustände, welche am hiesigen Ort unter der Textilarbeiterschaft Platz greifen, werden immer unhaltbarere. Es hat fast den Anschein, als ob die Inhaber der größeren Betriebe mit Gewalt einen Streik provozieren wollen, um die Arbeiterschaft die Macht des Kapitals spüren zu lassen. Genaue Kenner unserer schlesischen Verhältnisse behaupten, daß der Lohn bei der hiesigen Textilarbeiterschaft niedriger ist als bei den Webern im Eulengebirge. Uebergriffe von Beamten, widerrechtlicher Gebrauch der ihnen zustehenden Rechte, stehen auf der Tagesordnung. Hat der eine oder andere Genosse aus idealistischem Gefühl in der Versammlung für seine Mitarbeiterschaft das Wort ergriffen, um Mißstände in den Betrieben zu kritisieren, dann fliegt er unbarmherzig auf die Straße und die telephonische Verbindung setzt die Herren Ausbeuter in den Stand, miteinander in Verbindung zu treten, um den Hinausgeworfenen in den schwärzesten Farben anmalen zu können, damit er dann auf der Suche nach Arbeit nur verschlossene Türen findet.

Donnerstag Abend tagte für die Spinnereiarbeiterschaft der königlichen Spinnerei eine öffentliche Versammlung in der „Sonne". Gauleiter Fritsch referierte über den Stand der Lohnbewegung. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß wohl Wilhelm II. in seinem Erlaß im Jahre 1890 gesagt, daß alle königlichen Betriebe Musterbetriebe sein sollen. Hier in der königlichen Spinnerei zu Landeshut würden aber keine königlichen Löhne gezahlt. Aber auch was hygienische oder sanitäre Einrichtungen betrifft, stehe dieser Betrieb vielfach hinter Privatbetrieben zurück. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte er, an den gestellten Forderungen festzuhalten.

Wir werden in kurzer Zeit Gelegenheit haben, die in diesem Betriebe scheinende Gnadensonne noch näher kritisch zu beleuchten. 20 Aufnahmen wurden in der Versammlung für den Zentralverband deutscher Textilarbeiter gemacht. Bravo!

Beuthen OS., 13. August. Feindliche Brüder. An der Schlesiengrube bei Chropaczow gerieten zwei Arbeiter mit einander in Streit, in dessen Verlauf der 20 Jahre alte Schlepper Schwyrczina den 18jährigen Schlepper Gierlok mit dem Messer niederstach. Der Verletzte starb auf dem Wege nach dem Knappschaftslazarett.

Briefkasten.

Burgund. Genosse Radlof ist in die Ferien gereist. Daher die Verzögerung. Wenn wir die Sache erledigen sollen, müßten Sie uns noch einmal angeben, worum es sich handelt.

G. B. 1. Forderungen verjähren im allgemeinen in 30 Jahren, für bestimmte Forderungen sind kürzere Verjährungsfristen festgesetzt. 2. Nein.

R. M. Oberleutnant Nieter, Breslauer Schauspielhaus.

K. Th., Trebnitz. Das Bürgerrechtsgeld muß gezahlt werden.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19.

Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 14. August:

Schirmmacher und Näherinnen. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Saalnische.

Fassadenputzer. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 2.

Bauanschläger. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 3 u. 4.

Mittwoch, den 15. August:

Holzarbeiter. Außerordentliche Mitgliederversammlung im großen Saale.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 16. August:

Steinarbeiterverband. Abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 1.

Maler. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 2.

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Freitag, den 17. August:

Arbeiter-Sänger-Bund. Abends 8 Uhr: Generalprobe im großen Saale.

Sonnabend, den 18. August:

Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahl- und Aufnahmeabend. Parterre links.

Sonntag, den 19. August:

Arbeiter-Sänger-Bund. Nachm. 4 Uhr: Großes Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung der Rüster'schen Konzert-Kapelle.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).

Mittwoch, den 15. August, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokal.

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 3, 4, 5. Dienstag, den 14. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Besprechung über einen Herrenausflug.

Bezirke 1, 2, 6 bis 11. Mittwoch Abend: Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirk 8. Dienstag, den 14. August, Abends 8 Uhr: Besprechung bei G.

Distrikt 7 (Nikolaitor).

Donnerstag, den 16. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Jeder hat sein Mitgliedsbuch mitzubringen.

Bezirke 2 und 4. Freitag, den 17. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Bezirke 5 u. 7. Sonnabend, den 18. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokale.

Distrikt 8 (Odertor).

Dienstag, den 14. August, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft. Besprechung über einen im September geplanten Ausflug.

Distrikt 9 (Odertor).

Mittwoch, den 15. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Die Genossen, die Bilder vom Ausflug bestellt haben oder bestellen wollen, werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Distrikt 11 (Sandtor).

Bezirke 5, 6, 7. Dienstag, den 14. August: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Bezirksführerwahl und Zahlabend.

Distrikt 12 (Scheitnig).

Mittwoch, den 15. August: Zusammenkunft bei Feit, Uferstraße 26. Auszahlung der Abonnentenprämien.

Distrikt 13 (Scheitnig).

Dienstag, den 14. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Scholz Erben, Große Scheitnigerstraße 56. Abrechnung; Vereinsangelegenheiten; Vorschläge zur Wahl des Stadtverordneten-Kandidaten; Verschiedenes. Die Bezirksführer werden ersucht, die Mitgliederkarten mitzubringen.

Distrikt 16 (Strehlenertor).

Bezirke 14, 15 u. 16 (umfassend Bohrauerstraße 1—45, 47—83 und Zobtenstraße). Dienstag, den 14. August: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Distrikt 18 (Innere Stadt, Ostkreis).

Mittwoch, den 15. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder zwecks Neuwahl von Bezirksführern, Besprechung über die Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen und über die letzte Flugblattverbreitung. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 2 (Bezirk Kosel).

Donnerstag, den 16. August: Zahlabend im bekannten Lokale.

Land-Distrikt 8.

Mittwoch, den 15. August: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Der Distriktsführer.

Hirschberg. **Kartellsitzung.** Donnerstag, den 16ten August, Abends 8 Uhr, in der Andreasschenke. Alle Delegierten haben die Pflicht, wegen wichtiger Tagesordnung zu erscheinen. Der Vorsitzende.

Neisse. **Sozialdemokratischer Verein.** Donnerstag, den 16. August: Zusammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Ohlau. **Oeffentliche Volksversammlung.** Sonntag, den 19. August, Nachmittags 3 Uhr, in Baumgarten. Tagesordnung: Die Bedeutung der Politik für Arbeiter und Arbeiterfrauen. Referent: Genosse Albert-Breslau.

Verantwortlicher Redakteur: **Theodor Müller.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 2 Beilagen.

Todes-Anzeige.

Sonntag, den 12. d. Mts., nachm. 4½ Uhr, verschied nach kurzen aber schweren Leiden die Frau unseres Mitgliedes, des Gauleiters Hermann Schmidt

Frau **Maria Schmidt** geb. **Weikert**

im 38. Lebensjahre. 3496

Immer freudig, mit nie versiegendem Eifer ist die Verstorbene, treu an der Seite ihres Mannes, stets für die Interessen unseres Verbandes eingetreten. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihr

Der Zentralverband d. Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 15. August 1906, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause Klosterstrasse 94 nach Rothkretscham.

Todes-Anzeige.

Sonntag, den 12. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, verschied nach kurzen schweren Leiden unser Begräbniskassen-Mitglied

Frau **Maria Schmidt**

geb. **Weikert.**

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr 3498

Die Begräbniskasse der Zimmerer zu Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 15. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Klosterstrasse 94 nach Rothkretscham.

Am Sonntag, den 12. d. Mts., verstarb nach kurzem, schwerem Leiden

Frau **Maria Schmidt,**

geb. **Weikert.** 3497

Wir verlieren in ihr eine allezeit treue Freundin und werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.

August Hummler und Frau.

In Nr. 186 der Volkswacht v. 12. d. Mts. soll es in der Todesanzeige statt Mäntel, Mantel heißen.

Breslauer Sommer-Theater

(Liebichs Etabl.) Dir.: Erich Ziegel

Dienstag, den 14. August:

Drei Erbteile eines engl. Detektivs.

Komödie in 3 Akten von Franz von Schönthan.

Anfang 8 Uhr.

Im Garten: **Beidock.**

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).

Gastspiel

Folies Caprice

aus

Berlin.

Anfang pünktlich 8 Uhr.

SCALA.

Eleganz. überd. Sommer-Variété Nikolaistrasse 27.

Mittwoch:

Volksvorstellung

Abschieds-Auftreten der brillanten Spezialitäten.

Reserv. 10 Pfg.

Billett im Arbeitersekretariat, und in der Volkswacht.

Es lädt ein: Anzeigt:

Neues Programm.

Dominikaner.

Täglich:

Damen-Ringkampf-Konkurrenz u. Kautz-Remberti-Ensemble.

Anfang 7½ Uhr.

Entree 20 Pf. — Reserviert 30 Pf.

Möbel

Auf Abzahlung

Von **2 Mk.** an — Anzahlung auf Bettstellen mit Matratzen Schränke Vertikow usw.

Von **8 Mk.** an — Anzahlung auf eine Wohnungs-Einrichtung.

Anzüge, Ueberzieher, Betten, Kinderwagen, Gardinen, Teppiche.

Max Biermann, Ring 51, erste Etage neben der Stockgasse.

Achtung!

Süsswein

per Liter 50 u. 60 Pfg.

Himbeersaft und Zitronensaft

per Liter 95 Pfg.

empfiehlt 3400

Max Beiner, Destillation Schmiedebrücke 50.

Reuschestraße 28

Kleine Wohnung, 2. Etg., 1 Fenstriges Zimmer, großes Kabinett, helle Küche, 19 Mark. 3480

12-15 Maurer

nach N. Tauentzienstr. 68 sof. gesucht [3487

Fahrrad-Reparateur [3494 melde sich

Werner, Neudorfstraße 3.

Lehrling auf Fahrrad-Reparaturen melde sich [3495

Werner, Neudorfstraße 3.

Mädch. u. F. z. Konfektion

a. sch. Stickerei-Jack. m. s. Neudorfstr. 53, I. Garth. II. Etg. r. b. Herfert. 3488

Mädch. od. F. z. häusl. Arbeit

m. s. Neudorfstr. 58, I. Garth. II. Etg. r. b. Herfert. 3489

---

1 gr. Singer-Maschine für 40 Mk. zu verkaufen. Matthiasstraße 34, im Bilddergeschäft. [3494

Gutmelkende Kuhziege

zu kaufen gesucht. Preisangabe. Off. unt. B. H. 12 a. d. Volkswacht.

„Geld auf Pfänder im Leihamt" Trebnitzerstr. 5 [3361] Beck.

Achtung!

Herren-Anzüge . . . . 10 Mk.,
ma. Mass elegant . . . 17 Mk.,
2986] nur direkt in der
Fabrik Carlsstrasse 42, I.

Heringe! 4 Stück 10 Pfg. Mandel 35 Pfg.

empfehlen

Kaiser & Kainer

Friedrich-Wilhelmstraße 50
Gräbschnerstraße 12 [3406
Vorwerkstr. 75, Mauritiusstraße 14.

Achtung Holzarbeiter!

Mittwoch, den 15. August 1906, abends 8 Uhr

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über den Bericht des Verbandstages. 3491
2. Antrag der Lokalverwaltung betr. Regelung von Unterstützungssätzen.
3. Verschiedenes.

Eintritt frei! **Frauen sind eingeladen.**

Einen recht zahlreichen Besuch zu der Versammlung erwartet

Die Lokalverwaltung.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Miethsrecht von Rich. Lipinski.

Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.

Durch unsere Expedition zu beziehen.

Konsumverein „Solidarität", Landeshut.

Sonnabend, den 25. August 1906, abends ½8 Uhr,

im Gasthof „zur Sonne":

General-Versammlung.

1. Bericht des Vorstandes über die bisherigen Ergebnisse d. 9. Geschäftsjahres.
2. Bericht des Aufsichtsrates. 3499
3. Statutenänderung.
4. Anlegung eines Hausbaufonds und Ausgabe von Hausanteilscheinen.
5. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Errichtung einer Verkaufsstelle in Merzdorf.
7. Geschäftliches.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Aufsichtsrat Jos. Bock. **Der Vorstand Alfr. Richter.**

Das Christentum und der Krieg

von

C. Vogtherr.

Preis 15 Pfg.

Allen Bekannten und Freunden zur Mitteilung, daß ich am **1. August** das **Restaurant** von

Joppich, Weinstr. 82

käuflich erworben habe. Ich empfehle mein Lokal den werten Genossen und Gewerkschaftlern zur geneigtesten Beachtung und verspreche für **vorzügliche Speisen** und **Getränke** stets sorgen zu wollen. 3398

Aloys Fritsche

Weinstrasse 82.

Soeben ist erschienen:

Der preussische Volksschulgesetz-Entwurf

Material zu seiner Beurteilung.

Preis **20** Pfg.

Zu haben in der **Expedition der Volkswacht.**

Soeben erschienen:

Die neuen Reichssteuern

wie sie werden und was sie bedeuten.

Mit einem Schlusskapitel:

Agrarisch-kapitalistische u. sozialdemokratische Steuerpolitik

Preis 30 Pf.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Auf

Kredit

Möbel

Polsterwaren
Spiegel, Betten
Regulatoire
Kinderwagen
Sportwagen
Eisschränke

Herren- u. Knaben-Anzüge
Ueberzieher
Damen-Konfektion
Kleiderstoffe
Teppiche, Gardinen
Läufer usw. usw.

bei

kleinster Anzahlung — bequemster Abzahlung

nur [3493

Albrechtsstraße 39, I. Eingang Altbüßerstr.

M. Grau Nchfl.

Die Gewerkschaftsorganisationen 1905.

Von Karl Legien.

IV.

Von den 63 Verbänden, die am Schlusse des Jahres 1905 bestanden, hatten 61 ein eigenes **Verbandsorgan** und 2 (Buchdrucker Elsaß-Lothringen und Formstecher) bezogen das Verbandsorgan der verwandten Berufsorganisation. Von den Verbandsorganen erscheint 1 wöchentlich dreimal, 29 erscheinen wöchentlich, 3 monatlich dreimal, 16 alle 14 Tage, 6 monatlich zweimal und 6 alle Monate. Die Verbandsorgane hatten eine Gesamtauflage von 1,550,450 Exemplaren, gegenüber einer Auflage von 1,235,700, 1,044,650 und 816,420 Exemplaren in den drei Vorjahren.

Auf allen Gebieten haben, wie diese Darlegungen zeigen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände Fortschritte gemacht. Solche sind wohl auch bei den anderen gewerkschaftlichen Organisationsgruppen vorhanden, doch bleiben diese Sondervereinigungen nach wie vor weit hinter den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden zurück.

Die **lokalen Vereine** haben heute gewerkschaftlich fast keine Bedeutung mehr. Es fehlt auch an einer genauen Uebersicht selbst für die der „anarcho-sozialistischen“ Gewerkschaftszentrale nagehörenden Vereinigungen; noch weniger ist es möglich, den Mitgliederbestand der sonstigen lokalen Vereine einigermaßen zuverlässig festzustellen. Die Vorstände schätzen alljährlich die Zahl der in ihrem Beruf vorhandenen Mitglieder lokaler Vereine und wurden für 1905 in 27 Berufen 27,736 Mitglieder angegeben, gegen 20,686 Mitglieder in 18 Berufen im Jahre 1904. Die Steigerung kommt hauptsächlich daher, daß bei den Handels- und Transportarbeitern 12,000 Mitglieder solcher Vereine gegen 7000 im Vorjahre angegeben werden. Durch den Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission schied ein größerer Verein dieses Berufes aus der Gruppe der sogenannten „unabhängigen Vereine“ aus und ist zu den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen zu zählen.

Als im Beruf vorhandene Mitglieder lokaler Vereine geben an die: Handels- und Transportarbeiter 12,000, Metallarbeiter 4200, Maurer 3500, Zimmerer 2800, Bauhilfsarbeiter 1500. In allen anderen Berufen wird die Mitgliederzahl lokaler Vereine unter 1000 bis herab zu 5 angegeben.

Ueber die Finanzgebarung der lokalen Vereine fehlt es an näheren Angaben. Das „Gewerkschafts-Kartell“ für Berlin berichtet, daß im Jahre 1905 24 Organisationen mit zusammen 10,675 Mitgliedern angehörten. Diese Organisationen hatten eine Gesamteinnahme von 245,593 Mk. und eine Ausgabe von 193,944 Mk. zu verzeichnen. An Kassenbestand hatten sie am Jahresschluß 171,901 Mark aufzuweisen. Damit sind aber nur Angaben für wenig über ein Drittel der Lokalorganisierten gemacht. Bei der geringen gewerkschaftlichen Bedeutung dieser Organisationsgebilde lohnt es sich auch kaum der Mühe, im einzelnen Nachforschungen anzustellen.

Die **Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine** hatten am Schluß des Jahres 1905 in 2158 Ortsvereinen 117,097 Mitglieder gegen 111,889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerkvereinen hatten Mitglieder: Maschinenbauer 49,516, Fabrikarbeiter 19,598, Kaufleute 14,614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5365, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3840, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Töpfer 1673, Tabakarbeiter 1399, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Bildhauer 441, Konditoren 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Kellner 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betrugen 1,336,651 Mk., die Ausgaben 1,170,219 Mk., der Vermögensstand 3,497,069 Mk. Von diesem befinden sich jedoch in den Kranken- und Begräbniskassen 1,279,028 Mk. in den Begräbniskassen 823,045 Mk. und in den Gewerkvereinskassen nur 1,394,996 Mk. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. An einzelnen Ausgaben sind verzeichnet für: Verbandsorgan 133,581 Mark, Agitation 102,899 Mk., Aussperrungen und Streiks 286,643 Mark, Rechtsschutz 14,790 Mk., Reise-, Notfallunterstützung und Umzugskosten 67,802 Mk., Arbeitslosenunterstützung 193,746 Mk., Bildungsförderung 17,345 Mk., Ortsverbands- und Verbandssteuern 53,591 Mk., Drucksachen 67,871 Mk. und Verwaltungskosten 231,951 Mark.

Die **Christlichen Gewerkschaften**, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1905 in 2333 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 188,106 Mitglieder gegen 107,556 im Jahre 1904. Die Zunahme an Mitgliedern machte 80,550 aus. Die Mitglieder der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften verteilen sich auf folgende Berufe: Bergarbeiter 71,500, Textilarbeiter 24,785, Bauhandwerker 20,679, Bayerische Eisenbahner 19,000, Metallarbeiter 17,563, Holzarbeiter 8386, Hilfs- und Transportarbeiter 8329, Tabakarbeiter 2851, Heimarbeiterinnen 3077, Keramarbeiter 2600, Schuh- und Lederarbeiter 2136, Schneider 1962, Ziegler 1800, Maler 1500, Graphische Gewerbe 740, Fleischer 500, Bäcker 380 und Krankenpfleger 368.

Die Einnahmen dieser Gewerkschaften betrugen 2,443,122 Mk., die Ausgaben 2,150,511 Mk., an Kassenbestand verblieben 1,249,408 Mark. An Einzelausgaben waren zu verzeichnen für Verbandsorgan 205,155 Mk., Agitation 161,393 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 1,000,320 Mk., Rechtsschutz 45,457 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13,571 Mk., Sterbegeld 59,933 Mk., sonstige Unterstützungen 114,140 Mk., Bildungsförderung 11,691 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 20,795 Mk., Gehälter 52,423 Mk., Verwaltungskosten 91,970 Mk.

Die **unabhängigen christlichen Gewerkschaften** hatten im Jahre 1905 in 812 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 76,926 Mitglieder. Von diesen gehörten an dem Verband der Deutschen Eisenbahnhandwerker 41,436, Württembergische Eisenbahner 7500, Badische Eisenbahner 6000, Bayerisches Postpersonal 8611, Württembergisches Postpersonal 2557, Bayerische Salinenarbeiter 822 und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien 10,000. Im Jahre 1904 hatte diese Art christlicher Gewerkschaften 99,928 Mitglieder. Es ist somit im Jahre 1905 ein Mitgliederverlust von 23,002 eingetreten. Hiervon entfallen jedoch 17,000 auf den Verband der Bayerischen Eisenbahner, der sich 1905 dem Gesamtverband angeschlossen hat. Daher auch die bedeutende Zunahme der Mitglieder des Gesamtverbandes. Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften hatten eine Jahreseinnahme von 231,068 Mark, eine Ausgabe von 273,043 Mk. und einen Kassenbestand von 273,806 Mk. Die Ausgaben im einzelnen sind für diese Gewerkschaften nicht angegeben.

Ueber die **„unabhängigen Vereine“**, d. h. über die Organisationsgebilde, die keiner der Gruppen angehören, die eine gewerkschaftliche Landeszentrale haben, ist wenig zu berichten. Im Jahre 1904 wurden in 27 Berufen 74,458 Mitglieder solcher Vereine gezählt im Jahre 1905 in 21 Berufen 67,675 Mitglieder. Wie schon bemerkt, ist ein größerer Verein der Handels- und Transportarbeiter aus dieser Gruppe ausgeschieden und wird deshalb die Mitgliederzahl mit 6000 gegen 10,000 des Vorjahres angegeben. Der Verband der Möbelpolierer (1300 Mitglieder) hat sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Für folgende Berufe war im Jahre 1904 berichtet, daß Vereine der genannten Art bestanden, während 1905 keine Angaben gemacht wurden: Barbiere, Bergarbeiter (Sachsen und Mansfeld), Buchbinder, Glasarbeiter, Fliesenleger, Steinsetzer und Vergolder. Ob die betreffenden Vereine eingegangen sind, oder den Vorständen näheres über diese Organisationen nicht bekannt wurde, ist nicht festgestellt worden.

Nach den Berichten der Vorstände, die teils auf Schätzung beruhen, teils nach den Abrechnungen aufgestellt sind, waren Mitglieder dieser „unabhängigen Vereine“ vorhanden bei: Gastwirtsgehilfen 18,000, Zivilmusiker 12,000, Süddeutsche Eisenbahner 10,000, Handelshilfsarbeiter 6000, Maschinisten (Sächsischer Verband) 5750, Bureauangestellte 4000, Brauer 3000, Hoteldiener 2393, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2300, Graveure der Stoffindustrie 800, Zeichner 758, Lithographen 500, Xylographen 483, Textilarbeiter (Rheinischer Verband) 400, Gärtner (jetzt christlich) 300, Gemeindearbeiter 300, Porzellanarbeiter 300, Dachdecker 250, Zigarrensortierer 100, Böttcher 30 und Aufhalteure 11.

Rechnen wir die sechs vorstehend im einzelnen geschilderten Organisationsgruppen zusammen, so ergibt sich, daß im Jahre 1904 1,466,625 und 1905 1,822,343 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren. Die Zahl der Organisierten hat somit um 355,718 zugenommen. Soweit nachweisbar hatten die Organisationen eine Jahreseinnahme von 31,823,098 Mark, eine Ausgabe von 28,618,007 Mark und einen Vermögensbestand von 21,656,133 Mark. Interessant ist, den Entwickelungsgang der drei gewerkschaftlich allein in Betracht kommenden Organisationsgruppen, der Zentralverbände, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der christlichen Gewerkschaften, in den letzten sechs Jahren zu verfolgen. Den christlichen Gewerkschaften sind hierbei auch die nicht dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen zugerechnet. Dies ist notwendig, weil einmal die Leitung des Gesamtverbandes nach wie vor darauf besteht, daß diese Verbände den christlichen Gewerkschaften zuzuzählen sind. Sie sagt darüber in dem Bericht: „Diese Verbände erklärten zum Teil aus taktischen, in der Hauptsache aber aus finanziellen Gründen, einstweilen dem Gesamtverband nicht beitreten zu können. Sie dieserhalb des Charakters einer christlichen Gewerkschaft zu entkleiden, ist nicht angängig. Erst in den letzten Jahren wurde wieder ernstlicher versucht, dieselben zum Anschluß an den Gesamtverband zu bewegen. Gelingt dieses in nächster Zeit nicht, werden wir eine Berichterstattung über dieselben einstellen und die alljährlichen Erhebungen nur mehr auf die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände beschränken.“ Es kommt also der Leitung des Gesamtverbandes doch schließlich die Erleuchtung, daß sein System der statistischen Berichterstattung auf die Dauer unhaltbar ist.

Dann aber müssen wir diese Verbände bei einem Vergleich der Organisationsgruppen heranziehen, weil ständig Verschiebungen in dem Bestand der beiden Gruppen vorgekommen sind. Bald gehörte ein Verband dem Gesamtverbande an, bald war er draußen und wurde, wenn der Wechsel im Laufe des Jahres eintrat, womöglich an zwei Stellen gezählt. Auch 1905 ist durch Zutritt des bayerischen Eisenbahnerverbandes mit 17,000 Mitgliedern zum Gesamtverbande nicht der Gewinn dieser Mitglieder für die Gewerkschaften eingetreten, sondern es ist nur die Mitgliedsziffer des Gesamtverbandes erhöht. Deshalb müssen bei dem Vergleich der Entwickelung der genannten Gruppen die unabhängigen Christlichen den christlichen Gewerkschaften zugerechnet werden. Für diese liegen seit 1900 genauere Zahlen vor und kann sich deshalb der Vergleich nur bis zu diesem Jahre zurückerstrecken. Von 1900 bis 1905 nahmen an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 664,376, gleich 97,64 Prozent, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 25,436, gleich 27,75 Proz., und die christlichen Gewerkschaften um 105,262, gleich 65,83 Prozent.

9. ordentlicher Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

N. Berlin, den 13. August 1906.

Erster Verhandlungstag.

Der Verbandstag tagt im „Gewerkschaftshause“ und ist von 79 Delegierten beschickt. Als Vorstandsvertreter nehmen Stühmer und Kenning teil, als Vertreter des Ausschusses ist Strübing Hamburg und für die Fachzeitung Sabbath-Berlin anwesend. Außerdem nehmen die drei besoldeten Gaubeamten an den Verhandlungen teil. Die organisierten Wiener Schneider haben Gruß entsandt.

Ueber die Lohnkämpfe in den letzten zwei Jahren soll in geschlossener Sitzung verhandelt werden.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht, wobei besonders das Mandat Funke-Düsseldorf beanstandet wird. Den schriftlichen Vorstandsbericht ergänzt Stühmer-Berlin. Derselbe gibt Aufklärung über die Einrichtungen der Gaueinteilung, die sich wirksam für die Entwickelung des Verbandes bewährt haben. Weiter verbreitet Redner sich über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, die nach dem vorliegenden Material nicht durchführbar sei. Auch dürfte jetzt nicht die richtige Zeit für die Einführung derselben sein, da augenblicklich nicht Mittel genug für ein derartiges Experiment vorhanden seien. Redner ist der Meinung, daß sich der Aufstellung von einheitlichen Lohntarifen für ganz Deutschland ungeheure Schwierigkeiten entgegenstellen, wodurch selbst Besprechungen dieser Art mit dem Arbeitgeber-Verband unmöglich sind. Referent ist der Meinung, daß der Haupterfolg des Verbandes in der letzten Geschäftsperiode hauptsächlich in dem rigorosen Vorgehen der Arbeitgeber-Organisation zu erblicken ist.

Damit erfolgt Schluß des ersten Verhandlungstages.

Partei-Angelegenheiten.

Aus dem Junkerstaat Mecklenburg. Gegen den § 130 des Strafgesetzbuches soll die „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostock verstoßen haben. „Auf ergangene Anzeige“ wurde am Sonnabend Genosse Kühn von einem Richter vernommen, weil das Vergehen in dem Leitartikel vom 1. August gefunden worden sei, den die „Volkszeitung“ aus der „Neuen Zeit“ damals veröffentlichte. Es handelte sich um den Artikel des Genossen Marchionini-Königsberg: „Massenstreik und Landarbeiter“ in Nr. 44 der „Neuen Zeit“. Darüber kann kein Zweifel bestehen, daß mit der Erörterung der Massenstreikfrage an sich noch niemand „zu Gewalttätigkeiten aufgereizt“ wird, zu allerletzt könnte dies aber wohl der Fall bei den armen, rechtlosen, unorganisierten und folglich völlig unaufgeklärten „ostelbischen Landarbeitern“ möglich sein. Offenbar rechnet man aber in Junkerkreisen bereits mit dieser Möglichkeit und ist über den Artikel höchst nervös geworden.

Totenliste. Ein Veteran der Partei, der Genosse Schneidermeister Julius Beyer, wurde am Sonntag Nachmittag in

Die Stadt des Mammons.

Meine Eindrücke von Amerika.

Von **Maxim Gorki.***)

Für die „Volkswacht“ übersetzt von C. M. in Brooklyn.

I.

Ein grauer Nebel hing über Land und Meer, und ein feiner Regen sprühte herab auf die düsteren Bauwerke der Stadt und die trüben Gewässer der Bai. Die Auswanderer drängten nach der einen Seite des Dampfers hin. Schweigend und ernst schauten sie umher, mit verlangenden Augen, in denen Hoffnung und Furcht, Schrecken und Freude schimmerten.

„Wer ist das?“ fragte ein polnisches Mädchen im Tone des Staunens und deutete auf die Statue der Freiheit hin. Irgend jemand aus der Schar antwortete kurz: „Die amerikanische Göttin.“

Ich blickte diese Göttin mit den Gefühlen eines Götzendieners an und gedachte der Heldenzeitalter der Vereinigten Staaten, des sechsjährigen Kampfes um die Unabhängigkeit und des blutigen Ringens zwischen dem Norden und dem Süden, das die Amerikaner vormals den „Krieg für die Abschaffung der Sklaverei“ zu nennen pflegten. Vor meinem geistigen Auge flammten die glänzenden Namen „Thomas Jefferson“ und „Grant“ auf. Mir war, als ob ich wiederum hörte das Lied von John Brown, dem Helden, als ob ich sah die Züge Bret Harte's, Longfellow's, Edgar Allanpoe's, Walt Whitman's und all der anderen Sterne auf der stolzen Fahne Amerikas.

Hier ist also das Land, das in der „Alten Welt“ Millionen von Menschen in ihren Träumen als das „Gelobte Land“ vorschwebt. „Das Land der Freiheit“. Ich sprach diese Worte immer aufs neue vor mich hin; an jenem herrlichen Tage wurde ich nicht des grünen Rostes auf der dunklen Bronze gewahr.

Schon damals war mir bekannt, daß der „Krieg für die Abschaffung der Sklaverei“ in Amerika heute der „Krieg für die Erhaltung des Bundes“ genannt wird. Aber ich wußte nicht, daß dieser veränderten Bezeichnung ein tiefer Sinn zu Grunde liegt, daß auch der ungestüme Idealismus der jungen Volksherrschaft, gleich jener Bronzestatue, mit Rost bedeckt worden ist, daß an ihrer Seele der ätzende Schachergeist frißt. Die sinnlose Geldgier ist, ebenso wie die schimpfliche Gier nach der Macht, die der Besitz des Geldes verleiht, eine Krankheit, an der die Leute überall leiden. Aber ich habe mir nicht vorgestellt, daß diese schreckliche Krankheit solchen Umfang in Amerika angenommen habe.

Das stürmische Toben der Elemente auf den Wassern am Fuß der Freiheitsstatue und des flutenden Lebens in der Stadt am Strand versetzt unsere Sinne in Taumel und erfüllt uns mit dem Gefühl der Schwäche. Ueberall, vorsintflutlichen Ungeheuern gleichend, pflügen gewaltige Dampfer die Gewässer des Ozeans, und kleine Boote und Kutter schießen wie hungrige Raubvögel dahin. Das Eisen scheint begabt mit Nerven, Leben, Bewußtsein. Die Nebelhörner brüllen gleich den Stimmen der sagenhaften Riesen; die zornigen Münder entsenden gellende Pfiffe, die sich im Nebel verlieren. Ankerketten rasseln, und die Wogen klatschen gegen die Schiffswand.

Und es scheint, als ob all das Eisen, all die Steine, das Holz und das Wasser, und sogar die Menschen selber sich aufbäumen gegen dieses Leben im Nebel, dieses Leben ohne Sonne, Sang und Freude, dieses Leben in der Knechtschaft harter Arbeit. Mühseligte Arbeit ist überall; alles wird in ihren Wirbel hineingezogen; jedermann gehorcht dem Willen einer geheimnisvollen Macht, die sich feindlich zu Mensch und Natur stellt. Eine Maschine, eine tote, unsichtbare, vernunftlose Maschine, in der der einzelne Mensch nichts als eine unbedeutende Schraube ist.

Ich liebe die Tatkraft. Ich bete sie an. Aber nicht, wenn Menschen diese ihre schöpferische Kraft zu ihrer eigenen Vernichtung anwenden. Da ist zuviel Mühsal und Kampf und kein Leben in diesem Wirrwarr, in diesem Ringen um ein Stückchen Brot. Allenthalben rings umher erblicken wir das Werk des nüchternen Verstandes, der aus dem menschlichen Leben eine Art von Hölle gemacht hat, eine sinnlose Tretmühle der Arbeit, aber nirgends empfinden wir die Schönheit der freien Schöpfung, das uneigennützige Werk des schöpferischen Geistes, der das Leben mit den unvergänglichen Blumen der Leben spendenden Freude schmückt.

Drüben am Ufer, in weiter Ferne, heben sich die Umrisse der „Wolkenkratzer“, schweigsam und düster, aus dem Nebel heraus. Rechtwinkelig, auf jegliche Schönheit Verzicht leistend, ragen diese ungeheuren, plumpen Steinmassen in den Himmel hinein, trotzig, finster und mürrisch. In den Fenstern dieser Gefängnisse stehen keine Blumen, und keine Kinder gibt es dort zu sehen. Gradlinige, gleichförmige, leblose Formen ohne anmutige Umrisse und harmonische Gliederung. Nur ein Zug kalter und dünkelhafter Vermessenheit, den ihnen ihre gewaltige Größe, ihre ungeheure Höhe verleiht. Aber in dieser Höhe wohnt keine Freiheit. Diese Bauwerke schrauben den Preis des Landes, auf dem sie stehen, zu einer Höhe hinauf, die so riesenhaft ist, wie ihre eigene Größe, aber den guten Geschmack drücken sie herab bis zu den tiefsten Tiefen ihrer Fundamente. So ist es immer. In großen Häusern wohnen kleine Leute.

Von weitem sieht die Stadt wie ein unermeßlicher Rachen mit schwarzen, ungleichen Zähnen aus, der Rauchwolken in die Lüfte stößt und schnauft wie ein Schlemmer, der an übergroßer Beleibtheit leidet. Wenn Du diesen Rachen betrittst, fühlst Du, daß Du in einen Magen aus Ziegeln und Eisen gefallen bist, der Millionen von Leuten verschluckt und sie schüttelt, schrotet und verdaut. Die Straßen gleichen hungrigen Kehlen, durch die in unsichtbare Tiefen hinab schwarze Stücke Nahrung gleiten: lebende, menschliche Wesen. Allenthalben, über Deinem Haupt, unter Deinen Füßen und zu Deinen Seiten ist Eisen, lebendes Eisen, das furchtbare Geräusche von sich gibt. Ins Leben gerufen durch die Macht des Goldes und von ihm beseelt, zieht es die Menschen in sein Netz, sie betäubend, ihr Lebensblut saugend, ihren Verstand ertötend. Die Hörner der Automobile lärmen laut, gleich riesenhaften Enten, die Elektrizität entsendet ihr scharrendes Geräusch und überall ist die Stickluft der Straßen gesättigt und völlig [illegible] mit tausenden betäubender Töne, wie ein Schwamm mit [illegible] Sie zittert, schwankt und treibt in unsere Nüstern ihre strengen, widerlichen Gerüche. Es ist eine vergiftete Atmosphäre, die leidet und in ihrem Leiden stöhnt.

Die Leute wandern die Bürgersteige entlang. Sie drängen eiligst vorwärts, alle in Hast und getrieben von derselben Macht, die sie zu Sklaven macht. Aber ihre Gesichter sind ruhig; ihre Herzen fühlen nicht das Mißgeschick, daß sie Sklaven sind. Tatsächlich fühlen sie sich, auf Grund einer tragischen Selbsttäuschung, noch als Herren ihres Schicksals. In ihren Augen schimmert noch ein Abglanz des Bewußtseins der Unabhängigkeit; aber sie erkennen nicht, daß es nur die traurige Unabhängigkeit der Axt in der Hand des Holzschlägers, des Hammers in der Hand des Hufschmiedes ist. Diese Freiheit ist das Werkzeug in den Händen des „Gelben Teufels“, des Goldes. Innere Freiheit, Freiheit des Herzens und der Seele, spricht nicht aus ihren tatkräftigen Zügen. Diese Tatkraft ohne Freiheit ist gleich dem Glitzern eines neuen Messers, das noch nicht Zeit gehabt hatte, matt zu werden; sie ist gleich dem Glanze eines neuen Sechs.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Maxim Gorkis prachtvolles Essay „Die Stadt des Mammons“, das in englischer Sprache im Augustheft von „Appletons Magazine“ in New York erschienen ist, hat ein großes Aufsehen in den Vereinigten Staaten erregt und zu einer lebhaften Kontroverse zwischen den sozialistischen Freunden des Dichters, mit unserem New Yorker Parteiorgan, der „New Yorker Volkszeitung“ an der Spitze, und dem bürgerlichen Politiker Harburger, einem Deutsch-Amerikaner, der heftige Angriffe gegen Gorki richtete und das Elend des Ostendes von New York zu verschleiern suchte, geführt. Wir glauben, daß der Gorkische Aufsatz geeignet ist, auch in den Kreisen unserer Genossen in Deutschland größeres Interesse zu erregen, da er mit wunderbarer Treffsicherheit den amerikanischen Mammonismus und die aus ihm hervorgewachsenen Mißstände kennzeichnet. Die Redaktion.

Halle unter starker Beteiligung der Partei und Gewerkschaften zu Grabe getragen. In Beyer, der stets einsprang, wo es für die Partei, Gewerkschaften oder Krankenkassen, den Sammelpunkten unter dem Ausnahmegesetz, für die Partei, etwas zu tun gab, verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte. Schon in den 60er Jahren hat er im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit in den vordersten Reihen gekämpft. Von Leipzig aus wurde er seiner Zeit nach dem Eisenacher Kongreß delegiert. In den letzten Jahren war der Unglückliche nervenkrank und in geistiger Umnachtung hat er am letzten Freitag seinem traurigen Dasein durch Selbstmord ein Ende gemacht. Seine Angehörigen und Parteigenossen hatten versucht, den Bedauernswerten in der Nervenklinik unterzubringen. Ein ärztliches Attest lag vor, aber die Aufnahme konnte nicht erfolgen, da die „dritte Klasse" überfüllt sei und für die zweite Klasse die Mittel nicht vorhanden waren. So wurde auch Beyer ein Opfer unserer schauderhaften Verhältnisse.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteivorstandes und der Generalkommission über die Massenstreikfrage ist nunmehr im Vorwärts veröffentlicht worden. Wir werden in den nächsten Nummern unseres Blattes Auszüge daraus bringen, ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer modernen Arbeiterbewegung ist dieses Protokoll nicht. — Im Anschluß hieran sei noch registriert, daß vom Kieler Gewerkschaftskartell die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses verlangt wird, der sich mit der Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik beschäftigen und in dem Sinne beschließen soll, „daß die Gewerkschaften den politischen Massenstreik als Kampfmittel nicht grundsätzlich ablehnen dürfen, ja, daß sie denselben gegebenenfalls zu fördern haben mit ihrer ganzen Macht".

Arbeiterbewegung.

Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Die Buchdruckergehilfen des Tarifkreises Sachsen beschlossen an der Erhöhung der Grundpositionen um 15 Prozent und Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde festzuhalten.

Der Streik bei der Berliner Paketfahrtgesellschaft dauert in aller Schärfe fort. Da wiederholt versucht wurde, Kutschern und Arbeitern aus Speditionsbetrieben unter der Hand Streikarbeit für die Paketfahrtgesellschaft zuzumuten, ist es schon mehrfach zu Differenzen gekommen. Daher nehmen die Rollkutscher, Begleiter usw. aus den sämtlichen Fuhrbetrieben Berlins jetzt zu dem Streik bei der Paketfahrt Stellung und werden zweifellos überall da, wo Streikarbeit verlangt wird, in den Solidaritätsstreik treten.

Zusammenschluß. Der zirka 3000 Mitglieder starke Berliner Droschkenkutscherverein hat sich dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter angeschlossen.

Um den Siebenstundentag. Die Berliner Steinbildhauer sind in den Streik getreten, um den Siebenstundentag vertraglich festzulegen. Wie die Streikkommission mitteilt, kommen 200 Gehilfen bei dem Lohnkampf in Betracht, während 45 Gehilfen bereits unter dem neuen Vertrag arbeiten. Der mörderische Beruf der Steinbildhauer erfordert dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Elektromonteure und Hilfsmonteure in Kiel sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Der Tischlerstreik in Lübeck, der seit April gedauert hat, ist von den Streikenden als aussichtslos aufgegeben worden.

Nach der Aussperrung. In den Buchbindereien Stuttgarts nahmen die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. August die Arbeit wieder auf. Trotz mehrmaligen Vorstelligwerdens bei verschiedenen Geschäftskommissionen erklärten die Prinzipale bezw. Geschäftsführer, nicht alle ausständig Gewesenen wieder einstellen zu können, da durch die neu angeworbenen Arbeiter und Arbeiterinnen die Plätze besetzt seien. Es wurden 60 Arbeiter und 22 Arbeiterinnen von ihren bisherigen Arbeitgebern nicht wieder in Arbeit genommen. Jetzt ist erwiesen, daß die Prinzipale mit den sogenannten „Schwarzen Listen" operieren. Die Ruhe im Gewerbe kann nur dann eintreten, wenn die noch Außenstehenden eingestellt und die in Leipzig getroffenen Vereinbarungen voll und ganz eingehalten werden.

Erfolg der Organisation. Der Streik der Fuhrleute in den Lastfuhrwerksbetrieben in München endete nach achttägiger Dauer mit einem vollen Siege der Fuhrleute. Die Fuhrwerksinnung, die noch vor acht Tagen jede Unterhandlung mit den „Knechten" vor dem Einigungsamte ablehnte, hat sich nunmehr eines Besseren besonnen und selbst das Einigungsamt angerufen. Nach mehrstündiger Verhandlung, die einen sehr bewegten, ja kritischen Charakter annahm, kam es zum Abschluß eines Tarifes, der bis zum 31. März 1908 Giltigkeit hat und den Fuhrleuten den geforderten Mindestwochenlohn von 24 Mark gewährt. Diejenigen, die bisher schon diesen Lohnsatz hatten, erhalten eine Mark pro Woche mehr. Am Montag wird die Arbeit wieder im vollen Umfange aufgenommen. Im Streik befanden sich zirka 1000 Fuhrleute.

Die Zimmermaler in Preßburg sind in den Streik getreten.

Zwischen den Mühlenarbeitern und dem Mühlenverbande zu Budapest ist es zu einer Einigung gekommen. Die Arbeiter nahmen die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Bedingungen an. Nur soll die Umfrage betreffend die Sonntagsruhe nicht binnen acht Tagen, sondern in einem Monat erledigt werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am kommenden Montag.

Drohende Textilarbeiteraussperrung in Brünn. Der Verein der Webereibesitzer erließ an die streikenden Arbeiter einen Aufruf, in dem sie aufgefordert werden, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls eine Generalaussperrung verhängt werden würde.

Bravo! Wie aus Brüssel gemeldet wird, haben 80 im Ausstandsgebiet Jumet eingetroffene westfälische Bergleute, die unter polizeilichem Schutz zur Zeche „Centre" geführt wurden, sich geweigert, einzufahren, als sie erkannten, daß sie zum Streikbrechen dienen sollten. Die Streikenden bereiteten ihnen Ovationen.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen Ungebühr vor Gericht

wurde vom Schöffengericht in Posen ein Bäckermeister zu einer sofort zu vollstreckenden Haftstrafe von drei Tagen verurteilt. Er hatte gegen ein Strafmandat, das ihm wegen Beschäftigung von Schulkindern zugestellt worden war, Einspruch erhoben. Auf den Rat des Vorsitzenden, den Einspruch zurückzuziehen, machte der Angeklagte eine nicht mißzuverstehende Handbewegung nach der Stirn. Diese Pantomime verfehlte, wie oben ausgeführt, ihre Wirkung nicht.

Zurückgesetzte Richter.

Ein Aufsehen erregender Preßbeleidigungsprozeß des sächsischen Justizministers Dr. Otto gegen den Schriftsteller Erich Köhler-Herz aus Berlin beschäftigte die Strafkammer in Dresden. Im Mai dieses Jahres erfolgte auf Grund von Landtagsbeschlüssen die Ernennung einer großen Anzahl sächsischer Richter. Es wurden 5 Oberlandesgerichtsräte, 4 Landgerichtsdirektoren und 31 Land- und Amtsrichter vom Justizminister Dr. Otto befördert, und diese Ernennungen sollen in Richterkreisen, nach einem in der „Dresdener Rundschau" erschienenen Artikel, deren verantwortlicher Redakteur der Angeklagte ist, viel böses Blut gemacht haben. In dem inkriminierten Artikel, der den Gegenstand der Anklage bildete, wurde angeblich von einem Richter behauptet, daß bei den vom Justizminister vorgenommenen Ernennungen von höheren Richtern in der Gehaltsklasse von 6600, 6000 und 5400 Mark nicht weniger als 165 übergangen worden seien. Die für die höheren Stellen neu ernannten Richter seien meist jung, obwohl sich unter den auf einmal kaltgestellten Richtern sehr viele befänden, die schon seit Jahren dauernd oder zeitweise den Vorsitz in Zivil-, Straf- und Handelskammern führten. Das Verfahren des Justizministers bedeute eine schwere Kränkung einer Anzahl pflichtgetreuer Beamten; es sei auch geradezu eine Schädigung der Rechtspflege. Verbitterung unter den Richtern, Unruhe und Sorge in den Familien würde durch das Vorgehen des Ministers hervorgerufen. Dem letzteren wurde ferner Korruptions- und Protektionswirtschaft vorgeworfen und es dürfe wohl Pflicht des Landtages sein, vom Justizminister Dr. Otto Rechtfertigung für sein Vorgehen zu fordern und die Grundsätze, nach denen er seine Beförderungen vornimmt, sich darlegen zu lassen. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Welchen Eindruck muß es auf die Leute machen, die das Recht schützen sollen, wenn sie selbst sich mit krasser Ungerechtigkeit behandelt sehen! Freilich, Minister werden aus dem Vertrauen der Herrscher berufen und sind, wenigstens in Deutschland, nur von ihnen abhängig. Da können sie es schon wagen, sich den Teufel um die Interessen ihrer Untergebenen und des Publikums zu scheren." Wegen der in dem letzten Passus enthaltenen angeblich beleidigenden Ausdrücke und Behauptungen hatte Justizminister Dr. Otto Strafantrag gestellt. Der Angeklagte hob hervor, daß tatsächlich ein sächsischer Richter jenen Artikel verfaßt habe, dessen Namen er aber nicht nennen werde. Darüber, ob tatsächlich durch die Ernennungen 165 Richter in Sachsen übergangen worden sind, ergab die Verhandlung nichts. Der Staatsanwalt beantragte, auf Gefängnisstrafe zu erkennen, da in jenem Artikel Beleidigungen gröbster Natur gegen den Justizminister, dem Bestechlichkeit vorgeworfen werde, enthalten seien. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Dem beleidigten Minister wurde Publikationsbefugnis zugesprochen.

„Verkaufsagenten"

der Singer Co., Nähmaschinen-Aktiengesellschaft sind Handlungsgehilfen, so hat die sechste Zivilkammer des Landgerichts in Leipzig als Berufungsinstanz gegen ein gleichlautendes Urteil des Leipziger Kaufmannsgerichts entschieden. Dieses Urteil ist endgiltig; es wird auch hoffentlich dazu dienen, daß überall in Deutschland die auf Gesetzesumgehung gerichteten Kontrakte der Singer Co. für ungiltig erklärt werden. Die außerordentlich instruktiv abgefaßte Urteilsbegründung sagt zum Schluß: „Es ist durchaus glaubhaft, daß es die Handlungsgehilfen-Gesetzgebung von 1898 gewesen sei, die die Beklagte veranlaßt hat, die bis dahin als Gehilfen auch von ihr angesehenen „Verkäufer", denen sie wöchentliches „Salair" zahlte, künstlich zu Verkaufs-„Agenten" zu machen, während tatsächlich alles beim alten blieb. Sie wollte sich die Möglichkeit der unumschränkten, kaufmännischen Vertragsfreiheit wahren, die sie in den Stand setzte, ihren Willen zur allein maßgebenden Norm des Vertragsverhältnisses zu machen und den Angestellten vollständig in der Hand zu haben. Dies zeigt besonders die Vertragsbestimmung des § 12, daß für alle Streitigkeiten und Klagen in erster Instanz ausschließlich das Landgericht Hamburg zuständig sein solle, die besonders den Bedürftigsten der Angestellten in anderen Städten die Möglichkeit der Rechtsverfolgung gegenüber der Beklagten geradezu illusorisch machen kann. Daß sich die Beklagte der Zweifelhaftigkeit ihres Rechtsstandpunktes selbst bewußt gewesen ist, zeigt sich darin, daß sie, wie sie zugibt, „aus praktischen Gründen" ihre „Agenten" zur Kranken- und Invaliden-Versicherung angemeldet hat und daß sie für sie Gewerbe-Legitimationskarten beschafft hat, in denen diese, wenn auch nicht auf ihr Verlangen, so doch ohne ihren Widerspruch, als „Reisende" der Singer Co. bezeichnet sind."

Erfreulich ist es, daß das Landgericht es abgelehnt hat, auf die von der Singer Co. beigebrachten bekannten Entscheidungen des Hamburgischen Landgerichts, wonach die Angestellten „Agenten" sind, auch nur einzugehen. Diese Entscheidungen aus früheren Jahren waren, wie wir des öfteren dargelegt haben, von rein formalen Gesichtspunkten aus gefällt und hatten die Tatsachen des praktischen Lebens, die völlige und geradezu sklavische Abhängigkeit der Angestellten bei der Singer Co. nicht oder durchaus ungenügend gewürdigt. Wir empfehlen allen Angestellten der Singer Co., welche mit ihr in Streitigkeiten geraten, stets beim zuständigen Kaufmannsgericht Klage zu erheben und sich bei Einwendungen der Gesellschaft, daß die Angestellten „Agenten" und nicht Handlungsgehilfen seien, an uns zu wenden. Wir sind gern bereit, Abschriften der Urteile des Kaufmannsgerichts- resp. Landgerichts Leipzig zur Verfügung zu stellen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14. August 1906.

Erpressung?

Welche Vorstellungen von schlimmen Gaunereien löst nicht dieser Begriff in dem harmlosen Leser aus. Er ruft Erinnerungen wach an Individuen, die sich irgendwo, an abgelegenen Orten, in stiller Nacht an hohe Gerichtsherren heranschlichen und sie durch Drohungen mit dem § 175 der Verzweiflung in die Arme trieben. Man denkt an Wucherer, an Kuppler und Zuhälter und sonstiges lichtscheues Gesindel, woran man aber unmöglich denkt, ist, daß Gewerkschaftsbeamte unter den Merkmalen der Erpressung ihre Aufgaben zu lösen suchen. Das Strafgesetzbuch nennt Raub und Erpressung in einem Zuge, und nun bedenke man, daß die Breslauer" Gemeindearbeiter nach zweimaliger Feststellung durch die Strafkammer, einen Erpresser zum Führer haben! Was hat Genosse Mehrlein nun getan, daß auf ihn eine so schwere Anklage fiel, und daß er reif sein soll, in unserer Kriminalstatistik in den Rubriken für gemeine Verbrecher Aufnahme zu finden?

Im vorigen Jahre haben sich die Arbeiter fast aller städtischen Betriebe von Breslau veranlaßt gesehen, beim Magistrat um eine Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu petitionieren. Nach Form und Inhalt waren alle diese Petitionen sehr bescheiden gehalten. Auch die Laternenwärter wagten, um eine Aufbesserung ihrer Lage zu bitten, und Mehrlein hatte für sie die Petition entworfen. Auf jeder Wachtstube wurde ein Exemplar behufs Sammlung von Unterschriften ausgelegt. Auf zwei dieser Stuben wurde die Petition von unberufenen Händen zerrissen. Es wurde von den Wärtern mitgeteilt, daß die Stubenältesten Roßdeutscher und Hütter dies getan hätten. Die Laternenwärter, wie auch der ganze Verband, hatten keine Lust, diese Handlung ungesühnt hingehen zu lassen, weil die Petenten sich arg benachteiligt fühlten. Auf Grund eines Versammlungsbeschlusses richtete nun Mehrlein an die erwähnten Stubenältesten je ein Schreiben, in dem um umgehende Zurücklieferung der Petition ersucht wurde. Anderenfalls aber wurde von ihnen eine an die Sterbekasse des Verbandes zu zahlende Buße von je 15 Mark bei Vermeidung einer Strafanzeige verlangt. Hütter teilte darauf in einem Briefe mit, daß er selbst die Petition nicht zerrissen habe, und der Verband gab sich mit dieser Mitteilung zufrieden. Gegen Roßdeutscher wurde Strafantrag gestellt. Der Herr ist vom Breslauer Schöffengericht jedoch freigesprochen worden, indem angenommen wurde, er habe nicht bewußt rechtswidrig gehandelt.

Gegen Mehrlein hatte der Breslauer „freisinnige" Magistrat beschlossen, wegen Erpressung Strafantrag zu stellen, und wirklich wurde er auch von der Breslauer zweiten Straf-

Aus aller Welt.

Die Pest in Trapezunt? Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß im Trapezunter Gefängnis eine pestartige Krankheit ausgebrochen ist. Der Gesundheitsrat hat in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, Bakteriologen nach Trapezunt zu senden, die die Art der Krankheit feststellen sollen. Ferner wurde beschlossen, Trapezunter Herkünfte drei ärztlichen Untersuchungen zu unterwerfen, Desinfektionen und Rattenvertilgungen vorzunehmen, und zwar in Trapezunt, Sinope und Kawak am Bosporus.

Im Sommer erfroren. Daß bei tropischer Hitze ein Mann erfrieren kann, wird kaum glaublich erscheinen, und doch hat sich dieser ungewöhnliche Fall in Lyon ereignet. Der Eisfuhrer Eugene Poulet setzte sich, um sich abzukühlen, in seinen Eiswagen hinein. Der plötzliche Temperaturunterschied war jedoch so stark, daß Poulet ohnmächtig wurde und bewußtlos liegen blieb. Man fand ihn mit erfrorenen Beinen vor und brachte ihn ins Hospital. Die Ärzte haben jedoch wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Feurige Reklame. In Untertürkheim bei Stuttgart wurde während eines Brandes der freiwillige Feuerwehrmann Schneider Julius Zwicker verhaftet. Er war als Leger vieler Brände der letzten Zeit beobachtet worden. Zwicker legte sofort ein Geständnis ab. Er war im Nebenamte Feuerversicherungsagent und hoffte, durch recht häufige Brände die Bevölkerung der Gegend zur Versicherung besser animieren zu können.

Dramen auf See. Der Kapitän des in Fiume eingelaufenen Dampfers „Pannonia" der Cunard-Linie erstattete beim Hafenkapitänat die Meldung, daß sich an Bord seines Schiffes am 26. Juli in der Nähe von Neapel ein blutiges Drama abspielte. An Bord des Dampfers befand sich ein Grieche Elia Jan. In seiner Nähe saßen drei Italiener, Vincenzo Lagaco, Antonio Mazzoni und Giuseppi Talocis. Plötzlich hörte man vier Revolverschüsse fallen und gleich darauf einen Fall ins Meer. Den Offizieren und Passagieren, die sofort herbeieilten, bot sich ein furchtbarer Anblick dar: die drei Italiener wälzten sich in ihrem Blute und im Meere sah man den Griechen verzweifelte Anstrengungen machen, um sich über Wasser zu halten. Der Kapitän ließ den Dampfer stoppen und ein Rettungsboot flottmachen, während die Schiffsärzte sich um die Verwundeten bemühten. Die drei Italiener waren von dem Griechen durch Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt worden. Die Versuche, den Griechen zu retten, waren vergeblich; er versank, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte. Da der Grieche die Italiener nicht kannte, mit ihnen keinen Streit hatte, sondern plötzlich auf sie schoß, wird vermutet, daß er die Tat in einem plötzlichen Wahnsinnsanfall verübt hatte.

Der rote Fingerhut. Aus einem Schüleraufsatz über den „roten Fingerhut" wird dem „Schwäbischen Merkur" folgende klassische Stelle mitgeteilt: „Der rote Fingerhut hält sich hauptsächlich bei uns im Schwarzwald auf. Auf der Alp ist der rote Fingerhut meistens Geld. Wenn mann intrifft, so ist er sehr giftig und muß sterben. Aber das Vieh ist nicht so dumm auf der Weide und schnubbert nur an im herum. Aber der Dokter verschreibt einem manchmal ein Fingerhut, daß das Herz still stehen soll, wenn es so arg tut. Und der Dokter und der Abedeger machen aus dem Gift ein Artznei und mann denkt dann an das Sprüchlein: Ein Türlein sei es noch so klein, Es kann dem Menschen nützlich sein."

Weiße Sklaven in Amerika. Wie aus New York berichtet wird, erregen dort die Zeugenaussagen, die von einem gewissen Bennie Wilenski und mehreren anderen russischen Juden gemacht wurden, und die behaupten, daß in Florida ein furchtbares Sklavereisystem für Weiße bestehe, großes Aufsehen. Wilenski, der dieser Sklaverei jetzt entflohen ist, ist ein körperlich gebrochener Mann, sein Rücken weist schreckliche Spuren davon auf, daß er furchtbare Schläge mit der Peitsche hat erdulden müssen. Nach seiner Aussage ist er von einem New Yorker Agenten zusammen mit 41 anderen Weißen in die Umgebung von Maytown geschickt worden, wo er ausgezeichnete Arbeit für einen Lohn von sechs Mark den Tag finden sollte. Als sie New York verlassen hatten, wurden sie gezwungen, auf dem schmutzigen Schiff auf Deck zu schlafen, sie erhielten so ekelerregende Nahrung, daß sie nicht imstande waren sie zu essen. Als sie in Maytown anlangten, wurden sie gezwungen, in Hütten zu leben, die „Hundehütten" genannt wurden, und bei denen Neger, die mit Gewehren und Pistolen bewaffnet waren, Wache hielten. Sie arbeiteten auf dem Felde und wurden, wenn sie sich nur einen Augenblick ausruhen wollten, von ihren Wächtern erbarmungslos auf den bloßen Rücken ausgepeitscht. Jede Nahrung mußten sie so hoch bezahlen, daß sie ihrem Arbeitgeber immer verschuldet waren, und selbst Wasser erhielten sie nur für Geld.

Götter und Bajaderen. Hundert Inder von hervorragender Bildung und Stellung haben, wie der „Frankfurter Zeitung" geschrieben wird, der Regierung von Bombay eine Denkschrift eingereicht, in der sie auf die noch immer bestehende unmoralische Sitte aufmerksam machen, junge Mädchen den Hindugöttern zu vermählen und sie dadurch einem unzüchtigen Leben zu weihen. Solche Mädchen sind nach indischer Sitte als rechtmäßig mit dem Gotte verheiratet zu betrachten und von jeder weiteren Ehe ausgeschlossen. Trotzdem der höchste Gerichtshof von Bombay diese heiligen Ehen für ungesetzlich erklärt hat, kommen sie noch häufig vor und ihre Verfolgung durch die Gerichte ist äußerst selten. Die Einreicher der Denkschrift verlangen daher, daß die Ungesetzlichkeit solcher Götterehen und ihre Strafbarkeit durch Anschlag in den Tempeln zur allgemeinen Kenntnis gebracht werde und daß die indischen Pfaffen informiert werden müßten, daß sie sich, indem sie diese Zeremonie zulassen, mitschuldig und strafbar machen. Die Sozialreformer verlangen weiter, daß die aus der Prostitution der Götterehen geretteten Mädchen der Fürsorge besonderer Vormünder und der christlichen Missionen übergeben werden. Von dem letzgenannten Mittel versprechen sie sich allerdings nur deswegen einen guten Erfolg, weil die Furcht vor der Taufe ihrer Schäfchen die indischen Seelenhirten gewiß davon abhalten werde, die Götterehen zu begünstigen.

Kleine Chronik. Von hereinstürzenden Erdmassen verschüttet und sofort getötet wurden in einem Steinbruch bei **Schwarzenbach am Wald** 3 Arbeiter. — Das Großfeuer, welches in der Kronenstraße 31 in **Berlin** wütete, hat einen Schaden von annähernd 1 Million Mk. angerichtet. Verbrannt ist u. a. eine wertvolle Zimmereinrichtung, die heute nach dem großherzoglichen Schloß in Schwerin verschickt werden sollte. Der Ober-Feuerwehrmann Schärfer und der Kaufmann Schuster wurden während des Löschens so schwer verletzt, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten. — In der Ortschaft **Oszentanna** (Ungarn) wurden durch Einsturz eines Neubaues 12 Kinder verschüttet. Bisher konnten 7 als Leichen unter den Trümmern hervorgezogen werden.

Literatur.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Seeschlange. — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannekoek. (Schluß.) — Scheinkapitalisten. Von Leopold Braun. — Das Hausbesitzerprivileg und das preußische Oberverwaltungsgericht. Von Paul Hirsch. Jugenderziehung und Jugendorganisation. Von H. Bachaus. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonagenindustrie. Von Ernst Merkel. — Zum Thema Arbeiterbildung. Von Emil Rauch. — Literarische Rundschau.

Eine neue Reise- und Eisenbahnkarte von Deutschland, nach amtlichen Quellen bearbeitet von C. Opitz, ist soeben im Verlag von Otto Dietrich, Leipzig erschienen. Die vorliegende Reise- und Eisenbahnkarte, die nur 50 Pfg. kostet, enthält alle Hauptbahnen mit Schnellzugsverkehr, Vollbahnen, Neben- und Kleinbahnen bis auf die neueste Zeit, selbst die im Bau begriffenen Linien sind bereits eingezeichnet. Die Ausführung ist eine vorzügliche, und zeichnet sich diese Karte durch Klarheit, Genauigkeit und Ausführlichkeit ganz besonders aus. Mehrfarbiger, politischer Flächen-Kolorit. Maßstab 1 : 2,000,000. Format 56×65 Zentimeter.

kammer am 17. September v. J. gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe durch Androhung eines Uebels, wie es eine Strafanzeige darstelle, auf die beiden Stubenältesten einzuwirken gesucht, um der Sterbekasse des Verbandes einen widerrechtlichen Vermögensvorteil zuzuführen.

Gegen dieses Urteil, das in den Kreisen aller Sozialpolitiker Aufsehen und insbesondere auch in bürgerlichen Kreisen das größte Befremden erregte, legte Mehrlein Revision ein. Am 22. Mai stand die Verhandlung vor dem Reichsgericht an. Hier beantragte der Reichsanwalt selbst die Aufhebung des Urteils. In dem Schreiben des Mehrlein sei die Absicht, den Willen der beiden Stubenältesten zu beugen, nicht ersichtlich. Es sei unerfindlich, wie der Vorderrichter nur den Papierwert der zerrissenen Listen und ihre Herstellungskosten, nämlich eine Mark, berechnen könne, da doch außer der sonstigen Arbeit des Angeklagten auch der Wert der gegebenen Unterschriften berechnet werden müsse. Zudem hat der Gemeindearbeiterverband ein berechtigtes Interesse gehabt, seinen Mitgliedern einen Vorteil zuzuwenden und der Angeklagte habe die geforderte Buße nicht den Laternenwärtern als Person, sondern der Sterbekasse zuwenden wollen. Bei der Schwere des Delikts der Erpressung hätte der Vorderrichter alle Veranlassung gehabt, mit größter Vorsicht und Sorgfalt vorzugehen. Nur das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehöre zum schweren Dolus der Erpressung. — Das Reichsgericht schloß sich dem vollinhaltlich an, und beschloß die Aufhebung und Zurückverweisung an die Vorinstanz.

So hat sich nun am Montag die zweite Breslauer Ferienstrafkammer wieder aufs neue mit der Sache beschäftigt.

Wie wir gestern bereits kurz mitzuteilen vermochten, hat der Staatsanwalt wieder auf zwei Wochen Gefängnis erkannt. Der Irrtum soll also demnach auf Seiten des Reichsgerichts und nicht auf Seiten der Breslauer Richter gewesen sein.

Interessant war in dieser Verhandlung insbesondere die Zeugenaussage des Stadtbaurats Wirz. Was die Breslauer Gemeindearbeiter bisher nie glauben wollten, hat Wirz jetzt auf seinen Eid genommen, sodaß es unumstößlich feststeht, nämlich, daß die Stadtverwaltung, ohne sich um die Wünsche und Forderungen des Gemeinde-Arbeiter-Verbandes auch nur im mindesten zu kümmern, freiwillig für das Wohl der Arbeiter sorgt. Auch die Laternenwärter haben eine Lohnaufbesserung von 20 Pfennigen pro Tag erhalten, keineswegs aber, weil sie kurz vorher um eine Lohnerhöhung petitioniert hatten. Auf diese Petition hin hätte überhaupt keine Lohnaufbesserung erfolgen können, weil die Löhne im Etat genau festgelegt sind. Aber, weil der Direktor des Gaswerks Herrn Wirz durch das Telephon angefragt hat, ob nicht die Laternenwärter eine Lohnaufbesserung erhalten könnten, deshalb hat er auf seine eigene Verantwortung hin die Lohnaufbesserung eintreten lassen, und der Magistrat hat sie später auch genehmigt.

Diese Aussage ist äußerst wertvoll. Da das Bureau des Gemeindearbeiter-Verbandes jetzt Telephonanschluß hat, wird man gut tun, die Stadtverwaltungen nach Lohnaufbesserungen immer anzutelephonieren, anstatt zu petitionieren.

Der Verteidiger Justizrat Cohn I plädierte für Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht erblickte in den beiden Schreiben eine Drohung. Mehrlein habe hauptsächlich schon deshalb kein Recht gehabt, von den Stubenältesten eine Buße zu verlangen, weil diese gar nicht Mitglieder des Verbandes waren, und das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehe schon daraus hervor, daß das Geld für die Sterbekasse verlangt wurde. Auf den Wert der zerrissenen Petition ist der Vorsitzende in der Urteilsbegründung diesmal nicht eingegangen.

Bis das Reichsgericht abermals entschieden hat, haben wir jetzt mindestens Zeit, Vergleiche anzustellen, zwischen dem Prozeß gegen denjenigen, der mit frevelnder Hand fremdes Eigentum zerstörte und freigesprochen wurde, weil ihm das Erkenntnis von der Rechtswidrigkeit seines Tuns fehlte und dem vorstehenden Prozeß, wo derjenige dessen Eigentum zerstört wurde, Gefängnisstrafe zudiktiert erhielt, weil er Schadenersatz verlangte, obwohl er wissen mußte, daß solches Verlangen ein rechtswidriges ist. Wir meinen, so lange das Privateigentum überhaupt als heilig und unantastbar gilt, darf das „sozialdemokratische" Eigentum keine Ausnahme machen.

Der Fall Biewald im Lichte kommunaler Rechtspolitik.

Unter dieser Ueberschrift behandelt Bürgermeister Dr. jur. Hottenrott in einem Aufsatze die Sache Biewalds von der juristischen Seite. Bei der Beantwortung der Frage, was die Verpflichtung der Gemeinde zum Ersatze des Schadens rechtfertige, kommt Dr. Hottenrott zu folgendem Schlusse: Die Gemeinden sind zwar an sich für die Aufrechterhaltung der Sicherheit zu sorgen verpflichtet, aber die Polizei auch die Sicherheitspolizei, ist der Selbstverwaltung entzogen und eine Institution des Staates. Die Funktionen übt der Staat aus, denn nach dem Gesetz vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung wird die Polizei im Namen des Königs ausgeübt und ist so ein Ausfluß der Staatsgewalt, ein Hoheitsrecht des Staates, so daß auch die Lokalpolizei, d. h. wenn sie von städtischen Beamten ausgeübt wird, nicht namens der Gemeinde ausgeübt wird, sondern namens des Königs. Die Gemeinde als solche hat daher keine Mittel, ihrer Pflicht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu genügen, zum Ersatz dafür — so will es das geltende Recht! — macht der Staat die Gemeinde haftbar für den Schaden, der durch Ausläufe etwa infolge von Unterlassungssünden der Polizeibeamten, also rein staatlicher Organe, entstanden ist. Hier wird summum jus summa injuria (das höchste Recht wird höchstes Unrecht) und Recht und Billigkeit würde es ensprechen, wenn hier die Schadensersatzpflicht auch gesetzlich dem Staate auferlegt würde. — Vielleicht gibt der Fall Biewald doch den Anlaß, daß nicht nur die Frage geprüft wird (wie ja auch ein in der Reichstagskommission seinerzeit gestellter Antrag bezweckte), ob es sich nicht empfiehlt, die ganze Materie reichsrechtlich zu regeln, und dann, ob es sich nicht empfiehlt, prinzipiell den Staat als Haftenden zu statuieren. Auf dem diesjährigen deutschen Juristentage, der vom 10.—12 September cr. in Kiel abgehalten werden wird, wird auch über die Frage verhandelt werden, ob sich eine einheitliche Regelung der Haftung des Staates und anderer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten bei Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden empfiehlt. Die ganze Angelegenheit hat für die Kommune erhöhtes Interesse. — Eine derartige Haftpflicht des Staates würde uns aber vielleicht auch einen erhöhten Schutz gegen Schutzleute bringen Vielleicht!

Menschenhandel und Kinderausbeutung.

Nicht zum ersten Male haben wir darüber zu berichten gehabt, in welch' gewissenloser Weise die gewerbsmäßigen Stellenvermittler grade die hilfsbedürftigsten unter den Arbeitern, die Arbeitslosen und Stellensuchenden, auszubeuten verstehen. Und sie machen dabei selbst vor Kindern nicht Halt.

Der Kapitalismus zwingt die weitaus überwiegende Masse aller Proletarierfamilien, ihre Söhne und Töchter, sobald sie der Schule entwachsen sind, bezahlter Lohnfronde zuzuführen. So hatte auch ein hiesiger Maurergeselle seinem eben 14 Jahre alt gewordenen Jungen ein Arbeitsbuch besorgt, damit er sich hier in Breslau Arbeit suche.

Der Knabe aber wurde auf irgend eine Weise mit dem an der Löschstraße sein Bureau habenden Agenten Scholz bekannt und dieser bewog das Kind, ohne daß die Eltern etwas wußten, unter allerhand schönen Vorspiegelungen dazu, mit mehreren anderen jungen Leuten nach Stolberg in den Rheinlanden zu reisen, um dort in einer Fabrik Arbeit zu nehmen. Zunächst mochte der Reiz der Neuheit den Knaben nicht empfinden lassen, in welch fürchterliche Lage er geraten war. Er schrieb ganz wohlgemut an seine Eltern eine Karte, in der er um Zusendung seiner Kleider bat! Offenbar war der Knabe also, wie er stand und ging, ohne mit seinen Eltern zu sprechen, eiligst abgereist oder vielmehr abgeschoben worden. Der Vater des Kindes erklärte uns, wenn er etwas von den Absichten des Sohnes gewußt hätte, würde er nie seine Einwilligung dazu gegeben haben.

Doch lange hielt die Tapferkeit des Jungen nicht vor; er kam bald zur Erkenntnis seiner Lage. Vor uns liegt ein Brief des armen Jungen, den wir wort- und buchstabengetreu zum Abdruck bringen:

Liebe Eltern.

Ich bin noch gesund und muter lieber Vater weist du das ich bin vord von Stolberg ich habe doch auf die Wache in Stolberg müsse kommen du solltest die Fabrik verklagt haben ich habe ausgesaugt wirs mir einviel ich habe es dan bereut was ich gesagt habe als ich nach Hause kam habe ich geweint wie ein Kind ich ging zum Meister er soll mir mein Buch und reisegeld geben da sagte er ich soll in das erste Reisegeld geben sonst gibt er mir das Buch nicht raus ich ging zu Fuß bis hinter Köln ich ging Mittwoch Nachmitags vord da kants du dir deken wie ich gelaufen bin geliebter Vater ich bin jets bei einen Bauer ich bin gestern Abends nach zehn zu in gekomen gelieber Vater der Stellenvermitler der Schweinhund hatt uns betrogen ich bin fragen gegangen wohin sich Arbeitsburschen könen melden da sagte er nach Rheinland da sagte ich ob vir erlaubnis haben müssen da sagte er. Arbeitbuch genügt er hatt mirs gleich abgenomen und sagte der zug wärt 6 Uhr los geliebter Vater sei so gut und sag mir was ich tun soll lieber Vater laß den Stellvermitler nicht loß du mußt erst die Erlaubnis dazu gegeben haben das sage mir der Schutzmann im Stolberg auf kosten des Stellvermittler muß ich nach Breslau komen lieber Vater ich möchte mich freuen in Breslau wider zu sein grüße meine geliebte Mutter wie geht es ihr ist sie noch krank gelieber Vater siehe wider wie ich nach Breslau komen kann und was ich wegen den Buche nache kann lieber Vater meine Adresse heißt An Max Malinka in Merkenich 104 bei Köln Longerich Rheinland lieber Vater sei so gut und besorge ales ich erwarte Anwort lieber Vater ich weiß ja das du es besorgen wirst grüße meine einziggeliebte Mutter lieber Vater ich bitte dich sehr das ich nach Breslau wieder möchte bitte lieber Vater bald Antwort ich weiß ja ein Vater kann ales machen aber ein Sohn nich bei dem Bauern bin ich auf Plege bei Friedrich Vater schreibe Weibeler das auf dem Briefe hinzu

Besten Gruß

dein verlassner Sohn Max

Dieser Brief wirkt erschütternd. Es ist ein Beweis dafür, wie hohe Zeit es ist, mit dem privaten Stellen-Vermittelungswesen einmal gründlich aufzuräumen. Und die Arbeiter könnten das, wenn sie ernstlich wollten.

Staatliche Musterbauten!

Von der Verwaltung des hiesigen Maurer-Verbandes wird uns geschrieben:

Recht nette oder vielmehr skandalöse Zustände herrschen auf dem großen Neubaukomplex der „Königlichen Technischen Hochschule" am Hobrechtufer. Die Ausführung der dortigen umfangreichen Maurerarbeiten ist auf dem Wege des Submissionsverfahrens den Maurermeistern Prussog, Jung und Groche übertragen worden, die aber — das muß unumwunden ausgesprochen werden — nicht die nötige finanzielle Unterlage zur Ausführung solch großer Arbeiten zu besitzen scheinen. Wir haben, trotzdem die Mißstände uns bekannt waren, lange, ja, recht lange mit einer Kritik zurückgehalten, weil wir immer noch hofften, daß mit der Zeit eine Wendung zum Besseren eintreten werde; da aber die Ausführung der Arbeiten noch zirka drei Jahre in Anspruch nehmen wird und in letzter Zeit die Mißstände wieder kraß hervortraten, glaubten wir, im Allgemein-Interesse so handeln zu müssen.

Bei den Gerüsten wollen wir beginnen und gleich bemerken, daß eigentlich ein abgebundenes, und nicht ein Stangengerüst, erforderlich wäre, weil die Fassaden aus Sandstein hergestellt werden und demzufolge größere Lasten beim Transport in Betracht kommen. Auf vielen größeren privaten wie behördlichen Neubauten sind abgebundene Gerüste auch vorhanden, und selbst wenn dieses nicht der Fall wäre, dann müßte doch bei einem solch großen behördlichen (dazu noch „königlichen") Neubau die Bauleitung mit gutem Beispiele vorangehen und verlangen, daß ein ordentliches Gerüst hergestellt werde. Aber abgesehen davon, ob Stangen- oder abgebundenes Gerüst, wenn wenigstens sonstiges Rüstholz noch genügend vorhanden wäre. Jedoch weit gefehlt. Man muß selbst beobachtet haben, wie von einer Stelle zur anderen gerüstet wird, wie man jeden Splitter zusammensucht, um wenigstens nicht infolge mangelnden Rüstholzes die Arbeiten einstellen zu müssen. Eigentlich wäre das manchmal angebracht, um den ganzen Bau erst in Ordnung zu bringen und dafür zu sorgen, daß eine Balken- resp. Trägerlage wenigstens richtig abgedeckt werde und die Maurer bei ihrer Arbeit ringsherum nicht mehr die gähnende Tiefe vor sich sehen. Wenn man die Maurer so hantieren sieht, dann glaubt ein Uneingeweihter nur schwer, daß dieselben nur Maurer gelernt haben sollen und nicht auch „Seiltänzer", und wenn es so weiter gehen sollte mit der Unfallgefahr, dann wird schließlich auch noch jeder Maurer einen Kursus im Seiltanzen, Saltomortalespringen usw. absolvieren müssen. Die Unternehmer, Polliere und Bauleitungen müßten allerdings als Vorturner fungieren.

Wie sich nun der Mangel an Geld bei den Gerüsten bereits fühlbar macht, so noch weit schlimmer bei der Entlohnung der Maurer, Arbeiter usw. Nur einen Fall wollen wir als Beispiel skizzieren. Es war Pfingstsonnabend, und da ist wohl auch der einfachste Arbeiter in etwas freudigerer Stimmung, hauptsächlich im Baugewerbe; war es doch Sommer, wo gearbeitet werden konnte. So mancher Kollege mag im Kreise seiner Familie die Woche über die zu erhaltenden Groschen schon sorgfältig eingeteilt haben und jeder Leser kann es sich nun vorstellen, mit welchen Gefühlen unsere Kollegen des Abends nach Hause gehen mußten, als bei der Lohn-Auszahlung sich jeder die lakonische Mitteilung anhören mußte: „Die fehlenden 10 bis 15 Mark vom verdienten Lohne bekommt Ihr erst nächste Woche." Und solche Fälle sind bereits zahlreich vorgekommen und kommen noch des öfteren vor; so unter anderem am 28. Juli wieder bei Herrn Groche, am 1. August bei Herrn Jicha und am 11. August abermals bei Herrn Groche. Der Restlohn wird bei Herrn Groche gewöhnlich Dienstag, bei Herrn Jung am Ende der Woche ausgezahlt. Wann die „Poliere" oder sonstige dem Unternehmer etwas Näherstehenden den Lohn bekommen, entzieht sich unserer Kenntnis, jedenfalls — achtzig nicht. Die Langmut und Anständigkeit unserer Kollegen hat schließlich es schon dahin gebracht, daß sie eines Montag-Morgens (nachdem der volle Lohn den Sonnabend vorher wieder nicht ausgezahlt werden konnte) sagen lassen mußten: „Wer weiter arbeiten will, der kann es, wem es nicht paßt, der gehe seiner Wege". Das wollten die Kollegen allerdings schon des öfteren, sie wurden aber durch die wohl berechtigte Befürchtung, daß sie dann eine halbe Woche vielleicht umsonst gearbeitet hätten, immer noch zurückgehalten. Schließlich kann es doch auch nicht zur Gewohnheit von Unternehmern werden, daß die Arbeiter als Objekte zum Geldborgen benutzt werden; die Kasse der Arbeiter ist wirklich nicht so beschaffen. Oder sollte es den Herren Unternehmern und der Bauleitung unbekannt sein, daß der größte Teil von der Hand in den Mund lebt? So ist es aber und nicht anders. Wir erwarten, daß diese Veröffentlichung dazu beiträgt, daß sofort eine Sicherstellung dahingehend erfolgt, daß des Sonnabends jeder Arbeiter für seine geleistete Arbeit den vollen Lohn bekommt und die Abschlagszahlungen endlich einmal aufhören. Sollten die Unternehmer durchaus nicht dem nachkommen können, dann möge die Bauleitung für Abhilfe sorgen, um solche Zustände an dem Neubau einer Königl. Technischen Hochschule für die Dauer zeit unmöglich zu machen.

Die P. P. S. in Breslau.

Am Sonntag, den 12. d. Mts., fand in der „Scala" eine polnische Volksversammlung statt, in der Genosse Redakteur Binisklewicz aus Kattowitz über das Thema: Warum organisieren wir uns gewerkschaftlich und politisch, sprach. Genosse B. schilderte in großen Zügen die Entwickelung und den Ursprung der modernen Gewerkschaften, ihr Ziel und Zweck. Er kam aber dann in seinem Referate zu der weiteren Folgerung, daß jeder organisierte Arbeiter sich naturgemäß auch politisch betätigen und, um in dieser Hinsicht einen Stützpunkt zu haben, sich politisch organisieren muß.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein aus der Versammlung eingelaufener Antrag, daß jeder polnische Arbeiter Mitglied der Polnischen Sozialdemokratischen Partei sein muß und eine Sektion derselben in Breslau gegründet werden soll, wurde angenommen. Auch fand folgende, vom Genossen Pacyna gestellte Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige, im Saale der Scala veranstaltete große polnische Volksversammlung erblickt in den Zentralverbänden der Sozialdemokratie als Arbeiterpartei, wie auch in der sozialdemokratischen Presse ihre einzigen Vertreter auf dem wirtschaftlichen und politischen Boden, wie auch die einzigen Beschützer gegen jedes gegen sie gerichtete Unrecht.

Wir für unseren Teil müssen erklären, daß wir die Gründung einer Sektion der P. P. S. — wenn wir sie nicht schon von vornherein nach den bisher damit gemachten Erfahrungen als aussichtslos bezeichnen müßten — für einen bedenklichen Zersplitterungsversuch halten, der unserem Organisationsstatut nicht entspricht

Das Ende der Steindrucker- und Lithographen-Aussperrung.

In Berlin haben am 10. und 11. August Einigungsverhandlungen zwischen den streitenden Parteien, den Vorständen des Senefelder-Bundes und des Schutzverbandes der Arbeitgeber, stattgefunden. Es sind den Arbeitern Zugeständnisse gemacht worden. Auf der Grundlage der vereinbarten Bedingungen soll die Aussperrung aufgehoben und die Streikenden, soweit Plätze frei sind, ohne Ausnahme aufgenommen und an ihre alten Plätze gestellt werden. Maßregelungen dürfen in keiner Weise von beiden Teilen vorkommen. Als Mindestwochenlohn für Ausgelernte werden 18 Mk. gewährt.

Mit den Abmachungen beschäftigten sich am Montag die Steindrucker und Lithographen von Breslau in einer Versammlung im Gewerkschaftshause. Kollege Kluge, der von Breslau aus zu den Berliner Verhandlungen delegiert war, erstattete einen eingehenden Bericht. Auf der Basis der Abmachungen soll am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Vorsitzende, Kollege Globig, stellte den Bericht zur Diskussion, gleichzeitig aber erwähnte er, daß von der Firma Altmann u. Friebe ein Schreiben eingelaufen sei, worin die Firma mitteilt, daß sie die Streikenden nicht wieder einstellt. Sie setzt sich also in direktem Widerstand zum Schutzverband. Unter solchen Umständen, erklärte Globig, wird es den Breslauer Gehilfen nicht möglich sein, am Donnerstag die Arbeit aufzunehmen, erst wenn die Prinzipale sich sämtlich verpflichtet haben, den Berliner Beschlüssen Folge zu geben, kann die Aufnahme der Arbeit geschehen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen. Gleichzeitig wurde eine Kommission ernannt, die unverzüglich an die einzelnen Firmen herangehen und sie anfragen soll, wie sie sich zu den Berliner Beschlüssen stellen. Der Obmann der hiesigen Prinzipalität, Herr Dr. Wiskott, ist verreist. Mittwoch Abend findet nochmals eine Versammlung statt.

Droht in Breslau auch ein Bierkrieg?

Die vereinigten Bierbrauereien, die vor allen Dingen für die Bierversorgung Breslaus und seiner Umgebung in Frage kommen, haben dieser Tage eine Bekanntmachung erlassen, daß sie wegen der zahlreichen Mehrbelastungen durch Zölle, Steuern usw., von denen sie in der letzten Zeit betroffen werden, sich gezwungen sähen, vom 1. September d. J. ab Bier unter Aufrechterhaltung des bisherigen Hektolitterpreises nur nach Litern bei Wegfall sämtlicher Vergütungen, Vergünstigungen und Rabatte zu verkaufen. Der Verkaufspreis an Private betrage 9 Pfennige für das Liter mehr als der Verkaufspreis

an Wiederverkäufer. Zur Erörterung der in diesem Beschluß liegenden Bierpreiserhöhung hat die Schutzkommission der Breslauer Gastwirte eine allgemeine Gastwirtsversammlung auf heute Nachmittag 4 Uhr in dem großen Saale des Breslauer Konzerthauses einberufen, deren einziger Gegenstand der Tagesordnung lautet: „Besprechung und Beschlußfassung über die Bierpreiserhöhung". Referenten sind die Herren Wende, Weide, Leuschner und Riedel.

Falls wirklich beabsichtigt sein sollte, die Biersteuer auf die Konsumenten, in der Hauptsache auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, möchten wir den Wirten zu bedenken geben, daß sie sich die Sache genau überlegen. Die Arbeiterschaft wird sich jedenfalls eine solche Belastung ihres Ausgabebudgets kaum gefallen lassen.

* **Liebet nere Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen,** so lautet einer der ersten Grundsätze der Sittenlehre Christi. Nur diejenigen, die sich heute zu seinen eifrigsten Jüngern und Bekennern rechnen, handeln nicht mehr danach. Auch Herr Binkowski, der christliche Arbeitersekretär in Neisse, war zum Kadi gelaufen, um unseren Genossen Klühs als damaligen Verantwortlichen der „Volkswacht" wegen Beleidigung zu verklagen. Wie unseren Lesern erinnerlich, fühlte sich Herr Binkowski durch den Volkswachtbericht über eine Bäckerversammlung beleidigt. Vom Schöffengericht war Genosse Klühs zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In der Verhandlung hatte er Widerklage erhoben, weil der so empfindliche Herr Binkowski in einem Flugblatte die Behauptung aufgestellt hatte, die Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit seien Lügner und Verleumder. Daraufhin wurde auch Herr Binkowski zu 10 Mark Geldstrafe und einem Drittel der Kosten verurteilt.

Die Berufungsstrafkammer hat nunmehr die Berufung des Genossen Klühs verworfen, dafür aber den Herrn christlichen Arbeitersekretär freigesprochen, weil der einzelne Sozialdemokrat sich nicht beleidigt fühlen darf, wenn seine Partei in der Allgemeinheit beschimpft wird! Bekanntlich ist vor kurzem der Genosse Brey als Vorsitzender des Fabrikarbeiter-Verbandes sogar zu Gefängnis verurteilt worden, weil sich die „Christen" durch eine gegen die „christlichen Gewerkschaften" allgemein gerichtete Bemerkung beleidigt fühlten.

* **Genosse Theodor Müller** ist mit dem gestrigen Tage in die Redaktion unseres Blattes eingetreten. Genosse Müller war bisher in Schleswig als Berichterstatter unseres Kieler Parteiblattes und als Kreisvertrauensmann tätig.

* **Der Kuppeleiprozeß und die deutschen Hausagrarier.** In der Schlußsitzung des deutschen Hausbesitzertages stand der Kuppeleiparagraph auf der Tagesordnung. Hierzu hatte der Zentralverband der Hausbesitzer auf seinem vorjährigen Verbandstage angesichts der unhaltbaren Stellung, in welche zahlreiche Hausbesitzer zufolge der Haltung von Polizei und Gesetzgebung in der Prostitutionsfrage geraten, das Thema Hausbesitz und Prostitution einer erneuten Beratung unterworfen und folgenden Leitsatz angenommen: „Ungeachtet des zivilrechtlichen Schutzes, den das Bürgerliche Gesetzbuch und die Rechtsprechung dem Hausbesitzer gegen die Prostitution gewähren, erscheint es mit Rücksicht darauf, daß die Prostituierten irgendwo Unterkunft finden müssen, den Hausbesitzern aber unmöglich zugemutet werden kann, neben zahllosen Zivilprozessen die ständige Gefahr der strafgerichtlichen Verfolgung wegen Vergehens gegen den § 180 des Reichs-Strafgesetzbuches auf sich zu laden, als eine gebieterische Notwendigkeit, daß sowohl nach der zivil- als auch nach der strafrechtlichen Seite hin gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, welche die gerügte, die Grundeigentümer gefährdende Sachlage zu beseitigen geeignet sind." Ferner wurde der Verbandsdirektor beauftragt, beim Bundesrat, dem Reichstag und den Bundesregierungen aller deutscher Bundesstaaten dahin vorstellig zu werden, daß die Polizeibehörden angewiesen werden möchten, den Prostituierten das Wohnen in denjenigen Häusern zu verbieten, deren Eigentümer oder Besitzer dies von der Polizeibehörde verlangen.

* **Das Gewerkschaftskartell Breslau** hält Donnerstag, den 16. August, Abends 8 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, eine ordentliche Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht über die Konferenz der schlesischen Kartelle in Görlitz, ferner die Wahlen zum Reichsversicherungsamt und endlich ein Antrag des Vorstandes betreffend die Erhebung der Kosten zum Saalboykott. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die Sitzung Punkt 8 Uhr eröffnet wird.

* **Breslauer Straßen-Eisenbahn.** Von Donnerstag, den 16. cr. ab fahren die in der Richtung nach der Odervorstadt verkehrenden Wagen der Linie Kleinburg-Odervorstadt vom Ringe ab nicht mehr über die Schmiedebrücke, sondern wieder über Hintermarkt, Schuhbrücke, Burgstraße.

* **Breslauer Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau erhalten wir folgendes zur Aufnahme: Vor total ausverkauftem Hause ging Sonntag die sensationelle Komödie „Drei Erlebnisse eines englischen Detektivs" zum 6. Male in Szene. Viele mußten wieder zurückgehen, da keine Billets mehr zu haben waren. Das zugkräftige Werk, das wohl seit „Alt Heidelberg" die größte Anziehungskraft des Sommertheaters bildet, wird heute Dienstag zum 7. Mal gegeben.

* **Im Varietee Skala** überraschen seit einiger Zeit ein paar Künstler mit ihren seltsamen und sehr interessanten Produktionen. Da ist in erster Linie neben dem hervorragenden Fußkünstler Briderly die Leistung der Kraftathleten Ott und Elberts zu erwähnen, die auch an einem großen Varietee vielen Beifall finden würde. Weniger ist das zu sagen von dem Mimiker Adolf Gödecke, der sich darauf beschränkt, Altes und Uraltes, tausendmal Gesehenes, aus Großvaters Zeiten zu mimen — Windthorst, Beethoven, Wagner, Liszt und — last not least — diverse Monarchen. Als „Greiffenberger" ist er geradezu von tödlicher Langeweile und wie er dazu kommt, seine „Sache" einen „Jongleur-Akt zu nennen, ist sein ureigenes Geheimnis. Da gefällt der „Karten-, Taler- und Billard-Manipulant" Field alias Ehrung schon bedeutend besser. Seine Gaukler- und Hexenmeisterstückchen bereiten dem Publikum amüsante Minuten. Die übrigen Künstler bemühen sich sichtlich, nichts Neues, aber das Alte schlecht und recht zu bringen und da das Publikum sehr dankbar und gutmütig ist, kommen auch sie auf ihre Kosten, ohne indessen mit Beifallsstürmen belästigt zu werden. Wie wir hören, gibt es in den nächsten Tagen ein neues Programm mit mehr Kurzweil und Unterhaltung.

* **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung auf der Telegraphenstraße eine goldene Damenuhr und ein goldenes Pincenez, einem Kaufmann von der Yorkstraße aus dem Keller 9 Flaschen Wein und 4 Würste.

* **Die Flucht aus dem Leben.** Am 12. d. M. Vormittags sprang ein etwa 35 Jahre alter Mann hinter den Kliniken in den Umgehungskanal. Er wurde zwar bald wieder herausgezogen, jedoch waren Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

* **Flüchtig geworden** mit 120 Mark ist ein junger Mann, der sich Erich Klemann nannte und vorgab, Herrenstraße 7 zu wohnen. Auch hat er für 3 Mark Briefmarken mitgenommen. Er war wenige Tage in einem Geschäft auf der Götzenstraße als Schreiber tätig.

* **Ein Einbruch** wurde in der Nacht zum 12. d. Mts. in das Kontor eines Speichers an den Kasernen verübt, wobei dem Dieb 264.65 Mark in die Hände fielen.

* **Festgenommen** wurde eine Arbeiterin wegen Taschendiebstahls.

Ueberfahren. Am 11. d. Mts. Nachmittags wurde ein Radler mit seinem Fahrrad auf der Herrenstraße durch eine Droschke umgefahren und erlitt einen Bruch des linken Beines. Der Mann wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Allerheiligenhospital gefahren. — Ein Kutscher wurde an demselben Tage auf der Lehmgrubenstraße durch einen Straßenbahnwagen umgerissen, wodurch er eine schwere Kopfwunde erlitt, die ihm im Krankenhaus „Bethesda" verbunden wurde. — Am 7. d. Mts., Vormittags 11½ Uhr, ist am Neumarkt, Ecke Sandstraße, eine 79 Jahre alte Frau aus dem Anhängewagen der Straßenbahn gestürzt und geschleift worden, wobei sie einen Armbruch erlitt. Augenzeugen dieses Unfalles werden ersucht, sich im Zimmer 61 des Polizeipräsidiums zu melden.

* **Stuben- und Kellerbrände.** Am 11. d. Mts. Abends wurde die Feuerwehr nach Rosenthalerstraße 10 b gerufen, wo in einer Wohnung durch Umwerfen einer Lampe ein Sofa in Brand geraten war. — Am Sonntag Abend gegen 7½ Uhr geriet im Hotel „Weißer Adler", Ohlauerstraße 10-11, ein Teil der Balkenlage und der Zwischendecke zwischen dem im Keller neben der Küche gelegenen Kohlenraum und dem darüber befindlichen Waschraum in Brand. Das Feuer wurde in kurzer Zeit nach Freilegen der brennenden Teile mittelst Löschpinsels gelöscht.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 11. und 12. dieses Monats 51 Personen eingeliefert. Gefunden wurden: eine silberne Herrenuhr, eine Letter und eine goldene Brosche. Abhanden kamen: eine goldene Damenuhr mit kurzer Kette, eine graue Wagendecke, eine Geldtasche mit 40 Mark, ein seidener Schirm und eine braunlederne Tasche.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Steinarbeiter!** Donnerstag, den 16. August, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 1. Tagesordnung: 1. Tarifberatung. 2. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden sämtliche Mitglieder ersucht, pünktlich zu erscheinen.

* **Achtung, Holzarbeiter!** Mittwoch, den 15. August, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Da nun für die Zukunft wichtige Berufsangelegenheiten der Erledigung harren, so hoffen wir, für diesmal die Tagesordnung aufarbeiten zu können. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Lokalverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
J. A.: Alfred Peickert.

* **Arbeiter-Sänger-Bund.** Freitag, den 17. August, Abends 8 Uhr, findet eine Generalprobe im Gewerkschaftshause statt. Im Interesse der Sänger wird gebeten, recht pünktlich zu erscheinen, da für diesen Abend das Orchester mitwirkt.

* **Achtung, Schuhmacher!** Wegen des Ausstandes bei Dorndorf findet Mittwoch, den 15. August, Abends 8 Uhr, im Saale der Scala, Nikolaistraße, eine öffentliche Schuhmacherversammlung statt, zu der wir ganz besonders einladen. Desgleichen verweisen wir darauf, daß von einer Aufnahme der Arbeit, wie es Plakate am Toreingang verkünden, keine Rede ist. Die Arbeiter haben Sonnabend beschlossen, die Verhandlungen bis zur Anwesenheit des Herrn Kurt Dorndorf und des Herrn Wernitz, welche außerhalb sind, abzulehnen, da mit den anwesenden Firmenvertretern doch nicht einig zu werden sei. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung, Drechsler!** Die am 5. August zusammengekommene Schlichtungskommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschäftigte sich mit Tarifbrüchen, die in vier Werkstätten passierten. In drei Werkstätten (Arnold, Petzold, Frankowsky) wurde durch die Arbeitgeber sofortiges Innehalten des Tarifversprechens konstatiert. Nur der vierte der Arbeitgeber, Herr Borsig, ließ der Schlichtungs-Kommission durch den Obermeister erklären, daß er nicht erscheine und den Tarif nicht innehalten werde, mög es kommen, wie es will und wenn die Sperre über seine Werkstatt verhangen wird. Uns soll es recht sein und an uns soll es nicht liegen, wenn Herr Borsig von allen organisierten Drechslern Breslaus nicht belästigt wird.

Die Lokalverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Waldenburg, 14. August. Konfessionelle Weitherzigkeit. Dem hiesigen „W. Bl." ist von einem Teilnehmer an der Mittelmeerreise der Deutschen Touristenvereinigung eine Meldung aus Rom zugegangen, wonach 200 Teilnehmer der Deutschen Touristenvereinigung, unter Leitung des Herrn Lehrer Wagner, Waldenburg, durch Vermittlung eines deutschen Landsmannes vom „heiligen Vater" in feierlicher Audienz empfangen. Im Konsistorial-Saal des Vatikans reichte „Seine Heiligkeit" jedem der Knieenden den Apostelring zum Handkuß. Nach einer Ansprache des „hl. Vaters" und erteiltem Segen brachte ein Teilnehmer ein Hoch auf den höchsten Priester der katholischen Christenheit aus. Zum Schlusse sangen die Teilnehmer das Lied: „Großer Gott, wir loben Dich." Der Gewährsmann des „W. Bl." fügt hinzu: „Allen Teilnehmern, auch den Protestanten (!) wird der Empfang unvergeßlich bleiben." Demnach haben nicht nur Katholiken vor dem „Stellvertreter Gottes auf Erden" gekniet und ihm die Hand geküßt. Das ist mehr als Toleranz! Wie sagt doch Heinrich Heine von dem Rabbi und dem Mönch?

Schlegel, 14. August. Katholischer Verrat. Die Ausständigen auf der Baptistengrube in Schlegel und der Frischauf-Grube in Eckersdorf haben nach Berichten von bürgerlichen Blättern die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müssen, nachdem die noch völlig unter pfäffischer Geistesknechtschaft stehenden katholischen Arbeiter durch die „Arbeiter"-Sekretäre Mischke aus Waldenburg und Straube aus Glatz zum Streikbruch aufgehetzt worden waren. Wir kommen hierauf noch des Näheren zurück.

Kattowitz, 14. August. Geprügelte Streikposten. Am Dienstag, den 7. d. M. wurde am Bahnhofbau in Kattowitz der Maurer Franz Schmehl vom Bauführer des gesperrten Baues mit seinem Stock derart geschlagen, daß Schmehl an 2 Stellen stark blutete. Außerdem ist Schmehl auch noch vom Polier Hanf mit einem eisernen Winkel geschlagen worden. Schmehl hat Streikposten gestanden und ist, ohne mit einem Arbeitswilligen gesprochen zu haben, von diesen beiden einfach überfallen und geprügelt worden. Ein Polizeibeamter hat dem Bauführer den Stock aus den Händen gerungen. Nach anderen Streikposten hat der Polier mit Ziegelsteinen geworfen. Bis jetzt hat die Behörde irgendwelche Stellung gegen die beiden nicht genommen, unsere Streikposten dagegen sind ohne weiteres immer verhaftet worden. Einmal wurde der Maurer Wittek sogar auf Befehl des Bauführers ohne allen Grund von einem Polizeibeamten verhaftet.

Schönlanke, 14. August. Krankenkassen-Vorstandswahl. Da am 27. Juli die Generalversammlung aufgelöst und die Wahl der Ersatzdelegierten für ungiltig erklärt wurde, fand am Donnerstag, den 9. August, eine zweite Versammlung statt. Es war eine rege Agitation von den freien Gewerkschaften wie „christlich-nationalen" Gegnern für die Versammlung entfaltet worden. In der 1. Klasse erhielt der christlich-nationale Kandidat Paschke 108 und unser Genosse Lange 104 Stimmen. In der 3. Klasse siegten unsere Kandidaten Heidwig, Albrecht, Anna Holz und Emilie Sehrke mit 24 Stimmen gegen die christlich-nationalen Kandidaten, welche 44 — ungiltige Stimmen erhielten. Weil die Blauen das Statut nicht kannten, sind sie um ihre Mandate gekommen. Die Wählerlisten haben deren aber nicht zu weinen, denn was wären es wohl später für „Vorstandsmitglieder" gewesen, die nicht einmal wußten, wozu die Kasse da ist. In der 2. Klasse erhielt unsere Kandidatin Marie Manske 8 Stimmen und die vereinigten Gegner 1 Stimme, welche ebenfalls für ungiltig erklärt wurde.

Gegen die Wahl des Paschke ist Protest erhoben worden, weil verschiedene Mitglieder nicht auf der Liste waren und deshalb nicht wählen konnten, obwohl sie schon lange Mitglieder der ersten Klasse sind.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Eine Hoteliersfrau aus **Steinau** reiste mit ihrem Ehemanne und der Tochter in ein schlesisches Bad. Auf der Bahnfahrt Breslau-Ingramsdorf erkrankte die Frau plötzlich, so daß man ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen wollte. Als dies in Saarau geschehen sollte, war die Frau bereits verschieden. Der Arzt konnte nur noch den durch Schlagfluß eingetretenen Tod feststellen. — Am Sonnabend gerieten in **Bernsdorf** u. K. mehrere beim Bau des Zacken-Stauweihers beschäftigte ausländische Arbeiter in Streit. Dabei wurde der aus Gitschin in Böhmen stammende Arbeiter Stranski von einem Gegner durch einen Messerstich in die Lunge auf der Stelle getötet. Am Sonntag Morgen wurde der Täter verhaftet. — Der Schlosserei-Werkmeister Körtel aus **Freiburg** wurde auf der Strecke Nieder-Salzbrunn—Freiburg unterhalb Liebichau durch den Sonntags-Sonderzug getötet. Körtel befand sich mit einigen Kollegen auf dem Heimwege von Liebichau; er war etwas zurückgeblieben, hat dann, wahrscheinlich durch die Streckenlichter irregeführt, den Weg verfehlt und ist übereine Weiche auf den Bahnkörper geraten. — Bei der Trichinenuntersuchung auf Nebenzollamt an der Przemsabrücke bei **Myslowitz** wurden in 15 Kilogramm Schweinefleisch, das durch elf verschiedene Personen aus Rußland eingeführt wurde, Trichinen in großer Menge vorgefunden. Das Fleisch wurde beschlagnahmt und im Schlachthause verbrannt. — Der zwanzig Jahre alte Grubenarbeiter Swierczyna aus Chropaczow wurde auf der 230 Meter-Sohle der Schiefengrube bei **Beuthen O.-S.** von dem 18jährigen Grubenarbeiter Gersock mit einem Messer in die Herzgegend gestochen. Der Verletzte brach bewußtlos zusammen und wurde in das Knappschaftslazarett zu Königshütte überführt. Der Täter wurde verhaftet. — Ein blutiges Ehedrama spielte sich auf der Galdastraße in **Z.-Bergs-Nord** ab. Gegen viereinhalb Uhr früh hörten die Einwohner des Hauses Nummer 1 in der Wohnung des Arbeiters Wiedera ein jämmerliches Schreien. Als sie die Wohnung betraten, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick dar. Mit gespaltenem Schädel lag die Ehefrau in einer Blutlache und gab nur geringe Lebenszeichen von sich. Auf dem Bett befand sich ein mit Blut besudeltes Rundeisen mit dem der Ehemann die Frau im Schlafe geschlagen hatte. Auf Anordnung eines Arztes wurde die Frau in das Knappschaftslazarett gebracht, wo sie die Besinnung noch nicht wiedererlangt hat. Die Aerzte haben die Frau aufgegeben. Der Mann wurde verhaftet und die Kinder dem Waisenhause übergeben. — Dem Arbeiter Napiralla aus **Popowo-Kolonie** (Posen) wurde von einer Dreschmaschine der Zeigefinger der rechten Hand abgeschnitten.

Sommer-Theater.

„In der Höhle des Löwen". Schwank in drei Akten von Maurice Hennequin und Paul Bilhaud. Nach dem englischen Vorbilde kommen wieder einmal Franzosen zum Wort. Wer, dem die Theaterliteratur der letzten Jahre nicht ganz unvertraut ist, kennt nicht die Doppelfirma Hennequin und Bilhaud? Ein bißchen Ehebruch, in dem die Frauen den Männern und diese den Frauen den Rang ablaufen, allerhand tolle Verwechselungen, geistreiche, aber nichts weniger als zweideutige Wortspiele, allerhand Pikanterien mit der obligaten Entkleidungsszene, dies alles um eine ebensowenig neue wie besonders pointierte Fabel herum garniert, das ist auch der Hennequin-Bilhaud'sche Schwank „In der Höhle des Löwen", der unzweifelhaft mehr geeignet ist, uns einen harmlos amüsanten Abend zu bereiten, als dies bei den Erlebnissen der englischen Ueberdetektiven der Fall ist, namentlich wie Gesamt- und Einzelspiel, von einigen Einzelheiten abgesehen, ein so flottes, von Uebertreibungen nach Möglichkeit sich freihaltendes ist, wie das der Ziegel'schen Sommertruppe. gk.

Neueste Nachrichten.

Gegen die Eisenbahn„räuber".

Aus Kiew wird gemeldet: Vom 14. August ab wird in den Postzügen der Südwestbahnen hinter den Postwagen ein eigens instand gesetzter Wagen mit einem Militärkommando laufen, in dem sämtliche Geldsendungen verwahrt werden. — Die Revolutionäre werden auch das zu überwinden wissen, und außerdem steht ja noch gar nicht fest, ob sich nicht die Soldaten an der Herbeischaffung der Munition für die Revolution aktiv beteiligen.

Die fällige Zugentgleisung. Gestern Abend 9 Uhr 11 Minuten entgleiste der Personenzug 569 in der Einfahrtsweiche auf Bahnhof Nieder-Altwilmsdorf (in der Grafschaft) mit vier Wagen infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche. Zwei Personen wurden leicht verletzt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Strecke ist seit heut früh 5 Uhr wieder befahrbar.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 14. August.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	19	SO 2	0	24	11	klar
Beuthen OS.	15	SO 2	0	23	12	klar
Habelschwerdt	14	SO 1	0	24	10	heiter
Schneekoppe	10	S 8	0	12	6	heiter
Görlitz	17	still	0	23	12	halbbedeckt
Ostrowo	17	S 3	0	22	13	heiter

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

13. und 14. August.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . .	+ 21,9	+ 18,3	+ 15,6
Luftdruck bei 0° (mm)	750,2	750,3	750,6
Dunstdruck (mm) . .	7,9	10,3	10,2
Dunstsättigung (pCt.)	41	65	77
Wind (0—12) . . .	NO 2	O 3	SO 3
Wetter	zieml. heiter	heiter	heiter

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 13. August.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	17.80	17.40	17.30	17.00	16.90	16.70
Weizen, gelber	17.70	17.30	17.20	16.90	16.80	15.60
Roggen	14.50	13.90	13.80	13.60	13.50	13.30
Braugerste	15.00	14.60	14.50	14.00	—.—	—.—
Gerste	13.50	13.10	13.00	12.60	12.50	12.00
Hafer, alter	17.80	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Hafer, neuer	15.00	14.60	14.50	14.30	14.20	13.80
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.30	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.
Winterraps 23.90—24.40—23.50 Mk.

Naumann.

Die Zeit, da Friedrich Naumann als ein gefährlicher Gegner der Sozialdemokratie galt, ist längst vorbei. Der Traum der Nationalsozialen, die Sozialdemokratie „ablösen“ zu können, ist ausgeträumt; mit ihm schwand auch das Wohlwollen, mit dem weite bürgerliche Kreise die Arbeit des streitbaren Frankfurter Pastors und seiner Kameraden anfangs begrüßt hatten. Ein kleiner Bruchteil der kleinen Gruppe entwickelte sich folgerichtig zur sozialdemokratischen Weltauffassung; ein anderer, der vom „Nationalen“ nicht los konnte, aber doch zu viel Ehrlichkeit besaß, um den Weg zu Max Lorenz zu gehen, schloß sich der Freisinnigen Vereinigung und in dieser der Gruppe Barth an. Zu dem letzteren gehört auch Naumann. Man kann nicht sagen, daß sein Weg weiter nach links gegangen sei; er hat sich früher viel eher „proletarisch“ und „sozialistisch“ gegeben, als er es jetzt, als Mitglied einer ausgesprochen bürgerlichen und liberalen Partei tut. Trotzdem werden gerade jetzt gegen ihn und Barth alle Hunde losgelassen, denn da er seine Rolle als Retter vor der Sozialdemokratie ausgespielt hat, sieht man in ihm nur mehr den Helfer der Sozialdemokratie. Als man ihn noch für einen demagogischen Betrüger hielt, der mit radikalem Phrasenleim rote Vögel fangen wollte, war er wohlgefällig; jetzt, da er sich sein bischen Radikalismus bewahren will, wo doch die Komödie — wäre sie ihm bloß eine Komödie gewesen — zu Ende sein müßte, ist er der Feind.

Der Verein deutscher Studenten hat kürzlich in Bezug auf Naumanns Zugehörigkeit als alten Herrn entschieden, daß eine öffentliche Stellungnahme für die Sozialdemokratie mit seinen nationalen Grundsätzen unvereinbar sei. Dieser Beschluß, der noch nicht einmal ein Ausschluß ist, hat in der bürgerlichen Presse mehr Staub aufgewirbelt, als es seiner eigentlichen Bedeutung entspricht. Durch das laute Geschrei herausgefordert, hat der Angegriffene ein politisches Bekenntnis veröffentlicht, in welchem er sich als radikaler Imperialist zu erkennen gibt. Weltpolitisches Hunnentum und demokratische Gesinnung mischen sich seltsam in diesem Kopfe. Naumann glaubt an eine nationale Zukunft Deutschlands, obwohl die Weltgeschichte heute angelsächsisch ist, und obwohl in Deutschland der politische Glauben an die Zukunftsaufgaben der Deutschen ziemlich schwach ist. Aber er ist immerhin klug genug, zu erkennen, daß das Gerede von Deutschland, das in der Welt voran ist, albern anmaßliches Geschwätz ist, solange das Hunnentum im Innern regiert, solange wir im Zeichen der schutzzöllnerischen Lebensmittelverteuerung, der Dreiklassenschmach, des Polizeiregiments und der Hungerlöhne stehen. Darum verlangt er den Bruch des bestehenden Zollsystems, die Herstellung voller staatsbürgerlicher Gleichheit auch der arbeitenden Klassen, um schließlich zu erklären:

„In meinen Augen ist der Kampf um Besserstellung der arbeitenden Klassen eine nationale Tat, mag er geführt werden, von wem er wolle, da in der wirtschaftlichen Konkurrenz schließlich das Volk siegt, das die qualitativ höchste Arbeiterschaft in sich schließt.“

Daß Naumann durch seine Erklärung, die Arbeit der Sozialdemokratie sei eine nationale Tat, seine Stellung gegenüber dem antisemitischen Studentenverein verbessert habe, ist kaum anzunehmen. In seinen Büchern über Kaisertum und Demokratie und Neudeutsche Wirtschaftspolitik hat er sich freilich ähnlich ausgesprochen; jetzt aber liegt eine kurze Proklamation vor, die seinen politischen Lieblingsgedanken in gedrängter Kürze zusammenfaßt und die nicht verfehlen wird, auf etwas nachdenkliche Köpfe einigen Eindruck zu machen. Das Heiligtum der patriotischen Phrase ist in Gefahr geraten! Wenn der Dummheit und der Niedertracht die „nationale“ Decke weggezogen wird, was bleibt ihr übrig, ihre Blöße zu verhüllen? Die Nordd. Allgem. Ztg. bemerkt auch, daß hier ein Versuch gefährlicher Geschäftsstörung vorliegt, und eilt, ihm den Weg zu sperren. Sie schreibt:

„Gewiß ist ihm (Naumann) ohne weiteres der gute Glaube zuzubilligen, das Bewußtsein, ein national denkender Mann zu sein. . . . Aber dieses Bewußtsein gründet sich doch lediglich auf eine starke Verwirrung objektiver Begriffe, auf die verderbliche Sucht, bestimmten festgeprägten Parteibezeichnungen einen vagen, schillernden, unfaßbar-subjektiven Sinn unterzuschieben und zum Beispiel die Sozialdemokratie mit der deutschen Arbeiterbewegung geradezu zu identifizieren, unter Beiseitesetzung zum Beispiel gerade der nationalen und christlichen Gegenbewegung. . . . Naumann sträubt sich nach wie vor, die Sozialdemokratie in ihrer konkret-aktuellen Eigenart zu erfassen, er sieht sie durch eine rosa gefärbte Brille an, indem er ihre kulturelle Bedeutung überschätzt usw.“

Wenn das Blatt der preußischen Regierung die kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie von Naumann nun „überschätzt“ findet, so scheint es fast, als ob es auf dem Wege sei, die kulturelle Bedeutung der Sozialdemokratie ist der Hauptsache anzuerkennen; das ist eine Unvorsichtigkeit des Ausdruckes, die die „Kreuzzeitungs“-ritter und „Post“männer in helle Wut versetzen wird. Was aber die Stelle von der „nationalen und christlichen“ Gegenbewegung betrifft, so mag Herr Naumann schmerzlich gelächelt haben, als er sie las. Die „nationale und christliche Gegenbewegung“ — das war er ja selber, einst im Mai! Und die Männer der „nationalen und christlichen Gegenbewegung, die wird man, wenn auch ihr antisozialdemokratischer Spuk vorbei ist, genau ebenso als räudige Schafe behandeln, wie jetzt ihn! Jetzt erlaubt man ihnen noch, vom Koalitionsrecht der Landarbeiter und von der Notwendigkeit der Wahlrechtsgleichheit zu reden — der radikale Phrasenleim! — aber wenn sie keine Beute machen, oder wenn es sich gar herausstellt, daß sie ihre Forderungen, die bloße Leimspindeln sein sollen, selbst ernst nehmen, dann wird auch über sie die nationale Acht und der christliche Bann verhängt werden. In diesem dumpfen versauerten preußisch-deutschen Polizeiland ist bald jeder ein „Vaterlandsfeind“, der einen Atemzug aus frischer Luft schöpfen will. Sich in solchem Lande, wie Naumann, gar noch als „Patriot“ zu fühlen, ist fürwahr ein schmerzliches Schicksal.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

N. Leipzig, den 14. August 1906.

Sechster Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Debatte über die Landarbeiterfrage. Für die Gründung einer Extra-Organisation für die Landarbeiter sprechen Großmann, Steimer und Bruns. Durch Schlußantrag wird die Debatte beendet. Im Schlußwort betont Kollegin Zietz, daß weder der Korreferent, noch die Debatte sie eines besseren belehrt habe und sie den Verbandstag um Annahme der Resolution ersuche. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution der Kollegin Zietz:

„Um eine intensivere und planmäßigere Agitation zum Zwecke der Organisation unter den Landarbeitern zu ermöglichen, erfolgt die Anstellung von Kollegen, die mit den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnissen der Landarbeiter vertraut sind. Die mündliche Agitation dieser Kollegen wird unterstützt durch eine entsprechend schriftliche: durch Flugblätter und durch die Schaffung einer ständigen Beilage für den „Proletarier“. Diese Beilage hat die Kritik der wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch der rechtlichen Verhältnisse der Landarbeiter zu bringen, gleichzeitig aber auch ihnen ein Ratgeber und Wegweiser zu sein.

Die anzustellenden Kollegen haben Material zu sammeln, dazu gehört: Statistiken über die Lohnverhältnisse, Feststellung der üblichen Arbeitszeiten, Erhebungen über Frauen- und Kinderarbeit, Sammlung von Kontrakten, von Berichten über Gerichtsverhandlungen und gefällte Urteile, von Material über die „Wohnungen“ und Unterkunftsräume, sowie von Material über die Behandlung.

Der Verbandstag gibt der Erwartung Ausdruck, daß mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit und Bedeutung, welche die Lösung der Landarbeiterfrage nicht nur für diese, sondern für die Gesamtarbeiter-Bewegung hat, die Generalkommission diesem Unternehmen die weitgehendste finanzielle und moralische Unterstützung gewährt.“

Zum Punkte **Maifeier** macht Kollege Brey einige einleitende Ausführungen, wobei derselbe betont, daß der Vorstand in der Arbeitsruhe die würdigste Feier derselben erblickt, daß der Vorstand dieselbe allen Kollegen, die ohne Schädigung in ihrem Arbeits-Verhältnis feiern können, dringend empfiehlt. Bis jetzt habe der Vorstand mit Recht die Unterstützung verweigert, derselbe sei aber der Meinung, daß dies auf die Dauer nicht gehe, nur möchte Redner vor Annahme der Anträge, nach denen vom ersten Tage an Unterstützung gezahlt werden soll, warnen, da die Maifeier Dimensionen annehmen könne, die die ganze weitere Aktion des Verbandes lahm lege. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Unterstützung der Maiopfer nach der Erwerbslosen-Unterstützung geregelt werden müsse.

Die Debatte gestaltet sich recht interessant. Ein frischer Ton, der aus der Debatte klingt, beweist, daß auch der Fabrikarbeiter-Verband in der Arbeitsruhe am 1. Mai die vornehmste Feier und eine wirksame Demonstration zur Verkürzung der Arbeitszeit erblickt. Durch Schlußantrag wird die Debatte geschlossen. Der folgende Antrag Harburg und Wilhelmsburg wird angenommen:

„Der Verbandstag wolle es allen Verwaltungsstellen zur Pflicht machen, für die Arbeitsruhe am 1. Mai unter folgenden Grundsätzen einzutreten: In Fabriken, in welchen nach Art und Natur derselben eine andere Organisation Hauptfaktor ist, haben sich unsere dort als Hilfsarbeiter tätigen Kollegen den Beschlüssen der betreffenden Organisation zu fügen. In Fabriken, wo die Fabrikarbeiter ausschlaggebend sind, müssen zwei Drittel mindestens ein Vierteljahr organisiert sein und mit Vierfünftel-Mehrheit beschließen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Werden die Kollegen ausgesperrt, so tritt der § 12 des Streik-Reglements in Kraft.“

Arbeiter! Parteigenossen!

Ohne Steuern kein Stadtverordnetenwahlrecht!

Wer für die Monate April bis Juni 1906 noch keine Steuern gezahlt hat, aber **jährlich mehr als 660 Mark an Lohn verdient** — also wöchentlich etwa 13 Mark — muß selbst dem Magistrat sofort mitteilen, daß er Steuern zahlen will. Anträge auf Besteuerung und Erwerbung der preußischen Staatsangehörigkeit werden im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Etage, unentgeltlich angefertigt.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Frau in anthropologischer Bedeutung. Während die gröberen anthropologischen Unterscheidungsmerkmale zwischen Mann und Frau jedem ohne weiteres in die Augen springen, gibt es eine große Anzahl weiterer anatomischer Kennzeichen für die beiden Geschlechter, die nicht ohne weiteres wahrzunehmen sind, die erst durch eingehende Wägungen und Messungen festgestellt werden mußten. Derartige Untersuchungen sind gerade auch für unsere Zeit von erhöhterem sozialen Interesse, wo der Kampf um die Rechte der Frauen immer energischer einsetzt und wo es gilt, durch Feststellung der körperlichen Verhältnisse der Frau nachzuweisen, wie weit sie den einzelnen Berufsarten gegenüber ihrem männlichen Mitbewerber gewachsen ist. Treffend schildert die Frau in anthropologischer Hinsicht der Anatom Professor Schulze in Würzburg in seinem kürzlich erschienenen Buche „Die Frau in anthropologischer Betrachtung“ (Würzburg, Stuber). Wir ersehen daraus neben vielen schon bekannten manche neuen und wertvollen Details, welche sich auf den Bau des weiblichen Körpers, seine Gestalt, den Kopf und die inneren Organe beziehen. Was die plastischen Baumittel anlangt, so ist das Knochenskelett bei der Frau kleiner und schwächer wie beim Manne, auch die Muskulatur ist weicher und schwächer entwickelt, dagegen ist ihr Fettreichtum größer wie beim Mann auf Kosten eben dieser Muskelentwickelung und es erscheinen infolge dieses die Körperformen der Frau mehr rund und voll, die des Mannes mehr eckig. Die Haut der Frau ist dünner und durchsichtiger wie die des Mannes und hat infolge des Durchscheinens der Blutgefäße ein mehr rosiges Aussehen, sie ist gering behaart und die Nägel sind schwächer. Ihre Gestalt ist kleiner, der Rumpf relativ länger, die Beine relativ kürzer, der Kopf dagegen relativ groß. Schädel und Gesicht sind kleiner wie beim Manne, ebenso ist das Gehirn leichter und kleiner. Der Kehlkopf ist bedeutend kleiner, die Stimme höher. Kleiner sind auch Herz, Lunge und Leber wie beim Manne. In seiner ganzen Entwickelung steht das Weib dem Kinde näher als der Mann. Auf diesen anatomischen Unterscheidungsmerkmalen beruht nun auch der Gegensatz zwischen beiden Geschlechtern in physiologischer, ästhetischer, physischer und intellektueller Hinsicht. Auf der geringen Entwickelung des Knochen- und Muskelsystems beruht naturgemäß die geringere Körperkraft des Weibes, das geringere Hirngewicht wird von manchen Seiten mit der Ausbildung der geistigen Fähigkeiten in Zusammenhang gebracht. Weniger bekannt dagegen ist, wie auch die sogenannte Schönheit der Frau durchaus auf anatomischer Grundlage beruht. Wir haben schon hervorgehoben, wie die reichlichere Ausbildung des Hautfettes bei dem Weibe neben der geringeren Entwickelung der Muskulatur die Ursache der abgerundeteren und weicheren Formen des weiblichen Körpers gegenüber dem männlichen ist, wie der rosige Teint auf der zarteren Haut auf dem Durchscheinen der Blutgefäße beruht. In Folge der kleineren Gestalt ist die Figur der Frau zierlicher wie die des Mannes. Die Körperschönheit des Weibes beruht nun noch vor allem auf dem Bau des Schädels und der Entwickelung des Gesichts. Der Schädel des Weibes nimmt eine Zwischenstellung zwischen dem des Mannes und dem des Kindes ein. Nach Schulze ist das kleine Gesicht des Weibes infantil, das relativ größere des Mannes ist tierischer. Das Gesicht der Frau ist schmäler und niedriger wie das des Mannes. Ihre Augen sind nicht größer wie die des Mannes, sondern sie scheinen nur größer, der Blick ist freundlicher und gewinnender, vor allem durch das fehlende Ueberhängen der Augenbrauenbögen. Was die Schönheit des weiblichen Kopfes bildet: die steilere Stirn, das freier liegende Auge, die Kleinheit des Unterkiefers, die kleinere Nase, der kleine Mund und die schmäleren Lippen sind Erinnerungen an den kindlichen Gesichtsbau. Das Kindlichere des Weibes ist aber nach Professor Schulze sein Typus, das was schön und herzgewinnend an ihm ist.

Aus aller Welt.

Alkohol und Schlaf. Die Tiefe des Schlafes wird durch mäßigen Alkoholgenuß bedeutend herabgesetzt. Hiernach muß es verkehrt erscheinen, wenn die Aerzte ihren Patienten und Rekonvaleszenten „zur Stärkung“ Wein verordnen; sie berauben dieselben damit des wirksamsten Mittels zur Wiedererlangung der Kräfte — des erquickenden Schlafes. (Bunge, Physiologie des Menschen, Band 1, 248.)

Weiblicher Heldenmut. Aus London wird geschrieben: Unter den Beispielen weiblichen Heldenmuts, von denen jetzt die englischen Blätter berichten, steht obenan die edle Tat des siebzehn Jahre alten Dienstmädchens, das mit drei Kindern im oberen Stockwerk eines Hauses schlief, als im Erdgeschoß Feuer ausbrach. Vater und Mutter der Kinder retteten sich durch einen Sprung auf die Straße, wo sie unverletzt ankamen. Das aus dem Schlafe aufgeweckte Dienstmädchen trug die zwei jungen Kinder durch den Qualm auf die Straße hinab und eilte dann zur Rettung des älteren die zwei bereits brennenden Treppen hinauf. Mit dem letzten Kind in den Armen erreichte die Wackere die Straße, aber die Kleider waren ihr am Körper verbrannt. Unter fürchterlichen Schmerzen ist sie im Spital gestorben, glücklich im Bewußtsein, daß die Kinder, die sie vor dem Tod befuchten, heil waren. — Vorige Woche stürzte ein Knäblein vor den Augen der Mutter in den vom Sturzregen angeschwollenen Bach, dessen Wellen es fortrissen. Die Mutter rannte das Ufer entlang wohl hundert Meter, bis sie in den Bach springen und das Kind ergreifen konnte, das nach zwei Stunden wieder atmete. — Der dritte Fall ist der einer anderen Mutter, deren Knabe mit der Türfalle eines Eisenbahnwagens spielte. Der Luftzug eines vorüberfahrenden Zuges riß die Tür auf, und der Knabe fiel hinaus auf die Schienen. Als man dem Schienenweg nachging, fand man den Knaben, dem ein Bein abgefahren war. Der Mutter, die nachgesprungen war, um den Knaben zu retten, hat der Zug beide Beine abgerissen; sie ist gestorben. Der Knabe wird genesen.

Von der Hitzewelle. Während in den letzten Tagen aus England und Nordamerika über furchtbare Hitze zu melden war, ist jetzt mitzuteilen, daß Bosnien und die Herzegowina von einer ebenso furchtbaren Hitze heimgesucht wurden. In Sarajewo herrscht eine entsetzliche, nur von spärlichen Gewittern unterbrochene Hitze. Während das Thermometer im Schatten 32 Grad Reaumur verzeichnet, schwitzt man unter der Sonne bei einer Temperatur von 41 Grad Reaumur. Die Miljacka ist nahezu versiegt und der Verbrauch des Quellleitungswassers steht unter strenger Kontrolle. Die die Straße säumenden Gebüsche und Bäume sind derart von dem weißen, kalkhaltigen Staube überzogen, daß man glauben könnte, sie stünden unter tiefem Schnee. Noch fürchterlicher ist die Hitze in Mostar und Stolac, deren Bezirke mit Recht den Namen des „österreichischen Algier“ führen. In Stolac erreichte die Temperatur eine Höhe von 39 Grad Reaumur im Schatten und 52 Grad Reaumur in der Sonne. Ein Hühnerei, welches am genannten Tage dort auf einer Steinplatte der direkten Einwirkung der Sonnenstrahlen ausgesetzt wurde, war binnen einer Zeit von 29 Minuten buchstäblich hartgekocht.

Kleine Chronik. Der in **Wien** zu Besuch weilende 58jährige Domkapitular Prinz Philipp von Arenberg aus Eichstädt in Bayern ist während einer Droschkenfahrt unter noch nicht aufgeklärten Umständen gestorben. — Das Spielen mit einem Revolver führte den Tod des 14jährigen Sohnes des Gemüsehändlers Liebschacht in **Berlin** herbei. Die Kugel war dem Knaben in den Unterleib gedrungen. — Von Seeräubern überfallen wurde ein englisches Dampfboot in der Nähe von **Wuchow**. Ein Mann wurde getötet und drei verwundet. Die Räuber entkamen mit 500 Taels und einer Kiste Opium. Von hereinstürzenden Erdmassen verschüttet und sofort getötet wurden in einem Steinbruch bei **Schwarzenbach am Wald** drei Arbeiter. — In **Groß-Lichterfelde** kam, als am Sonntag die Insassen einer Erziehungsanstalt für verwahrloste Mädchen zur Kirche geführt wurden, eine mit vier Personen besetzte Automobildroschke heran und entführte eines der Mädchen. Die entführende Person stürzte dabei hin und wurde fistiert. Sie entpuppte sich als die Mutter des Mädchens, die Männerkleidung angelegt hatte. Die Droschke war inzwischen verschwunden.

Die Bestimmungen über den Beginn der Unterstützung bei Maßregelungen haben nur Giltigkeit, für Betriebe, welche hauptsächlich für unsere Organisation in Frage kommen, in anderen Betrieben gelten die Bestimmungen der hier in Betracht kommenden Betriebe.

Die gewählte Kommission schlägt folgende Streikunterstützung vor:

Die Streikunterstützung beträgt bei einer Beitragsleistung von über 52 Wch. für männl. Mitgl. 12.— Mk. für weibl. 8.— Mk. p. Wch.
„ 27—52 „ „ „ „ „ 11.— „ „ 7.— „ „ „
„ 13—27 „ „ „ „ „ 10.— „ „ 6.— „ „ „

Des weiteren für jedes Kind 1 Mark pro Woche mehr, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied der Alleinernährer der Kinder ist.

Ledige männliche Mitglieder erhalten 1 Mark pro Woche weniger.

Die Streikunterstützung darf jedoch die Höhe des bis vor dem Streik gehabten Wochenverdienstes nicht übersteigen.

Dieselbe gelangt zur Annahme.

Der Verbandstag tritt dann in die Beratung aller Anträge, die zum Verbandsorgan „Proletarier" gestellt sind, ein. Bruns-Berlin eröffnet dieselbe und befürwortet das achtseitige Erscheinen sowie die Extra-Anstellung eines Redakteurs. Brey gibt bekannt, daß der Vorstand ohne weiteres diesen Anträgen zustimme. Es wird demgemäß beschlossen. Der Posten des Redakteurs soll im „Proletarier" ausgeschrieben und die Auswahl dem Vorstand und dem Ausschuß überlassen werden.

Von den allgemeinen Anträgen gelangt der Antrag Göppingen zur Annahme, der besagt, daß Gauleiter nicht als Delegierte, sondern als Beamte auf dem Verbandstage vertreten sein sollen.

Auf Antrag werden die Diäten in Anbetracht der verteuerten Lebensmittel für die Delegierten zum Verbandstage um 2 Mark täglich erhöht.

Die Gaukonferenzen sind alle zwei Jahre nach Stattfinden des Verbandstages abzuhalten.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Hannover, der Sitz des Ausschusses bleibt in Offenbach.

Der nächste Verbandstag soll in München stattfinden.

Für die Kommission, die zur Vorberatung der Gehaltsregulierung gewählt ist, erstattet Lementzow Bericht; derselbe empfiehlt folgende Gehaltsskala:

Das Grundgehalt des Vorstandes beträgt 2000 Mark, steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk., das Grundgehalt der Gauleiter und Bureaugangestellten 1800 M., steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 2400 Mark, das Grundgehalt der Hilfskassierer 1800 Mark, steigend um jährlich 50 Mark bis zum Höchstgehalt von 2000 Mark. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält für seine Tätigkeit pro Jahr eine Entschädigung von 25 Mark, die Mitglieder des Ausschusses erhalten für die Sitzungen, an denen sie teilnehmen, 1 Mark Entschädigung. Tagegelder werden gewährt für den Tag 4 Mk., bei Uebernachten 8 Mark. Referenten erhalten pro Tag eine Entschädigung von 10 Mark.

Durch namentliche Abstimmung wird die vorgelegte Gehaltsskala mit 48 gegen 40 Stimmen angenommen; 12 Delegierte haben sich der Abstimmung enthalten.

Der Diätensatz für Lokalbeamte wird auf 9 Mark pro Tag festgesetzt. Auf Antrag und nach eingehender Begründung wird beschlossen, den Vorstand um zwei besoldete und zwei unbesoldete Mitglieder zu verstärken. Als Vorsitzende für den Vorstand werden Brey und Sack wiedergewählt. Als Kassierer wird Bruns wieder- und Niemeyer, der bisher als Hilfsarbeiter tätig war, neugewählt. Als Sekretär wird per Stimmzettel mit 58 Stimmen Lementzow-Hamburg gewählt.

Die gefaßten Beschlüsse treten mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft.

Damit sind die Arbeiten des 8. Verbandstages erledigt; nach einem kurzen Schlußresümee des Vorsitzenden erfolgt Schluß des Verbandstages.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. August.

Das Sparsystem auf den preußischen Eisenbahnen.

Auf der Schweidnitzer Talbahn, der zwischen Charlottenbrunn und Schweidnitz verkehrenden Sekundärbahn, herrscht an den Sonntagsfahrten ein so starker Verkehr, daß es den zwei jeden Zug begleitenden Schaffnern nicht möglich ist, die Fahrkarten während der kurzen Pausen auf den Haltestellen zu knipsen. Da nun eine Bahnsteigsperre auf diesen Nebenbahnen nicht vorhanden ist, so bleibt den Schaffnern nichts übrig, als während der Fahrt, während der Zug mit dreißig und mehr Kilometer Geschwindigkeit an steilen, tiefen Abhängen vorübereilt, auf den Tritbrettern am Zug entlang zu laufen und durch die Fenster die Fahrkarten zu kontrollieren. Dabei müssen sie sich mit der einen Hand an dem Metallgriff festklammern, um die andere zum Knipsen frei zu haben. Oft müssen sie erst noch die Wagentür öffnen und das Fenster von innen herablassen.

Daß diese Handhabung des Kontrollbetriebes die schwersten Gefahren für das Personal in sich birgt, ist der Bahnbehörde sehr wohl bekannt, denn aus diesem Grunde vor allem hat man ja seiner Zeit die Bahnsteigsperre eingeführt. Trotzdem hat sich der alte Modus offenbar noch erhalten.

Wir fragen bei der Königlichen Eisenbahndirektion in Breslau hiermit öffentlich an, ob das Knipsen der Fahrkarten während der Fahrt auf der Schweidnitzer Talbahn mit ihrem Wissen und Willen geschieht. Von dem Stationsbeamten in Tannhausen wurde uns der Bescheid, daß die Behörde hiervon Wissen habe. Sollte dies der Fall sein, dann müssen wir erneut fordern, daß mit dem Sparsystem — denn darauf läuft es im letzteren Grunde hinaus — unter allen Umständen endlich einmal gebrochen wird.

---

* **Erleichterung für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben.** Für Postsendungen gegen die ermäßigte Taxe insbesondere für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden jetzt eine Reihe von Erleichterungen mitgeteilt, die der Weltpostkongreß in Rom beschlossen hat und die also im nächsten Jahre in Welt- und damit ohne Zweifel auch im inländischen Verkehr eingeführt werden. Glückwünsche usw. konnten bisher in höchstens fünf Worten oder Buchstaben handschriftlich lediglich auf Visitenkarten bei Versendung als Drucksache angegeben werden. Diese Vergünstigung wird auch auf die Weihnachts- und Neujahrskarten ausgedehnt. In den Anzeigen über die Abfahrt von Schiffen kann künftig außer der Abgangs- und Ankunftszeit auch der Name des Schiffes auf Drucksachen angegeben werden. Karten mit der Bezeichnung Postkarte, auch in anderer Sprache, werden künftig gegen die Drucksachentaxe befördert, wenn sie sonst den Bedingungen für Drucksachen entsprechen. Als Geschäftspapiere können künftig auch unverschlossene Briefe und Postkarten älteren Datums verschickt werden, die ihren ursprünglichen Zweck erfüllt haben, ebenso auch unfrankierte Schülerarbeiten. Besonders wertvoll ist, daß künftig einzelne Schlüssel als Warenproben verschickt werden können. Als solche werden auch zugelassen abgeschnittene frische Blumen, sowie Tuben mit Serum sowie pathologische Gegenstände, sofern ihre Zubereitung und Verpackung Gefahren für die Postbeamten ausschließt. Die Zulassung von Klischees als Warenproben ist von der Mehrheit des Postkongresses abgelehnt worden. Bei den Warenproben, die Gegenstände aus Glas enthalten, ist aber eine andere Verpackung als Döschen von Holz oder Metall nicht mehr zulässig.

* **Einen kostenfreien brieflichen Unterricht in Stenographie** erteilt die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Adolf-Stenographen-Bundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den brieflichen Unterricht nach genauer Anleitung, schriftlich und kostenfreier Durchsicht Ihrer Arbeit durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialien erwachsen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35, zu richten.

Aus Schlesien und Posen.

Aus der schlesischen Industrie.

Dieser Tage weilte der gegenwärtige Besitzer des seit über 30 Jahren ruhenden Bergwerks in Kolbnitz bei Jauer mit einem Interessenten dort, um sich über dieses zu informieren. Früher wurden Eisen-, Kupfer- und Silbererze in ziemlicher Menge gefördert und dann nach Aufgabe des Betriebes der Förderschacht verschüttet und die dazu gehörigen Gebäude auf Abbruch verkauft. Die Aussagen der noch im Orte lebenden früheren Bergleute, bei denen sich der frühere Waschinstl befand, lauteten für eine Wiederaufnahme des Betriebes günstig. Um jedoch noch genaue Aufschlüsse über den Erzgehalt des Bereiches zu erhalten, werden in diesen Tagen größere Quantitäten des Gesteins zur Untersuchung nach Breslau verladen werden. Sollte sich dabei das erhoffte günstige Resultat ergeben, so kann ein Teil des an Industrie armen Kreises Jauer einem neuen lebhaften Aufschwung entgegensehen. — Nachdem die in letzter Zeit auf den Gemarkungen von Ober-Wüstegiersdorf, Rudolfswaldau Königswalde, Beutengrund und in den dazu gehörigen Forsten vorgenommenen Bohrungen nach Steinkohle von guten Erfolgen begleitet waren, ist dem Bergwerksbesitzer Dr. Linnartz aus Jouhaux-Arches bei Metz ein den genannten Gemeinden angehöriges Areal von 2,188,997 Quadratmeter als Bergwerkseigentum unter dem Namen „Lothringen" verliehen worden. Zugleich wurde ihm ein anderes Areal von 2,188,991 Quadratmeter aus den Guts- und Forstbezirken von Ober-Wüstegiersdorf, Beutengrund, Königswalde und Ludwigsdorf unter dem Namen „Elsaß" aufs Bergwerkseigentum verliehen. Das Ausbeuterecht ist aber nur auf Steinkohlen beschränkt. — Wie schon gemeldet, sind Ende voriger Woche die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen betreffend die Interessengemeinschaft der Bismarckhütte und des Eisen- und Stahlwerkes Beßlen-Falva zum Abschluß gelangt. Das Eisen- und Stahlwerk Beßlen-Falva ist im November 1898 aus der dem Fürsten Guido Henckel von Donnersmarck gehörigen Beßlenfalvahütte hervorgegangen. Die Anlage besteht aus einem Stabeisenwalzwerk, Rohrwalzwerk, drei Hochöfen, einem Stahlwerk und einer Koksanstalt. Außerdem hat die Gesellschaft vom Fürsten Henckel mehrere Eisenerzkonzessionen in Pacht. Mit einem Aktienkapital von 6½ Millionen Mark und einer Anleiheschuld von 1,850,000 Mark und 150,000 Mark Reserven erzielte die Gesellschaft in den letzten Jahren wesentlich geringere Erträgnisse als die Bismarckhütte, die mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark, einer Obligationsschuld von drei Millionen Mark arbeitet und über 2,54 Millionen Reserven verfügt. Ueber die Bedingungen, unter welchen die Interessen-Gemeinschaft abgeschlossen worden ist, ist noch nichts in die Oeffentlichkeit gelangt. Nur so viel verlautet, daß die Bismarckhütte einen überwiegenden Teil des Aktienkapitals von Beßlen-Falva in ihren Besitz gebracht hat, sodaß eine Verschmelzung beider Werke nur eine Frage der Zeit ist. Durch die Interessen-Gemeinschaft hat sich die Bismarckhütte den Bezug von Roh-Materialien für ihre Verfeinerungsstätten gesichert. Bis zum Jahre 1908 läuft noch das mit der Oberschlesischen Eisenindustrie auf dem Gebiete der Walzeisenindustrie getroffene Abkommen. Zur Sicherung ihres Kohlenbedarfs hat die Bismarckhütte ferner die dem Fürsten Henckel gehörige Deutschlandgrube erworben.

Diese drei Nachrichten geben Zeugnis davon, wie sich unsere Industrieritter bemühen, ihr Kapital und den Profit zu vermehren. Für die Arbeiter, die alle die neuen Werte schaffen müssen, wird freilich nichts abfallen, höchstens durch Kampf.

Waldenburg, 13. August. „Volkswacht"-Agitation. Den Parteigenossen des Kreises zur Nachricht, daß von jetzt ab jeden Sonntag „Volkswacht"-Agitation stattfindet. Es ist deshalb eines jeden braven Parteigenossen Pflicht, an der Aufklärung der Masse mitzuarbeiten. Jeder Parteigenosse, der in der nächsten Zeit für die Partei tätig sein will, hat hierbei die beste Gelegenheit dazu. Darum frisch ans Werk! Nächsten Sonntag, den 19. August, finde sich jeder Parteigenosse Vormittags 7½ Uhr im Gasthaus „Zur Krone" in Altwasser ein. Die bereits tätigen Genossen werden dort anwesend sein.

Striegau, 13. August. Der Wahlverein hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung ab, in welcher zu dem nächsten Parteitag Stellung genommen wurde. Der Vorstand stellte den Antrag, den Parteitag mit einem Delegierten zu beschicken, wenn die anderen Wahlvereine des Wahlkreises damit einverstanden sind. Als Delegierter wird unser Reichstagskandidat, Genosse Feldmann, in Vorschlag gebracht. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen. Bei der letzten Reichstagswahl verlangten die Wahlvorsteher der Landorte von denjenigen Genossen, die dem Wahlakt beiwohnen wollten, Legitimationen, die von ihrer Ortsbehörde ausgestellt sein müßten. Unser Bürgermeister weigerte sich aber solche auszustellen, weil er dazu nicht verpflichtet sei, und so wurden unsere Genossen überall hinausgewiesen. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung folgenden Antrag an den Parteitag zu stellen: Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen den Minister des Innern zu interpellieren, daß er die Ortsbehörden anweist, bei den Reichstagswahlen denjenigen Personen, die eine Legitimation verlangen, eine solche auszustellen, um in anderen Wahllokalen anwesend sein zu dürfen. Bei der Debatte kam das unerhörte Vorgehen des Wahlvorstehers in Muhrau zur Sprache. Dorthin wurde ein Genosse aus Eisdorf geschickt, der vom Ortsvorsteher eine Legitimation erhalten hatte, außerdem hatte er Steuerkarte und Militärpaß bei sich und trotzdem wurde er hinausgewiesen. Der Wahlvorsteher verlangte, unser Genosse sollte eine Person bringen, die ihn kenne, die aber auch der Wahlvorsteher kenne! Muhrau ist der Ort in welchem bei der Wahl 1898 die den Dominialarbeitern in die Hand gedrückten Stimmzettel für Freiherrn v. Richthofen mit einer Nadel durchstochen waren, um bei der Abgabe kenntlich zu sein.

Nachdem die Debatte über den Parteitag geschlossen war, empfahl Genosse W. Baudach, unter den Lesern der Parteipresse eine Hausagitation, zwecks Gewinnung von Mitgliedern für den Wahlverein vorzunehmen, da ein großer Teil derselben der politischen Organisation noch fern steht. Genossen die sich daran beteiligen wollen, melden sich bei Genossen Wilhelm Baudach, Gräbenstraße 15.

Die in letzter Zeit von unseren Stadtverordneten gefaßten Beschlüsse haben eine allgemeine Empörung unter dem größten Teile der hiesigen Steuerzahler hervorgerufen und immer brennender wird die Frage, wie lange lassen sich das die Arbeiter noch gefallen? Ein Genosse stellte den Antrag, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen mit eigenen Kandidaten auf dem Plane zu erscheinen. Die Beteiligung an der Wahl hängt aber von der Erwerbung des Bürgerrechts ab. Es meldeten sich einige Genossen sofort, die unter den Mitgliedern des Wahlvereins eine Hausagitation vornehmen werden um sie zum Erwerb des Bürgerrechts zu veranlassen. Es sollte kein Arbeiter das Geld, das auch ratenweise eingezahlt werden kann, scheuen, es wird jedem einzelnen nur von Nutzen sein.

In der Stuhlfabrik in Striegau wurden einem Arbeiter von der Säge drei Finger der linken Hand abgeschnitten. In der Gräbenmühle fiel ein Mädchen in der Scheune rücklings auf die Tenne hinunter weil ihr ein Buchhalter eine Heuschrecke vors Gesicht hielt.

Neustädtel, Kreis Freystadt, 13. August. Von den Segnungen der preußischen Gesindeordnung. In dem nahen Lindau erkrankte vor einiger Zeit die Frau des Fabrikarbeiters August F. so, daß sie die häuslichen Arbeiten nicht mehr verrichten konnte, das Bett hüten mußte und einer sorgfältigen Pflege bedurfte. Der Mann, täglich seiner Arbeit nachgehend, konnte sich seiner kranken Frau nicht widmen, eine Pflegerin stand ihm nicht zur Verfügung, auch konnte er trotz eifrigen Bemühens eine solche nicht erhalten. Da fühlte sich nun die 14jährige, bei dem Bauergutsbesitzer John in Lindau in Diensten stehende Tochter der Erkrankten in ihrer Kindesliebe verpflichtet, ihre kranke Mutter zu pflegen und die Hauswirtschaft zu versorgen. Das vierte Gebot achtend, das ihr in der eben erst verlassenen Schule wohl täglich gelehrt worden ist, verließ sie ohne vorherige Kündigung den Dienst, und ging zu ihrer kranken Mutter. Das junge Mädchen hatte aber nicht bedacht, daß es sich in den eisernen Klauen der preußischen Gesindeordnung von 1854 befand, und daß es damit gegen dieses Ausnahmegesetz für Landarbeiter gefrevelt. Das mußte gerochen werden. Der Bauergutsbesitzer strengte Klage an, wegen „ungesetzmäßigem" Verlassen des Dienstes und auf Rückkehr des Mädchens in denselben. Nach einer amtlichen Vernehmung erhielt das Kind von Herrn Amtsvorsteher Freyberger die Aufforderung, innerhalb 24 Stunden in den Dienst zurückzukehren, widrigenfalls es eine Geldstrafe von 60 Mk. treffen würde, die ev. exekutivisch beigetrieben, oder im Unvermögensfalle in eine Haftstrafe von 1 Woche umgewandelt werden würde. Die Liebe zur Mutter siegte aber in dem Mädchen und so kehrte es auch auf diese Aufforderung hin noch nicht in den Dienst zurück. Bald erschien der Gemeindediener und wollte die Pfändung an den Sachen des Mädchens vornehmen. Diese verlief ergebnislos. Nach wenigen Stunden erschien wiederum der Gemeindediener und beorderte das Mädchen nach dem Polizeiamt, von wo es in Haft gesetzt und nach einer Woche mit dem Bemerken entlassen wurde, daß es das ganze Mietsjahr hindurch immer höhere Strafen zu gewärtigen habe, wenn es nun noch nicht in den Dienst gehe.

Mit unverkennbarer Deutlichkeit lernt man so schon der kaum der Schule entwachsenen Jugend den Wert der zehn Gebote Gottes mit dem Wert der von den Junkern und ihrer Sippe geschaffenen und aufrechterhaltenen Gesindeordnung vergleichen. Das Kind befolgt die „Gebote", da kommt ein famoses „Gesetz", auf Grund dessen es unbarmherzig eingesperrt wird. Von Rechts wegen. Wahrhaftig, wir leben schon in einer mehr als „göttlichen Weltordnung".

Neisse, 13. August. Eine öffentliche Maurer-Versammlung, die von fast sämtlichen am Ort beschäftigten Maurern besucht war, befaßte sich mit der Lohnbewegung. Gauleiter Rösler vom Zentralverband besprach noch einmal in kurzen Zügen die Antwort der Arbeitgeber auf die gestellten Forderungen vom vorigen Herbst. Die gemachten Zugeständnisse sind in diesem Frühjahre von allen Seiten als ungenügend zurückgewiesen worden, der schlechten Konjunktur wegen konnte aber gegen die Unternehmer nicht vorgegangen werden. Jetzt, wo die Bautätigkeit sich gehoben, sei die Zeit gekommen, um mit den Unternehmern ein ernstes Wort zu reden.

Die Diskussion war ziemlich lebhaft. Sämtliche Redner verlangten schnelles Handeln. Am liebsten hätten sie die Arbeit sofort niedergelegt. Auch wurden Stimmen laut, daß die gestellten Forderungen zu niedrig seien. Rösner ermahnte, nicht unüberlegt zu handeln. Eine Woche müsse man den Unternehmern Zeit lassen, während dieser Frist können Verhandlungen stattfinden. Auch die nötigen Vorarbeiten seien noch zu treffen. Rösler verlas noch einmal die gestellten Forderungen: 36 Pfg. Stundenlohn, für Ueberstunden 10 Pfg. Zuschlag, 10 stündige Arbeitszeit und einige Forderungen in sanitärer Hinsicht. Sie wurden einstimmig angenommen und wurde beschlossen, sie sofort an die Unternehmer abzusenden und zugleich die Kündigung auszusprechen.

Rösler erinnerte noch einmal an den Ernst der Sache und mahnte zur Einigkeit der drei Organisationen. Es sei ein doppelter Verrat, wenn es Kollegen gäbe, die heute bei der Abstimmung die Hände hoch gehalten und nachher den Unternehmern Streikbrecherdienste anbieten; dies sei die gemeinste Handlung, die ein Arbeiter begehen könne. Er hoffe, daß keiner dem anderen das Brot vom Tische stiehlt. Mit einem brausenden Hoch auf die Lohnbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Posen, den 10 August. Zur Bekämpfung des Lehrermangels hat die Staatsregierung ausnahmsweise einmal Anstrengungen gemacht dadurch, daß sie in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer Präparandenanstalten und Seminare errichtete. Was dadurch erreicht wird, zeigt eine Zusammenstellung im neuesten Jahrgange des „Statistischen Jahrbuchs für den preußischen Staat". Seit 1897 sind nicht weniger als 23 neue Seminare errichtet und daneben noch die außerordentlichen Seminar- und Präparandenkurse fortgeführt worden. Nun gab es 1897 in den damals bestehenden 115 Seminaren 11,034 Seminaristen, d. h. jedes Seminar hatte durchschnittlich ungefähr hundert Schüler. Im Jahre 1905 zählte man dagegen in 138 Seminaren 11,575 Seminaristen, das sind nur 541 mehr. Auf jede der neuen Anstalten kommen also im Durchschnitt 23 bis 24 Seminaristen. Das ist etwa der vierte Teil der etatsmäßigen Zahl. In Wirklichkeit verteilen sich nun ja die vorhandenen Besucher der Seminare auf sämtliche Anstalten, deren Durchschnittsfrequenz demnach bedeutend zurückgegangen ist (von 100 auf 86!) Die 1118 jungen Leute, die im vorigen Jahre die außerordentlichen Seminarkurse besuchten, genügen bei weitem noch nicht, um die vorhandenen Lücken auszufüllen. Der chronische Lehrermangel mit all seinen Folgeerscheinungen wird also bleiben; und er wird so lange bleiben, bis man den Lehrern eine genügende Besoldung gewährt, wozu freilich mehr Geld gehört als zur Errichtung einiger Seminare. Eine der schlimmsten Folgen der von der preußischen Unterrichtsverwaltung angewandten Taktik ist ohne Zweifel, daß man, um die vorhandenen Präparanden-Anstalten und Seminare notdürftig vollzukriegen, junge Leute in den Lehrerberuf hineindrängt, die durch ihre Anlagen dazu nicht hinreichend qualifiziert sind.

Posen-West, 10. August. Polnischer Chauvinismus. Im benachbarten Schlehen war eine dem Arbeiterstande angehörige Frau durchaus nicht zu bewegen, den Beistand der in Schlehen wohnhaften deutschen Hebamme anzunehmen. Obwohl die Hilfe schleunigst Not tat, wurde auf ausdrückliches Verlangen der Frau eine Hebamme aus einem drei Dörfer weiter belegenen Dorfe herbeigeholt. Der ausgesandte Fuhrmann kam ohne diese zurück, da sie anderweitig in Anspruch genommen worden war. Trotz aller Vorstellungen und Bitten blieb die Frau dabei stehen, den Beistand der Orts-Hebamme nicht anzunehmen. Schließlich wurde eine im Orte wohnende alte Frau, die zwar früher die Hebammenpraxis ausgeübt hatte, der sie aber wegen Unzuverlässigkeit entzogen worden war, herbeigeholt. Diese übte denn auch ihre „Kunst" in einer solch gewissenlosen Weise aus, daß die bedauernswerte Frau nach stundenlangen fürchterlichen Qualen starb.

Wir entnehmen diese Notiz bürgerlichen Blättern und geben sie deshalb unter allem Vorbehalt wieder. Sollte sich der Fall wirklich so verhalten, so hat die Frau an sich und ihrem Kinde Unrecht gehandelt. Das heißt nicht mehr die berechtigten polnischen Bestrebungen auf Erhaltung ihrer Eigentümlichkeiten, die auch wir immer unterstützt haben, vertreten, sondern — polnischer Chauvinismus, wie er unsern Alldeutschen eigen ist und den wir verdammen und in jeder Form bekämpfen müssen.